

LandInForm

Magazin für Ländliche Räume

AUSGABE 3.18

Flächenbus ELLI _ 34

Hühner unter Bäumen _ 42

Chance für deutsche Fischer _ 50

Teilhaben – eine Frage des Geldes?

Inhalt



Seite 34 __
Flächenbus ELLI



Seite 42 __
Hühner unter Bäumen



Seite 50 __
Chance für deutsche Fischer

Für das Netzwerk

DAS KOMMT

- 05** __ Dorfentwicklung als Spiel
- 05** __ Beim LEADER-Treffen aus Fehlern lernen
- 05** __ Schulung für Regionalmanager
- 06** __ Grünland-Tagung
- 06** __ Klimaforum zur Landwirtschaft
- 07** __ EIP-Transferbesuch in Beneluxländern
- 07** __ Abstimmen bei „Gemeinsam stark sein“
- 07** __ EIP-Workshop zu Precision Farming

DAS WAR

- 08** __ EIP-Geflügel-Workshop
- 09** __ Workshop Demokratie auf dem Land
- 09** __ Zweiter EIP-Workshop für IDLs

Im Fokus

EINFÜHRUNG

- 10** __ INTRO
- 12** __ Regionale Armutsgefährdung
- 14** __ Ländliche Armut

UNTERSTÜTZENDE STRUKTUREN

- 17** __ Netzwerke fangen auf – Interview
- 18** __ Mehr Teilhabe fördert Demokratie – Interview
- 19** __ Waldeckhof bietet Chancen für alle
- 20** __ Armut – ein Thema für LEADER? – Interview
- 21** __ EinLaden – Treffpunkt für alle
- 22** __ Unternehmer und trotzdem arm – Interview
- 23** __ Altersarmut ist vor allem weiblich
- 24** __ Upcycling-Zentrum in Neunkirchen
- 26** __ Länger zu Hause leben
- 28** __ Bürgermobile
- 29** __ Katja Seidels Speisekammer
- 30** __ Martin Lüdemann und die Lütte Meierei



ab Seite 10 __

Im Fokus:

Menschen, denen wenig Geld zur Verfügung steht, nehmen häufig nicht im gleichen Maße am gesellschaftlichen Leben teil wie andere. Unsere Projekte machen deutlich: Wer nach Lösungen zum Umgang mit der Armut sucht, findet auch Antworten auf Querschnittsthemen der ländlichen Entwicklung. Welche Herausforderungen es mit sich bringt, mit wenig Geld etwas aufzubauen, zeigen die Existenzgründer in diesem Heft.

Aus der Praxis

32 __ Vier Ärzte unter einem Dach

34 __ **Flächenbus ELLI**

In den entlegenen Dörfern des mecklenburgischen Elde-Quellgebiets sind die Bürger auch ohne Auto wieder mobil. Der Flächenbus ELLI verbindet sie mit dem öffentlichen Nahverkehr.

36 __ Starkes Land?!

38 __ Verwandlung eines Museums

Prozesse und Methoden

40 __ Vergabe ist auch Ländersache

Forschung trifft Praxis

42 __ **Eine perfekte Symbiose**

Auf dem Hofgut Martinsberg leben Legehennen im Freiland unter Pappeln und Weiden. Dieses System hat der Betrieb gemeinsam mit der Hochschule für Forstwirtschaft in Rottenburg entwickelt.

Perspektiven

BILDUNG & FORSCHUNG

44 __ Biodiversität, die zum Betrieb passt

POLITIK UND GESELLSCHAFT

46 __ Gleichwertiges Land – Interview

47 __ Eine Stimme für die deutschen Mittelgebirge

48 __ Die neue GAP: Weniger Aufwand, mehr Ergebnisse?

PARTNER & EXPERTEN

50 __ **Eine Chance für die deutschen Fischer**

Der Europäische Fischereifonds will die regionale Fischerei zukunftsfähig machen. Viele Projekte aus Deutschland zeigen, wie das geht.

52 __ Leserbrief

53 __ Die Position

Service

54 __ angelesen

55 __ angekündigt

56 __ Termine



Liebe Leserinnen und Leser,

wie immer, wenn es um ländliche Räume geht, ist es wichtig, auf alle Ebenen zu schauen, also nicht nur auf die jeweilige Region, sondern auch auf jeden Ort. Das gilt genauso für das Thema Armut. Verteilt über Deutschland findet man alles, von Landflucht bis Vollbeschäftigung und damit entsprechend differenzierte Lebenslagen. Stereotype sind also genauso fehl am Platz wie generelles Schlechtrede. Beim genaueren Blick fallen dann einige Unterschiede zu der Situation in Städten auf.

Professor Stephan Beetz von der Hochschule Mittweida hat festgestellt, dass Armut auf dem Land meist weniger konzentriert erscheint, denn es gibt selten benachteiligte Quartiere, wie sich sie in Großstädten existieren. Auch die Wahrnehmung von Armut fällt anders aus, weil sich die Einkommen im Dorf meist ohnehin nicht stark unterscheiden. Außerdem scheint in ländlichen Räumen traditionell eine gewisse „Normalität von Armut“ im Sinne von Knappheitsbewältigung und eingeschränkten Teilhabemöglichkeiten akzeptiert zu sein. Andererseits drohen soziale Sanktionierungen und Ausschluss, wenn die Armut sichtbar wird und beispielsweise Verwahrlosungstendenzen auftreten. Eigentum ist dabei je nach Region und Situation vor Ort keine Ressource, sondern kann die Armut sogar verfestigen – denn das eigene Haus, dessen Wert verfällt, kann eine räumliche Bindung und eine finanzielle Belastung sein. Dazu kommt, dass sich Armutslagen oft als sehr beharrlich erweisen: Von Armut Betroffene können sich im ländlichen Raum wegen der fehlenden Anonymität in eine „Schublade gesteckt“ fühlen und selbst den Blick für neue Perspektiven verlieren.

Die generellen Rahmenbedingungen verstärken solche persönlichen Situationen – oder mildern sie ab. Auch ob Politik vor Ort noch sichtbar wird, spielt eine Rolle. Durch zentralisierende Gebietsreformen gibt es immer weniger Bürgermeister oder Ortsvorsteher, denen – neben anderen Problemen – auffallen könnte, dass plötzlich kein Auto mehr vor der Haustür steht, weil der Bewohner sich vielleicht keines mehr leisten kann. Aber wenn Bürger Politik in ihrem Umfeld direkt erfahren und es niedrigschwellige Möglichkeiten für Austausch und Teilhabe gibt, entstehen Lösungen zum Umgang mit Armut. Die haben vielfach positive Effekte für das ganze Dorf. Einige Beispiele dazu finden Sie in diesem Heft.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

Jan Swoboda

Impressum

LandInForm –
Magazin für Ländliche Räume
Erscheinungsweise: vierteljährlich
Auflage: 10 000 / ISSN: 1866-3176

Herausgeber:

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE), Bonn

Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS),

Redaktion: Andrea Birrenbach, Anja Rath, Dr. Juliane Mante

Dr. Jan Swoboda (V.i.S.d.P.)
Redaktionelle Unterstützung:
neues handeln GmbH

Titelbild: Marie Anne/photocase.de
Grafik: MedienMélange: Kommunikation!
Rückseite: Foto: m.vial/photocase.de

Gestaltung: MedienMélange: Kommunikation!
www.medienmelange.de

Druck: Bonifatius GmbH
Gedruckt auf Recyclingpapier

Bezugsadresse und Redaktionsanschrift:
Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Deichmanns Aue 29, 53179 Bonn
Telefon: 0228 6845-3435, -3461, -3081
Fax: 030 1810 6845-3361
E-Mail: landinform@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Bezug: kostenfrei, LandInForm als PDF-Datei unter
www.land-inform.de

Anmerkungen der Redaktion:

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Abbildungen wird keine Haftung übernommen. Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber. Eine Genehmigung zur Zweitverwertung auch in Auszügen in Wort, Schrift und Bild erteilt die Redaktion gern gegen Nennung der Quelle und Belegexemplar.

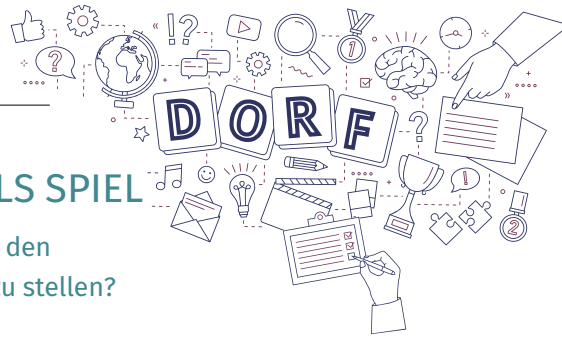
Als Zugeständnis an die Lesbarkeit der Texte verzichten wir auf Doppelformen bei den Geschlechtern.

LandInForm wird durch den Bund und die Europäische Union im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) gefördert. Zuständige Verwaltungsbehörde: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

Kürzel der DVS-Autoren:

Andrea Birrenbach: abb, Jan Freese: jaf, Isabell Friess: isf, Nina Jürges: nkj, Stefan Kämper: stk, Simon Keelan: sik, Moritz Kirchesch: mok, Irene Lange: ila, Isabella Mahler: ima, Juliane Mante: jum, Stephanie Müller: stm, Dagmar Nitsch: dan, Natascha Orthen: nao, Jost Pütz: jop, Anja Rath: arh, Bettina Rocha: ber, Susanne Schniete: sus, Jan Swoboda: jas, Anke Wehmeyer: awr

Das kommt



DORFENTWICKLUNG ALS SPIEL

Haben Sie Interesse, sich mit uns den Herausforderungen der Zukunft zu stellen?

Dörfer und Regionen zukunftsfähig zu gestalten, ist eine vielschichtige Aufgabe, die zahlreiche Themenbereiche und Akteure betrifft. Patentlösungen gibt es nicht. Menschen im ländlichen Raum möchten oftmals selbst aktiv werden, um die Situation vor Ort aus eigener Kraft zu verbessern. Deshalb haben wir zusammen mit einem Experten für Beteiligungsansätze ein Planspiel entwickelt. Die Teilnehmer entwerfen gemeinsam Zukunftsszenarien und finden so Lösungsansätze für die Probleme ihres Dorfes oder ihrer Region.

Wenn ausreichend Interesse besteht, plant die DVS, ihr Veranstaltungsangebot um das Planspiel zu erweitern. Wir werden dann in

Kooperation mit den Dörfern oder Regionen einen eintägigen von einem Experten moderierten Workshop anbieten. Dadurch können die Teilnehmer den Einstieg in einen Dorferneuerungsprozess oder einen themenbezogenen Regionalentwicklungsprozess finden.

Bitte melden Sie sich, wenn Sie Bedarf sehen und Lust haben, zusammen mit uns diese neue Methode auszuprobieren. [mok]



KONTAKT:
Moritz Kirchesch, DVS
Telefon: 0228 6845-3968
moritz.kirchesch@ble.de



AUS FEHLERN LERNT MAN!

Die DVS lädt am 5. und 6. November 2018 zum bundesweiten LEADER-Treffen ins thüringische Arnstadt ein.

In diesem Jahr sehen wir uns Best-Practice-Projekte in fünf thüringischen LEADER-Regionen an. Die Teilnehmer werden aber auch von Projekten der anderen Art hören – von solchen, die auf den ersten Blick nicht erfolgreich erscheinen. Gemeinsam ist allen Projekten: Schlussendlich haben sie etwas Positives hervorgebracht.

Außerdem werden die Teilnehmer mit spielerischen Elementen versorgt, die sie am Ende als eigenes Handwerkszeug der Motivation mit in ihre Region nehmen können.

Neuigkeiten zur Zukunft von LEADER stehen ebenfalls auf der Agenda sowie Informationen zu anderen Förderprogrammen und -möglichkeiten. Extern moderierte Länderarbeitsgruppen bieten den Teilnehmern eine Gelegenheit, offene Fragen zum LEADER-Prozess zu klären und Pläne für die Zukunft zu schmieden. Zusätzlich können die LAGs am Vormittag des 5. Novembers an Kurzschulungen zur Datenschutzgrundverordnung teilnehmen. [awr]



HANDWERKSZEUG FÜR DIE REGIONALENTWICKLUNG

Im Anschluss an das bundesweite LEADER-Treffen laden wir am 7. und 8. November zur Regionalmanagerschulung nach Apolda in Thüringen ein.

Nach fünf erfolgreichen Durchgängen findet die DVS-Schulung für Regionalmanager letztmalig in der bisherigen Form statt. Eine Änderung gibt es schon diesmal: Wir bieten nur einen Durchgang der sechs Schulungsmodulen an, sodass die Teilnehmer eines der folgenden Schulungsmodule auswählen können:

- // Moderation
- // Öffentlichkeits- und Medienarbeit
- // Social Media
- // Boxenstopp Regionalmanagement
- // Beratung von Projektträgern
- // Vergaberecht

Die Schulungsmodule werden von professionellen Trainern durchgeführt, die praxisnahe Anregungen für Ihre Arbeit geben und viele Austauschmöglichkeiten bieten. Eingeladen sind Regionalmanager, Mitglieder Lokaler Aktionsgruppen und kommunaler oder regionaler Netzwerke. [stm]



SERVICE:
Anmeldung und Informationen zu den einzelnen Modulen:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/schulung

KONTAKT:
Stephanie Müller, DVS
Telefon: 0228 6845-3998
stephanie.mueller@ble.de



SERVICE:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/leadertreffen

KONTAKT:
Anke Wehmeyer, DVS
Telefon: 0228 6845-3841
anke.wehmeyer@ble.de

Das kommt

WIE LÄSST SICH GRÜNLAND SINNVOLL NUTZEN?

Die DVS veranstaltet am 19. und 20. November in Kooperation mit dem Deutschen Verband für Landschaftspflege e. V. (DVL) und dem saarländischen Umweltministerium die Tagung „Grünland erhalten und nutzen“ in Saarbrücken.

Grünland zu erhalten, ist in Deutschland ein naturschutzfachliches und agrarpolitisches Ziel. Hierzulande strebt man dazu eine landwirtschaftliche Nutzung statt einer bloßen Pflege an. Die Tagung konzentriert sich daher auf Möglichkeiten einer ökonomisch tragfähigen Nutzung aus betrieblicher Sicht, die zugleich einen Beitrag zum Tierwohl, Klima- und Biodiversitätsschutz leistet. Einen Schwerpunkt legen wir auf Vermarktungskonzepte für Fleisch und Milchprodukte, die diesen Maßgaben folgen, sowie sonstige Produkte aus Grünlandaufwuchs. Dabei werden Anregungen aus anderen Ländern wie Luxemburg oder der Schweiz einfließen und anschauliche Best-Practice-Beispiele vorgestellt. Darüber hinaus gehen wir konkret auf die besondere Rolle des

extensiv bewirtschafteten Grünlands im Saarland ein. Zielgruppen der Tagung sind in erster Linie Landwirte, landwirtschaftliche Berater, Vertreter der Agrar- und Umweltverwaltung und Verbände. [ber]



SERVICE:
www.netzwerk-laendlicher-
raum.de/gruenland

KONTAKT:
Bettina Rocha, DVS
Telefon: 0228 6845-3882
bettina.rocha@ble.de



VORGEMERKT

Die DVS lädt zur „Konferenz der Akteure“ nach Berlin ein.

29.
NOV

INFO:
Programm unter:
www.netzwerk-laendlicher-
raum.de/marktplatz

KLIMAFORUM – THEORIE UND PRAXIS

Im November 2018 findet das „Klimaforum“ als gemeinsame Veranstaltung der DVS und des Deutschen Bauernverbands (DBV) in Berlin statt.

Wie stellt sich die Landwirtschaft auf den Klimawandel ein? Wie funktioniert Klimaschutz auf dem Betrieb? Welche Anpassungen an den Klimawandel sind notwendig? Diesen Fragen ist die DVS bereits auf früheren Veranstaltungen nachgegangen. In diesem Jahr gehen wir am 15. und 16. November in Berlin zusammen mit dem Deutschen Bauernverband den nächsten Schritt und verbinden theoretische Aspekte mit Praxiswissen.

Landwirtschaftliche Betriebe sind in besonderem Maße vom Klimawandel betroffen – sowohl was die Auswirkungen des Klimawandels anbelangt als auch von den nationalen und internationalen Klimaschutzzielen. Dabei gibt es vielfältige Möglichkeiten und zahlreiche Projekte, die sich dieser Thematik widmen sowie unterschiedliche Wege, Klimaschutz und -anpassung in die Betriebsabläufe zu integrieren. Dazu möchten wir insbesondere mit den Betriebsleitern – den Praktikern – in den Dialog treten und diskutieren. [sik]



SERVICE:
www.netzwerk-laendlicher-raum.
de/klimaforum

KONTAKT:
Simon Keelan, DVS
Telefon: 0228 6845-3091
simon.keelan@ble.de

Gerolf Bücheler, DBV
Telefon: 030 31 904-230
g.buecheler@bauernverband.net

Das kommt

EIP: VON BELGIERN UND NIEDERLÄNDERN LERNEN

Die DVS lädt zum Transferbesuch ein.

Die Frage „Was machen die Nachbarn?“ führt die Teilnehmer des DVS-Transferbesuchs am 24. und 25. Oktober nach Belgien. Die Veranstaltung möchte einen Blick über den deutschen Tellerrand der Europäischen Innovationspartnerschaften (EIP-Agri) hinaus gewähren. Sie lässt deshalb Experten aus Belgien und den Niederlanden zu Wort kommen: vom belgischen Landwirtschaftsministerium sowie von den EIP-Vernetzungsstellen der beiden Länder.

Akteure von Operationellen Gruppen (OG) stehen ebenfalls im Fokus: Die Exkursion führt zu EIP-Projekten nach Leuven und Sint-Truiden. Dem Projekt „Lean with love“ geht es um das optimierte Säubern und Verpacken von Chicorée. Die OG „Biofruit Debuggers“ beschäftigt sich mit Schädlingen in Obstplantagen und die OG „Plant for a customer“ will einen Prozess entwickeln, um den Profit der Landwirte durch marktorientierte Sorten zu verbessern. Gleichzeitig bietet der Transferbesuch den Teilnehmern auch Gelegenheit, sich mit den EIP-Experten aus Belgien und den Niederlanden auszutauschen. [nao]



i

SERVICE:

Weitere Informationen:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/eip-exkursion

KONTAKT:

Natascha Orthen, DVS
Telefon: 0228 6845-3268
natascha.orthen@ble.de

„GEMEINSAM STARK SEIN“

Ab 17. September beim DVS-Wettbewerb abstimmen!

Gemeinsam
stark sein

i

SERVICE:

Abstimmung und weitere Informationen:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/wettbewerb

KONTAKT:

Isabella Mahler, DVS
Telefon: 0228 6845-3974
isabella.mahler@ble.de

Mit dem Wettbewerb „Gemeinsam stark sein“ würdigen die DVS und die Bundesländer beispielhafte und originelle Projekte der ländlichen Entwicklung. Die diesjährige Wettbewerbsrunde steht unter dem Motto „Tourismus und Naherholung“; dafür haben die Bundesländer über 25 Projekte aus den LEADER- und ILE-Regionen nominiert. Welche Projekte

gefallen Ihnen am besten? Stimmen Sie vom 17. September bis zum 31. Oktober 2018 auf unserer Website für Ihre drei Projekt-Favoriten ab. Die drei Erstplatzierten laden wir zur Preisverleihung während der Internationalen Grünen Woche im Januar 2019 nach Berlin ein. [ima]

DIGITALE PRÄZISION FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT

VORGEMERKT

Die DVS und die Evangelische Landjugendakademie laden zu einer Veranstaltung zum Thema Kirche und LEADER vom 6. bis 8. März 2019 nach Altenkirchen im Westerwald ein.

6.-8.
MÄRZ

INFO:

Programm unter:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/kirchenundleader

Um das Themenfeld „Precision Farming“, die ressourcenschonende und zielgerichtete Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Nutzflächen, geht es beim thematischen Workshop für Operationelle Gruppen (OGs) am 5. und 6. November 2018 in Bonn. Die DVS möchte allen OGs – auch solchen im Planungsstatus – die Gelegenheit zum bundesweiten Austausch rund um die Europäischen Innovationspartnerschaften (EIP-Agri) geben.

Der Workshop findet auf dem Campus Klein Altendorf statt, der zur Universität Bonn gehört. Im Rahmen des Workshops besichtigen wir die Versuchsanlage „MiniPlots facility for greenhouse and field“. Dabei handelt es sich um Gewächshäuser, die genaue automatische Messungen erlauben. Schließlich schauen wir uns das Projekt „BREED-FACE Field phenotyping under elevated CO₂“ an, ein Experiment zur Erhöhung der CO₂-Konzentration der Luft. Im Rahmen des Workshops ist zudem eine Poster-Schau vorgesehen. [ber]



i

SERVICE:

Weitere Informationen:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/eip-og-precisionfarming

KONTAKT:

Bettina Rocha, DVS
Telefon: 0228 6845-3882
bettina.rocha@ble.de

Das war



1 Kamen sich ganz nah:
Teilnehmer und Legehennen

2 Unter Kurzumtriebsplantagen
fühlen sich Hühner wohl, denn sie
bieten ihnen Deckung, wenn ein
Habicht kommt.



SERVICE:
Dokumentation des Workshops unter:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/eip-og-gefluegel

KONTAKT:
Bettina Rocha
Telefon 0228 6845-3882
bettina.rocha@ble.de

INNOVATIVE GEFLÜGELHALTUNG IN UELZEN

Tierwohlaspekte stehen bei vielen EU-Innovationsprojekten im Zentrum. Ein DVS-Workshop eröffnete dazu neue Perspektiven.

[VON KATJA KULKE, BENJAMIN KOWALSKI UND BETTINA ROCHA]

Wie lassen sich gegenseitiges Bepicken und Kannibalismus bei Legehennen und Mastgeflügel verhindern? Bisher begegnete man dem Problem mit Schnabelkürzen; das ist inzwischen verboten. Welche Alternativen es gibt, diskutierten Anfang Mai die Operationellen Gruppen (OGs) der Europäischen Innovationspartnerschaft „Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit“ (EIP-Agri). In einem Workshop in Uelzen tauschten sich knapp 50 Teilnehmer allgemein über neue Entwicklungen und Erkenntnisse in der Legehennen- und Mastgeflügelhaltung aus. Diesen Workshop organisierten die DVS, die Landwirtschaftskammer Niedersachsen, die Tierärztliche Hochschule Hannover und das Netzwerk EIP Agrar & Innovation Niedersachsen.

Haltungsbedingungen verbessern

Welche Ursachen das Federpicken hat, untersucht das Projekt „Haltung von Legehennen mit ungekürzter Schnabelspitze“ in den beteiligten Betrieben. Daraus leiten die Projektbeteiligten Empfehlungen ab, um das Management der Tiere und die bestehenden Haltungseinrichtungen zu optimieren. Die Umsetzung wird in den beteiligten Betrieben wissenschaftlich begleitet und mündet in praxisrelevante Beratungs- und Managementkonzepte für thüringische Betriebe. Eine OG aus Brandenburg befasst sich mit innovativen Stallbegrünungssystemen in der Tierhaltung, die den Tier- und Umweltschutz verbessern sollen. Ziel ist es, die Tiere emissionsarm zu halten, Gas- und Staubemissionen zu reduzieren sowie den Lärmpegel zu vermindern. Dabei werden geeignete Pflanzen, ihre Anbringung im Stall und ihre Pflege erprobt.

Neben der Darstellung der EIP-Projekte standen Fachvorträge auf dem Programm: Dr. Henrike Glawatz, Mitglied in den niedersächsischen OGs

„CarboFeet“ und „Poultry Activity Farm“, erläuterte die Probleme bei der Haltung schnabelungekürzter Puten und stellte mögliche Lösungen vor. Eine Variante war die Verfütterung von Insektenlarven, die sie in Zusammenarbeit mit der REWE-Group testete.

Angeregt durch einen Vortrag von Professor Peter Kunzmann von der Tierärztlichen Hochschule Hannover, diskutierten die Teilnehmer intensiv ethische Fragen zum Umgang mit Tieren. Hierbei ging es vor allem um das Spannungsfeld zwischen den Erwartungen der Konsumenten und den ökonomischen Zwängen der landwirtschaftlichen Betriebe. Über eins waren sich alle einig: Sie müssen verstärkt mit den Verbrauchern kommunizieren, damit diese die Tierhaltung verstehen und bereit sind, mehr für Produkte mit höherem Tierwohl-Standard zu bezahlen. Frank Lenz stellte die Arbeit des Bundesinformationszentrums Landwirtschaft (BZL) vor und informierte über mediale Möglichkeiten, mit Landwirten, aber auch Verbrauchern zu kommunizieren.

Zum Abschluss eine Exkursion

Abschließend besuchten die Teilnehmer den Bauckhof in Klein-Süstedt. Alle Erzeugnisse auf dem Betrieb sind von Demeter und Bioland zertifiziert und werden direkt vermarktet. Christine Bremer vom Bauckhof erklärte den Besuchern das Hof-Konzept sowie die Bruderhahn-Initiative und zeigte ihnen die Hähnchen- und Legehennenhaltung in den mobilen Ställen. Der Betrieb plant ebenfalls ein EIP-Projekt: „Robustpute – Entwicklung einer wirtschaftlichen Öko-Putenkreuzung für den direkt vermarktenden Landwirt“.

Das war

#BCDEMOKRATIE – ODER: DEMOKRATIE AUF DEM LAND STÄRKEN!

Zweiter Austausch zwischen Partnerschaften für Demokratie und LEADER-Aktionsgruppen

Die über das gleichnamige Bundesprogramm unterstützten, regionalen Bündnisse der „Partnerschaften für Demokratie“ und die LEADER-Aktionsgruppen (LAGs) setzen auf Vernetzung und Beteiligung vor Ort. Gemeinsam können sie mehr erreichen: das gemeinsame regionale Netzwerk weiterentwickeln und pflegen, Förderungen intelligent kombinieren und das Potenzial der anderen nutzen. Voraussetzung für all das ist aber, sich gegenseitig kennenzulernen.

Dafür bot das Barcamp am 18. und 19. Juni 2018 von der DVS und dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) eine weitere Möglichkeit. Aktive aus den Partnerschaften für Demokratie und LAGs diskutierten in der Burg Storkow darüber, wie LAGs überzeugt werden können, das Thema

Demokratiestärkung stärker in den Fokus zu nehmen. Genauso ging es um eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Partnerschaften für Demokratie und den LAGs sowie darum, das Ehrenamt und regionale Netzwerke zu stärken. Die Teilnehmer diskutierten außerdem über die Möglichkeit, ein bundes- oder landesweites Austauschformat für die Jugendforen der Partnerschaften für Demokratie einzurichten.

Es zeigte sich wieder, dass die beiden Gruppen oftmals (noch) nichts voneinander wissen und dass es weiterhin viel Bedarf gibt, sich auszutauschen und Ideen für gemeinsame Aktionen zu entwickeln. Dass sich das lohnt, steht fest, und BBE und DVS haben sich vorgenommen, daran weiterzuarbeiten. [stk]



Wer macht was?
Kennenlernen
beim Barcamp



SERVICE:
Foto-Dokumentation unter:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/demokratie

KONTAKT:
Stefan Kämper, DVS
Telefon: 0228 6845-3722
stefan.kaemper@ble.de



Dr. Laura Junker erklärt den Versuchsaufbau zur optischen Früherkennung von Blattlausbefall.



SERVICE:
Weitere Informationen:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/eip-og-idl

KONTAKT:
Natascha Orthen, DVS
Telefon: 0228 6845-3268
natascha.orthen@ble.de

BEFALL VON BLATTLÄUSEN GEZIELT BEHADELN

Der siebte EIP-Workshop für Innovationsdienstleister (IDLs) in Bonn stellte punktuellen Pflanzenschutz in den Fokus.

Der erste Tag führte die IDLs zu einem Projekt der Operationellen Gruppe „Optimierung des Anbaus von Pflücksalaten mittels Präzisionserkennung und -applikation von Pflanzenschutzmitteln“. Das Projekt, das im Rahmen der Europäischen Innovationspartnerschaften (EIP-Agri) initiiert wurde, verfolgt das Ziel, mithilfe optischer Verfahren von Blattläusen befallene Pflanzen zu identifizieren. Diese werden anschließend punktuell behandelt. Dadurch sinkt die Menge der eingesetzten Pflanzenschutzmittel und auch die Rückstände in den Pflanzen und im Boden werden kleiner.

Die Verwertung der Projektergebnisse erfolgt auf drei Ebenen: auf Praxisebene durch das innovative Verfahren, auf Ebene des Landmaschinenbaus durch die Kommerzialisierung des Geräts sowie auf wissenschaftlicher Ebene durch neue Erkenntnisse in der Phänotypisierung von Stressoren.

Am zweiten Tag lernten die Teilnehmer die Methode Design Thinking kennen. Der nächste EIP-Workshop für IDLs findet am 11. und 12. Dezember in Hannover statt. [nao]



IM FOKUS

Teilhaben – eine Frage des Geldes?

Menschen, denen wenig Geld zur Verfügung steht, nehmen häufig nicht im gleichen Maße am gesellschaftlichen Leben teil wie andere. Unsere Projekte machen deutlich: Wer nach Lösungen für den Umgang mit der Armut sucht, findet auch Antworten auf Querschnittsthemen der ländlichen Entwicklung. Welche Herausforderungen es mit sich bringt, mit wenig Geld etwas aufzubauen, zeigen die Existenzgründer in diesem Heft.

1 Erfordert Mut und Ausdauer: Die Selbstständigkeit kann ein Weg aus der Perspektivlosigkeit sein.



2 Frauen, die auf landwirtschaftlichen Betrieben arbeiten, müssen sich im Alter häufig finanziell einschränken.



3 Das Handwerk kann Langzeitarbeitslosen dabei helfen, wieder auf dem Arbeitsmarkt klarzukommen.



4 Wider die Isolation: Helfende Hände unterstützen – nicht nur bei Armut.

Sag mir, wo du wohnst ...

... und ich sage dir, ob du mehr oder weniger von Armut bedroht bist.

Was die Armutsgefährdung angeht, zeigen sich große regionale Unterschiede.

[VON STEFFEN MARETZKE UND ANDREA BIRRENBACH]

Deutschland gilt gemeinhin als reiches Land. Die Arbeitslosigkeit ist niedrig, die Kaufkraft relativ hoch. Scheinbar ist für alle gesorgt. Ist also jeder seines Glückes Schmied? Oft wird uns suggeriert, wir hätten selbst in der Hand, wie wir leben, welchen Beruf wir ausüben und wie viel wir verdienen. Analysen zeigen jedoch ein anderes Bild: Unser Einkommen und das Risiko, von Armut betroffen zu sein, hängen stark davon ab, wo wir leben. Für diejenigen, die in einer prosperierenden, strukturstarken Region mit relativ hohem Einkommen leben, ist das Risiko geringer, selbst arm zu sein oder zu werden. Zumindest tendenziell.

Gefälle bei Einkommen und Kaufkraft

Nach Daten der Bundesagentur für Arbeit (BA) lag Ende 2017 der Median des monatlichen Bruttoentgeltes eines Vollzeitbeschäftigten in Deutschland bei 3 216 Euro. Lag dieser Wert für Ostdeutsche bei 2 653 Euro, so waren es bei den Westdeutschen 3 343 Euro – ein Unterschied von rund 20 Prozent. Dabei liegt dieser Median

bei Frauen (2 920 Euro) etwa 13,4 Prozent unter dem Wert der Männer, bei Ausländern (2 436 Euro) 25,2 Prozent unter dem der Deutschen, bei den 15- bis 24-jährigen (2 325 Euro) um 32,3 Prozent unter dem der 55- bis 64-jährigen und bei den Personen ohne Berufsabschluss (2 425 Euro) 51,6 Prozent unter dem der Akademiker.

Die GfK Geomarketing GmbH schätzt die Kaufkraft in Deutschland für das Jahr 2018 auf 22 992 Euro je Einwohner. Während die ostdeutschen Bundesländer durchgängig unterdurchschnittliche Kaufkraftwerte realisieren (Minimum: Mecklenburg-Vorpommern mit 19 356 Euro), weisen vor allem Hamburg und Bayern überdurchschnittliche Werte auf (Maximum: Hamburg mit 25 242 Euro).

In Ostdeutschland gibt es keinen einzigen Stadt- oder Landkreis, in dem der Median des monatlichen Arbeitsentgeltes über dem Bundesdurchschnitt liegt. Die höchsten Werte realisieren hier die Stadtkreise Jena, Berlin und Potsdam mit Werten über

3 000 Euro: Sie sind strukturstarke Räume, die als regionale Dienstleistungszentren fungieren. Dem stehen in den strukturschwachen und peripher gelegenen Landkreisen Vorpommern-Rügen, Görlitz und Prignitz Medianwerte von unter 2 300 Euro gegenüber. In Westdeutschland reicht die Spannweite von über 4 100 Euro (Main-Taunus-Kreis, Stadt Erlangen und Stadt Wolfsburg) bis unter 2 700 Euro (Cloppenburg und Stadt Hof). Bundesweit am meisten verdienen die Einwohner der strukturstarken Zentren des Bankwesens und Automobilbaus.

Im Kontext der Armutsgefährdung zeigen sich also ein starkes Ost-West-Gefälle sowie ausgeprägte Unterschiede zwischen strukturstarken und strukturschwachen Regionen in Stadt und Land. Mit dem größten Armutsrisiko leben Einwohner in den ländlichen Regionen Ostdeutschlands, denn dort konzentrieren sich mehrheitlich die strukturschwachen Regionen. In den alten Ländern konzentriert sich Armut stärker

Regionale Unterschiede monatlicher Ansprüche und Alterseinkommen 2017

Regionale Unterschiede monatlicher Ansprüche und Alterseinkommen 2017	Alte Länder (AL)	Neue Länder	Bund	Minimum	Maximum	Neue Länder (AL=100)	Anmerkungen
Gesetzliche Rentenversicherung (GRV)	1 088	988	1 070	926	1 169	90,8	50 Prozent der Anspruchsberechtigten haben weniger als 1 032 Euro. 67,1 Prozent der Bevölkerung sind in der GRV versichert (33,6 Millionen Personen).
Beamtenpensionen	2 939	2 850	2 929	2 513	3 218	97,0	50 Prozent der Anspruchsberechtigten haben weniger als 2.791 Euro. 3,6 Prozent der Bevölkerung sind Beamte (1,82 Millionen Personen).
Berufsständische Versorgung (BSV)	2 476	1 761	2 374	1 099	3 631	71,1	50 Prozent der Anspruchsberechtigten haben weniger als 1 761 Euro. 633 000 Personen sind in der BSV versichert.
Riester-Rente	295	270	290	251	329	91,5	50 Prozent der Anspruchsberechtigten haben weniger als 255 Euro.
Betriebliche Altersversorgung (bAV)	608	379	575	317	696	62,3	50 Prozent der Anspruchsberechtigten haben weniger als 511 Euro. 16,3 Prozent der Bevölkerung haben eine bAV (8,14 Millionen Personen).
Zusatzversorgung öffentlicher Dienst (ZöD)	423	357	411	317	463	84,4	50 Prozent der Anspruchsberechtigten haben weniger als 376 Euro. 9,3 Prozent der Bevölkerung haben eine ZöD (4,66 Millionen Personen).
Geld- und Immobilienvermögen	500	257	459	47	640	51,4	50 Prozent der Anspruchsberechtigten haben weniger als 325 Euro.

Quelle: Vorsorgeatlas Deutschland 2017, Union Investment

im städtischen Raum, weil sich dort die sozialen Gruppen mit einem höheren Armutsrisiko konzentrieren.

Wirtschaft ist grundlegender Faktor

Die regionale Wirtschaft spielt für den Wohlstand eine entscheidende Rolle. Viele Einflüsse wirken dabei zusammen: Wer dort lebt, wo die Wirtschaft gut aufgestellt ist und viele Unternehmen angesiedelt sind, trifft auf weniger Hürden, einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz zu finden oder sich erfolgreich selbstständig zu machen. Auch die Betriebsgrößen vor Ort haben einen Einfluss auf die Höhe der Durchschnittseinkommen: je größer der Betrieb, desto höher die Löhne. Die Infrastruktur spielt ebenfalls eine Rolle – ist sie gut ausgebaut und das regionale Beschäftigungszentrum gut erreichbar, gestalten sich die Einkommensperspektiven in den Städten und Dörfern des Umlandes ebenfalls günstiger.

Besonders armutsgefährdete Gruppen

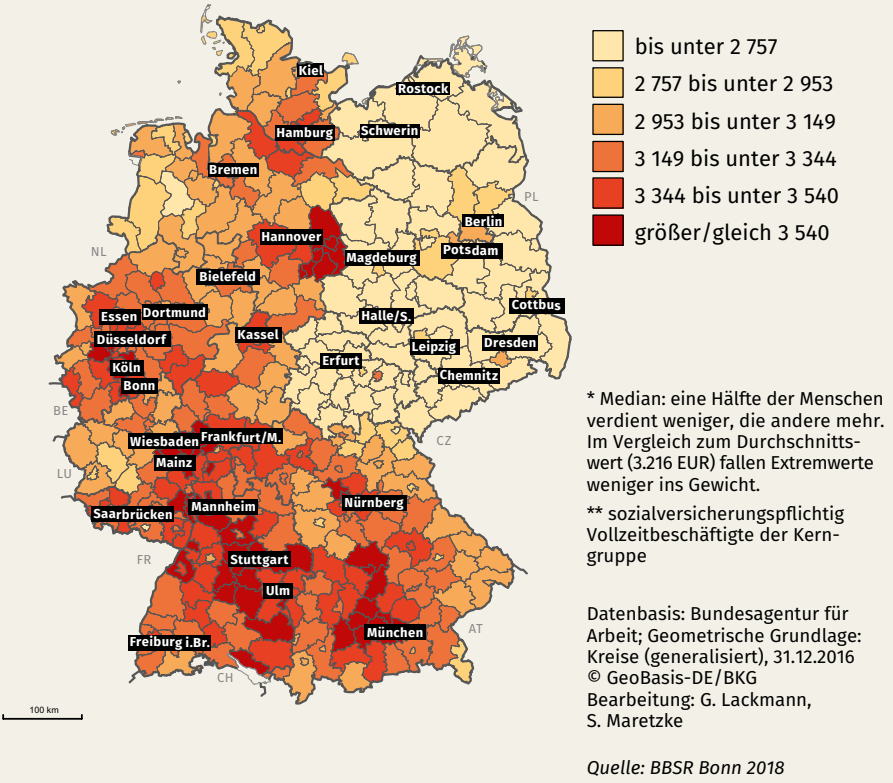
Laut Statistischem Bundesamt war im Jahr 2016 fast jeder fünfte Einwohner Deutschlands von Armut bedroht, also etwa 16 Millionen Menschen. Als „relativ arm“ oder „armutsgefährdet“ galt dabei ein Einpersonenhaushalt mit einem Nettoeinkommen von 969 Euro und weniger, sowie ein Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren bei einem Nettoeinkommen von 2 035 Euro.

Die Armutsrisikoquote ist 2017 auf 15,8 Prozent gestiegen, 2016 lag sie bei 15,6 Prozent. Dieser Anstieg ist ausschließlich auf den starken Zuzug Geflüchteter in den Jahren 2015 und 2016 zurückzuführen, von denen 2017 30,3 Prozent armutsgefährdet waren (2016: 29,4 Prozent). Diese Zahlen haben Forscher des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung auf Grundlage der Zahlen des Statistischen Bundesamts ausgewertet. Besonders armutsgefährdet sind darüber hinaus vor allem Erwerbslose, Alleinerziehende und niedrig qualifizierte Erwerbspersonen. Auch Personen mit Migrationshintergrund, die vielfach geringer qualifiziert und vergleichsweise stärker von Arbeitslosigkeit betroffen sind, weisen eine stärkere Armutsgefährdung auf. So lag die Arbeitslosenquote der Ausländer im Juli 2018 bei 12,4 Prozent (bei Deutschen: 4,2 Prozent).

Auch bei den Ruheständlern zeigen sich spürbare regionale Einkommensunterschiede. In den neuen Bundesländern hängen die Alterseinkommen dabei deutlich stärker von der gesetzlichen Rentenversicherung ab als in den alten Ländern. Der Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung von 2017 berücksichtigt alle Einkommensarten: Ihm zufolge verfügten Rentner-Ehepaare

Monatliches Bruttoarbeitsentgelt von Vollzeitbeschäftigten 2017

Median* der monatlichen Bruttoarbeitsentgelte sozialversicherungspflichtiger Vollzeitbeschäftigter** 2017 am Wohnort (in Euro)



mit einer Bezugsperson ab 65 Jahren in den alten Ländern im Jahr 2015 durchschnittlich über ein monatliches Nettoeinkommen von 2 572 Euro (Neue Länder: 2 257 Euro). Bei alleinstehenden Männern waren es 1 593 Euro (Neue Länder: 1 389 Euro) und bei alleinstehenden Frauen 1 422 Euro (Neue Länder: 1 370 Euro).

Apropos Frauen: Rund sechs Prozent verdienen Frauen hierzulande laut Statistischem Bundesamt weniger als Männer, bei gleicher Qualifikation. Um etwa 22 Prozent differiert der Verdienst zwischen den Geschlechtern insgesamt, denn sogenannte Frauenberufe, etwa im sozialen Bereich, sind traditionell schlechter bezahlt. Frauen arbeiten zudem häufig in Teilzeit, insbesondere, wenn sie Kinder haben. Sie sind auch zu rund 90 Prozent diejenigen, die bei einer Trennung die Kinder allein großziehen. In Deutschland leben etwa 1,6 Millionen Alleinerziehende mit minderjährigen Kindern. Im Jahr 2016 bezogen laut Bundesregierung rund 606 000 Alleinerziehenden-Haushalte mit minderjährigen Kindern, also mehr als ein Drittel, Hartz-IV-Leistungen. Das waren knapp 42 000 mehr als 2005.

Die Politik ist gefragt

Die Auswirkungen der Einflussfaktoren auf die Armutsgefährdung nahmen in der jüngeren

Vergangenheit deutlich zu. Insbesondere Schrumpfs- und Alterungsprozesse tragen dazu bei, dass sich die Situation weiter verschärft. Wenn es nicht gelingt, die wirtschaftlichen Strukturen der ländlichen Räume zu stärken, wird sich an der Ungleichheit der Lebenssituationen hierzulande nichts ändern. Die Politik sollte dafür sorgen, dass sich die Armutsrisiken, die bestimmte gesellschaftliche Gruppen besonders treffen, nicht über Generationen verfestigen, sondern dass jeder die Chance bekommt, seine Lebenslage zu verbessern.



KONTAKT:

Dr. Steffen Maretzke
 Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
 Telefon: 0228 99401-2326
 steffen.maretzke@bbr.bund.de
 www.bbsr.bund.de

Armut auf dem Land ist anders

In einer Großstadt bedeutet Armut etwas anderes als auf dem Land. Ein Forschungsprojekt des Thünen-Instituts untersucht das Ausmaß und die unterschiedlichen Dimensionen.

[VON ANDREAS KLÄRNER]

Wenn von Armut in einem reichen Land wie Deutschland gesprochen wird, muss man zwischen absoluter und relativer Armut unterscheiden. Absolute Armut, mit den Begriffen „Existenzminimum“ oder „Hungergrenze“ verbunden, beschreibt einen Zustand, in dem Menschen nicht über die für ein menschenwürdiges Leben existenziell notwendigen Mittel und Güter wie Nahrung, Kleidung und Obdach verfügen. Bei der relativen Armut wird die Grenze zwischen „arm“ und „nicht

Mietvertrag in Notunterkünften, in Wohnheimen oder bei Freunden. Von relativer Armut sind in Deutschland zahlenmäßig weitaus mehr Menschen, bis zu 16 Millionen, betroffen – ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung liegt, je nach Berechnungsmethode, zwischen 15 und 20 Prozent.

Besonders gefährdet sind dabei Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, junge Erwachsene zwischen 18 und 25 Jahren, Einpersonenhaushalte, Alleinerziehende,



arm“ im Verhältnis zu einem gesellschaftlichen Standard, also dem Durchschnitt bestimmt. Als „relativ arm“ oder „armutsgefährdet“ galt 2016 ein Einpersonenhaushalt in Deutschland bei einem Nettoeinkommen von 969 Euro und weniger, ein Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren bei einem Nettoeinkommen von 2 035 Euro und weniger.

Vom Phänomen der absoluten Armut sind in Deutschland vergleichsweise wenige Personen betroffen, vor allem obdach- und wohnungslose Menschen. Nach Expertenschätzungen leben in Deutschland rund 52 000 Menschen auf der Straße und weitere etwa 420 000 Menschen sind wohnungslos. Das heißt, sie leben ohne

Familien und Haushalte mit drei oder mehr Kindern, Erwerbslose und gering Qualifizierte sowie Menschen ohne deutschen Pass oder mit Migrationshintergrund. Armut hat unterschiedliche Dimensionen und äußert sich nicht nur in finanzieller und materieller Knappheit, sondern auch in einer Gefährdung der kulturellen und sozialen Teilhabe in Bereichen wie Bildung, Gesundheit, Wohnen.

Mobilitätsarmut, demografische Schrumpfung, Abwanderung, Scham

Armut in ländlichen Räumen Deutschlands ist weder in den Sozialwissenschaften noch in der politischen Diskussion ein sonderlich prominentes Thema. Es

gibt aber gute Gründe dafür, sich intensiver damit zu beschäftigen. Nicht zuletzt die Diskussion über „Gefühle des Abgehängtseins“ und das Aufkommen populistischer und fremdenfeindlicher Bewegungen und Parteien hat eine Frage aufgeworfen: Wenden sich insbesondere diejenigen Bevölkerungsgruppen von der Demokratie und der sozialen Marktwirtschaft ab, die in ökonomisch und infrastrukturell schwachen, peripheren ländlichen Regionen leben, in denen sie vom gesellschaftlichen Wohlstand ausgeschlossen sind?

In der deutschen sozialwissenschaftlichen Forschung gilt Armut bislang vorrangig als städtisches Phänomen, und auch im letzten vorliegenden „5. Armuts- und Reichtumsbericht“ der Bundesregierung von 2017 wird die Frage der Armut in ländlichen Räumen nicht gesondert behandelt. In den wenigen vorliegenden, teils älteren Fallstudien und Untersuchungen zeigen sich aber Besonderheiten ländlicher gegenüber städtischer Armut. Armut in ländlichen Räumen wird demnach

- // besonders durch das Phänomen der „Mobilitätsarmut“ bestimmt: Menschen in ländlichen Räumen sind für viele Praktiken und Tätigkeiten des alltäglichen Lebens auf ein Auto angewiesen;
- // insbesondere in Ostdeutschland durch die Ausdünnung von Infrastrukturen (Nahversorgung, soziale und behördliche Infrastruktur, öffentlicher Nahverkehr) und demografische Schrumpfungprozesse verschärft;
- // durch selektive Abwanderung von jüngeren, gut ausgebildeten

2016 in den ländlichen Gebieten Deutschlands mit rund 17 Prozent ähnlich hoch wie in den kleineren Städten und Vororten lag. Nur in den Großstädten und Metropolen war der Anteil mit etwa 24 Prozent höher. Armut ist demnach nicht nur in städtischen Räumen vorhanden, sondern auch in bestimmten ländlichen Räumen ein großes Problem.

Aktiver Umgang mit Armut

Die Fragen der Auswirkungen von und des Umgangs mit Armut werden in einem Forschungsprojekt des Thünen-Instituts für Ländliche Räume in Kooperation mit der Universität Rostock behandelt. Am Institut für Soziologie der Universität Rostock wurden in verschiedenen Pilotprojekten rund 100 von Armut betroffene oder bedrohte Personen in städtischen und ländlichen Räumen Mecklenburg-Vorpommerns befragt: darunter Alleinerziehende, Langzeitarbeitslose, Erwerbsminderungsrentner, Asylbewerber, Jugendliche und junge Erwachsene, ältere sowie erkrankte und erwerbsunfähige Personen. In längeren, zwischen 60 und 240 Minuten dauernden Gesprächen haben diese Menschen ausführlich über ihren Alltag, ihr Wohnumfeld, ihre Erwerbssituation, finanzielle Lage und Einkaufsgewohnheiten, gesundheitliche Probleme sowie ihr soziales Umfeld von Familie, Freunden, Nachbarn und institutionellen Helfern gesprochen.

Gemeinsam ist den Befragten aus den städtischen und den ländlichen Räumen Mecklenburg-Vorpommerns, dass sie aktiv versuchen, ihre Armutssituation zu bewältigen. Deutliche Unterschiede zeigen sich allerdings hinsichtlich der Bedeutung sogenannter lokaler



Menschen geprägt, zurück bleiben oftmals weniger gut gebildete und ältere Menschen, die schlechtere Aussichten auf dem Arbeitsmarkt haben;

- // in ihrer Wirkung möglicherweise als besonders beschämend für die Betroffenen empfunden, da die persönliche Lebenssituation in kleineren Gemeinden eher ein Gesprächsthema ist. Aus diesem Grund könnte sie auch verdeckter als in der Stadt und in den Statistiken unterrepräsentiert sein.

Eine genaue Erfassung des Ausmaßes und der unterschiedlichen Dimensionen von Armut in ländlichen Räumen ist aufgrund unzureichender Daten in Deutschland nur schwer möglich. Daten von Eurostat, des Statistischen Amtes der Europäischen Union, zeigen aber, dass der Anteil der von Armut bedrohten Bevölkerung im Jahr

Gelegenheitsstrukturen, das heißt sozialer, kultureller und infrastruktureller Einrichtungen, Institutionen und Gegebenheiten, die das alltägliche Leben erleichtern – oder im Falle ihres Fehlens – auch erschweren können.

Ein wichtiger Unterschied zwischen den Befragten in städtischen und ländlichen Räumen ist die Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld und der vorhandenen Infrastruktur. In der Stadt sind die Befragten im Großen und Ganzen mit dem Angebot von Ärztehäusern, Familienhilfen, gesetzlichen Betreuern, Stadtteilzentren, Maßnahmen der Jobcenter, Selbsthilfegruppen und Supermärkten zufrieden. Die kurzen Wege werden als wichtigstes Qualitätsmerkmal des eigenen Wohnumfeldes benannt. Für die Befragten im ländlichen Raum hingegen ist Mobilität und die fehlende Infrastruktur in naher oder

gar fußläufiger Entfernung eines der größten Probleme. Aufgrund der mangelhaften Verfügbarkeit oder Flexibilität des Öffentlichen Personennahverkehrs haben von den Befragten nur diejenigen kein Auto, die nicht fahren dürfen oder können: alte Menschen, Menschen mit Behinderungen, diejenigen, denen der Führerschein entzogen wurde, Jugendliche oder junge Erwachsene ohne ausreichendes eigenes Einkommen. Ein Auto ist ein erheblicher zusätzlicher Kostenfaktor für die von Armut betroffenen Menschen im ländlichen Raum.

Fehlende Einkaufsmöglichkeiten vor Ort – vor allem fehlende Discounter – sind ein Problem für Befragte in kleineren Orten. Das Angebot von fahrenden Händlern stellt keine Alternative dar, da sie als zu teuer wahrgenommen werden und weil selbstbestimmte Mobilität wichtig für das eigene Selbstwertgefühl ist. So sagte einer der Befragten aus einem kleinen Dorf, dass er lieber ein paar Euro für die Fahrt in die nächstgrößere Stadt ausbebe, denn dort habe er mehrere Möglichkeiten, günstigere Sachen einzukaufen.

Besonders in der Stadt Rostock spielen die meist fußläufig erreichbaren Stadtteil- und Begegnungszentren eine wichtige Rolle als Gelegenheitsstruktur für soziale Unterstützung, ehrenamtliches Engagement und als niedrigschwelliges Angebot, das Teilhabe ermöglicht. Auch die Befragten in den ländlichen Räumen sind aktiv und engagiert. Hier fällt aber auf, dass sich das Feld der Aktivitäten eher auf den privaten oder familiären Bereich beschränkt. Zu nennen

Auch bei der Nutzung von Vereinsangeboten sind die Befragten in den ländlichen Räumen benachteiligt und in ihrer Lebensführung eingeschränkt. Eine befragte Alleinerziehende wohnt in einer Mittelstadt und überlegte, zu ihrem neuen Freund zu ziehen, der in einem kleinen Dorf wohnt. Sie entschied sich wegen der langen Wege dagegen, da es „finanziell nicht möglich“ sei, denn sie müsste dann die Kinder mit dem Auto zur Schule fahren, nachmittags abholen und auch zu ihren Vereinen bringen.

Gravierende Unterschiede zwischen den ländlichen und nicht-ländlichen Räumen gibt es hinsichtlich der Unterstützungsstrukturen für spezielle von Armut besonders gefährdete Zielgruppen wie Alleinerziehende, Menschen mit Behinderungen und Alkoholabhängige. Solche Angebote, wie auch die Tafeln, bei denen Bedürftige vergünstigte Lebensmittel erstehen können, sind in den ländlichen Räumen kaum vorhanden oder nur mit einem erhöhten Mobilitätsaufwand und dementsprechenden Kosten zu erreichen.

Thema für Forschung und Politik!

Die benannten Unterschiede zwischen städtischer und ländlicher Armut machen es notwendig, die Armut auf dem Land als eine spezifische, verschärfte Form der Armut in Deutschland wahrzunehmen und ihren verschiedenen Erscheinungsformen sowohl in der Forschung als auch in der Politik besondere Aufmerksamkeit zu widmen. In dem weiterführenden Forschungsprojekt am Thünen-Institut sollen

nun die Fragen beantwortet werden, welche sozialen, ökonomischen und infrastrukturellen Gegebenheiten in ländlichen Räumen sich besonders auf Armut und deren Bewältigung auswirken. Außerdem werden sich die Wissenschaftler damit beschäftigen, inwiefern Armut die soziale Teilhabe der Menschen in ländlichen Räumen und die viel diskutierten „Gefühle des Abgehängtseins“ beeinflusst.



sind hier zum einen die Suche nach Beschäftigungsmöglichkeiten sowohl auf dem ersten Arbeitsmarkt als auch im Bereich der entgeltlichen Nachbarschaftshilfe und auch der Schwarzarbeit. Zum anderen ist die Sorgearbeit für Familienmitglieder, meist die eigenen Eltern, ein Bereich, der für Frauen und Männer oftmals einen großen Teil der eigenen Aktivitäten einnimmt. Befragte in den ländlichen Räumen, die sich anderweitig, etwa ehrenamtlich, engagieren wollen, sind typischerweise mit dem Problem konfrontiert, dass institutionalisierte Möglichkeiten für ehrenamtliches Engagement nicht vorhanden, schwerer zu erreichen oder mit anderen Zugangsbarrieren verbunden sind. Eine der Befragten aus dem Landkreis Mecklenburgische Seenplatte, die in der Feuerwehr aktiv war, nun aber etwas weiter weggezogen ist, sagte: „Wenn der Pieper geht, kann ich nicht aufspringen und mitfahren.“ Aus dem weiteren Verlauf des Interviews wird klar, dass das Auto und die Benzinkosten für sie ein beträchtlicher Kostenfaktor sind.

SERVICE:

Zum Weiterlesen: Thünen-Forschungsprojekt „Armut und soziale Teilhabe in ländlichen Räumen“:
www.thuenen.de > Themenfelder > Ländliche Lebensverhältnisse



KONTAKT:

Dr. Andreas Klärner
 Johann Heinrich von Thünen-Institut
 Institut für Ländliche Räume
 Telefon: 0531 596 5223
andreas.klaerner@thuenen.de
www.thuenen.de

Netzwerke fangen auf

In Mecklenburg-Vorpommern leben besonders viele Menschen unterhalb der Armutsgrenze. In ihrem Alltag spielen soziale Netzwerke eine wichtige Rolle.



André Knabe ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie und Demographie der Universität Rostock. Er hat zusammen mit dem Landesverband der Arbeiterwohlfahrt in Mecklenburg-Vorpommern und anderen Institutionen von Armut Betroffene befragt. www.isd.uni-rostock.de

Herr Knabe, wie leben die Befragten, denen vergleichsweise wenig Geld zu Verfügung steht?

Die materielle Knappheit bestimmt das Leben der Betroffenen, aber viel schwerwiegender ist die fehlende soziale Teilhabe. Viele Langzeitarbeitslose haben beispielsweise das Gefühl, ihre Situation nicht aus eigener Kraft verändern zu können; sie empfinden sich daher als abhängig und abgeschnitten von der Gesellschaft. Die meisten suchen aktiv nach einem Ausweg aus der Armut, scheitern aber immer wieder angesichts fehlender Zugänge in den Arbeitsmarkt und zu sozialer Teilhabe.

Welche Rolle spielen soziale Netzwerke beim Umgang mit Armut und fehlender Teilhabe?

Über Netzwerke wird der Zugang zu sozialer Teilhabe reguliert. Diese Netzwerke kann man sich nicht aussuchen. Wen man kennt und wer einem helfen könnte, hängt davon ab, an welcher sozialen und räumlichen Position man sich in der Gesellschaft bewegt. Wenn man an einem Ort lebt, an dem es noch eine Freiwillige Feuerwehr und einen Heimatverein gibt, einen Bürgermeister, der Dorffeste organisiert, dann entstehen viele Gelegenheiten, Menschen kennenzulernen und die eigenen Möglichkeiten zu erweitern. So kann man zum Beispiel jemanden treffen, der einen Job vermittelt. Wenn es diese Gelegenheiten und Orte nicht gibt, ist es schwieriger, solche sozialen Beziehungen aufzubauen. Wir nennen das Gelegenheitsstrukturen: Strukturen zur Aufnahme und Pflege sozialer Beziehungen. Es geht dabei nicht nur darum, sich von jemandem helfen zu lassen, sondern auch, eine sinnvolle Beschäftigung für sich zu finden und am Ende des Tages zu hören: Das hast du gut gemacht, komm morgen wieder.

Wie wichtig ist solch eine Beschäftigung?

Eine sinnvolle Beschäftigung ist etwas, das man braucht, um mit der Situation als Arbeitsuchender oder Langzeitarbeitsloser positiv umgehen zu können. So etwas zu finden, ist oft wichtiger als materielle Engpässe zu überwinden. Viele Befragte haben uns gesagt, das wirkliche Problem sei, nicht gebraucht zu werden. Problematisch ist, wenn diese Gelegenheiten auf dem Land weniger werden oder ganz verschwinden. Sie sind häufig durch das gefährdet, was wir selektive Abwanderung nennen: Diejenigen, die woanders eine größere Chance haben, die in der Stadt Entwicklungschancen für sich sehen, gehen oftmals weg. Das schwächt die nachbarschaftlichen Strukturen. Besonders dann, wenn Schlüsselpersonen wie die ehrenamtliche Chorleiterin, der Chef der Feuerwehr oder die Trainerin des Sportvereins abwandern, denn dadurch brechen Identifikationsfiguren und im schlimmsten Fall auch Gelegenheitsstrukturen weg.

Ist das ein Apell, dass Dörfer dafür sorgen sollten, Treffpunkte zu schaffen und ein Kulturangebot zu machen?

Ja. Ich werbe dafür, das Gegenteil davon zu tun, was man in der Vergangenheit getan hat: Mecklenburg-Vorpommern ist stark von Kreisgebietsreformen betroffen – Landkreise wurden zusammengelegt und bilden große Verwaltungseinheiten. Diese Zentralisierung befördert Prozesse sozialer Desintegration; oft fehlt der Informationsfluss bis ins Dorf. Wenn man etwas dagegen tun möchte, sollte man den Menschen helfen, sich selbst zu organisieren und unkompliziert Ortsvorsteher und andere Engagierte unterstützen, die in ihrem Ort etwas verändern möchten. Auch Vereine sollten dabei unterstützt werden, damit sie gezielt von unten eine Dynamik in Gang setzen können.

Vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Andrea Birrenbach.

”

Das wirkliche Problem ist, nicht gebraucht zu werden.“

Mehr Teilhabe fördert Demokratie

Völkische und rechtsextreme Gruppen breiten sich zunehmend im ländlichen Raum aus. Dagegen helfen vor allem zivilgesellschaftliche und demokratische Strukturen. Diese durch die Zusammenarbeit von Jugendlichen, Vereinen, Verbänden und Verwaltungen zu fördern, ist das Ziel von Oliver Hohn.



Oliver Hohn ist Koordinator der Lokalen Partnerschaft für Demokratie (PfD) der Ämter Krakow am See / Mecklenburgische Schweiz in Trägerschaft des CJD Nord. Die PfD ist ein Förderinstrument des Bundesfamilienministeriums für Kommunen mit 20 000 und mehr Einwohnern im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“.

wird. Man sieht: Das Gefühl, abgehängt zu sein, reicht nicht aus als Erklärung.

Wie versuchen Sie die Jugendlichen im ländlichen Raum zum Mitmachen zu bewegen und auf welche Schwierigkeiten stoßen Sie dabei?

Wir erreichen Jugendliche über die Schulen und die Jugendclubs. Das größte Hemmnis ist dabei ihre mangelnde Mobilität. Ein regelmäßiger und über den gesamten Tag verfügbarer öffentlicher Nahverkehr ist häufig nicht gegeben. Ein weiteres Problem ist: Kindern und Jugendlichen wird an den Schulen keine systematische Projektkompetenz vermittelt. Die Schüler müssen erst lernen, eigene Ideen zu formulieren und zu realisieren. Zudem stehen für Treffen zwischen den Jugendlichen und mir als Koordinator meistens nur wenige Minuten pro Woche zur Verfügung. Mehr freie Projektarbeit an Schulen, bei der sich die Schüler selbst Themen setzen und mit ihren eigenen Mitteln bearbeiten, wäre eine große Hilfe. Jugendliche aus rechtsradikalen oder extremistischen Elternhäusern sind tatsächlich wesentlich schwerer zu erreichen, als Kinder aus anderen Elternhäusern. Wichtig ist aber, dass sich die Angebote wirklich an alle richten. Die Kinder sollten nicht in die Lage gebracht werden, sich für eine Seite entscheiden zu müssen: für ihr Elternhaus oder für die Gesellschaft – die hier durch die Schule repräsentiert ist. Deshalb sprechen wir auch von Demokratiebildung und nicht Demokratieerziehung.

Insgesamt gibt es aber eine hohe Bereitschaft bei den Jugendlichen, sich an Entscheidungsprozessen zu beteiligen, persönliche Fragen einzubringen oder Ideen zu unterstützen und zu realisieren. Voraussetzung ist allerdings, dass sie sich ernst genommen fühlen und sehen können, dass ihr Engagement tatsächlich Auswirkungen hat.

Vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Juliane Mante.

”

Das Gefühl, abgehängt zu sein, macht anfälliger für extremistisches Gedankengut.“

Herr Hohn, im südlichen Teil des Landkreises Rostock haben sich völkische Gemeinschaften mit rechtsextremem Hintergrund etabliert. Welche Rolle spielen fehlende Teilhabemöglichkeiten für solch eine Entwicklung?

Die wichtigsten Gründe für die Ansiedlung aus ganz Deutschland und den Niederlanden sind die relativ wenigen ausländischen Mitbürger vor Ort, die niedrigen Immobilienpreise und die weitgehende Abgeschiedenheit. Teilhabemöglichkeiten werden vor Ort im gleichen Umfang geboten wie in anderen ländlichen Regionen auch.

Fühlen sich vor allem ärmere Menschen abgehängt und sind dann anfälliger für extremistisches Ideengut?

Das Gefühl, abgehängt zu sein, macht anfälliger für extremistisches Gedankengut. Hinzu kommt: Im ländlichen Raum werden häufig wertkonservative und abgrenzende Meinungen vertreten. In Zeiten eines politischen Umbruchs fällt der Schritt zu radikalem Gedankengut leichter. Eine Entwicklung hin zu extremistischen Ideen ist zudem sehr stark von der Persönlichkeit abhängig: Leicht zu kränkende Menschen scheinen offener dafür zu sein. Weitere wesentliche Ursachen für Demokratiefeindlichkeit sind aus meiner Sicht intransparente Prozesse und eine unverständliche Sprache in Politik und Verwaltung. Begünstigend wirkt ebenso, dass die Verantwortung für Entscheidungen nicht mehr Personen zugeordnet werden kann und die Schnittstelle Bürger – Politik nicht mehr wahrgenommen



Chancen für alle

Auf dem rund 70 Hektar großen Waldeckhof in Baden-Württemberg finden Langzeitarbeitslose eine Nische. [VON THOMAS VAN ELSSEN]

Lobbyarbeit für Langzeitarbeitslose: Das macht Karin Woyta seit 20 Jahren. Sie ist Geschäftsführerin der gemeinnützigen Staufener Arbeits- und Beschäftigungsförderung GmbH (SAB) und betreibt den Waldeckhof am Rande der Stadt Göppingen. Hier hilft sie Menschen, die ohne fachliche und pädagogische Unterstützung kaum Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt haben. Eingeschlossen sind ältere und „durch Krankheit oder Behinderung leistungseingeschränkte Personen, alleinerziehende Frauen, Migranten und chancengeminderte Jugendliche“, heißt es im Hofprospekt.

Keine Kulisse

Im Mittelpunkt steht Arbeit, die Sinn ergibt. Hier ist nichts zu therapeutischen Zwecken inszeniert, sondern es geht vielmehr um die Teilhabe an realer landwirtschaftlicher Arbeit. Die Arbeit mit Tieren, mit der Natur und die Erzeugung von hochwertigen Lebensmitteln ermöglicht Erfolgserlebnisse und ist stabilisierend, integrierend und motivierend: „Jugendliche, die aus anderen Projekten als aggressiv, unpünktlich und unzuverlässig bekannt waren, erwiesen sich auf einmal als – mindestens den Tieren gegenüber – absolut pflichtbewusste Personen“, so Karin Woyta.

Angefangen hat der Waldeckhof klein – als Landschaftspflegegruppe. Nach und nach kamen Landwirtschaft und Hauswirtschaft hinzu. Eine Fahrradwerkstatt, ein Bio-Mittagsimbiss in der Göppinger Innenstadt sowie Molkerei, Hofcafé und Hofladen folgten. Die im Jahr 2000 übernommenen 20 Schafe sind auf eine Herde von 100 Muttertieren angewachsen; hinzu kamen 12 Limpurger Rinder, 120 Gänse in Weidewaltung mit eigener Quelle sowie einige Schweine. Seit 2008 ist der Waldeckhof außerdem als Archehof zur Züchtung bedrohter Haustierrassen anerkannt.

Für jeden etwas

Die Langzeitarbeitslosen werden dem Hof über das Jobcenter zugewiesen. Die Sozialpädagogen der SAB stellen ihnen die verschiedenen Projekte vor und versuchen aus ihrer fachlichen Sicht, einen Kompromiss zwischen Belegzahlen des Projekts, Anfahrtswegen, Neigungen der Menschen und Bedarfssituation zu finden.

Die Arbeitsbereiche reichen von einfachen Feldarbeiten bis hin zu anspruchsvollen Tätigkeiten in der Käseerei. Auch bildet der Hof aus, etwa Fahrradmonteure, Hauswirtschaftler oder Kaufleute für Büromanagement. Sechs schwerbehinderte Personen arbeiten in unbefristeten Arbeitsverhältnissen. Aufgrund ihrer langjährigen Zugehörigkeit sind sie Leistungsträger im Projekt. Alle anderen Teilnehmer müssen die Stammbesellschaft je nach Fluktuation immer wieder neu anlernen. Maßnahmen, Belegzahlen und Finanzierung handeln Geschäftsführung und Jobcenter jährlich neu aus.

Verlässliche Finanzierung fehlt

Was sich als Erfolgsgeschichte liest, ist hart errungen. „Das Problem bei der Finanzierung von Beschäftigungsunternehmen ist ihr unsicherer und fehlender rechtlicher Hintergrund“, meint Karin Woyta. „Sie sind überwiegend kurzfristig angelegt und ausschließlich projekt- und personenbezogen. In der Regel müssen wir nach zwölf Monaten neu verhandeln“. Hinzu kommt: Jeder Bezirk der Agentur für Arbeit hat andere Förderregeln, die ständig verändert werden. Das bedeutet ein permanentes Jonglieren und Improvisieren, um Leistungsstandards zu entwickeln und aufrechtzuerhalten. Das gelingt Karin Woyta mit dem Waldeckhof immer wieder – trotz aller Widrigkeiten.



KONTAKT:

Dr. Thomas van Elsen
 Petarca – Europäische Akademie
 für Landschaftskultur e. V.
 Telefon: 05542 981655
 thomas.vanelsen@petarca.info
 www.soziale-landwirtschaft.de
 www.sab-gp.de

Armut – ein Thema für LEADER?

In Sachsen-Anhalt können LEADER-Projekte auch mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert werden. Stichwort: Multifonds-Ansatz. Eine ideale Ausgangslage, um sich mit dem Thema Armut auseinanderzusetzen, oder?



Michael Schmidt ist einer der beiden Geschäftsführer der Amtshof Eicklingen Planungsgesellschaft. Er ist als LEADER-Manager in den Regionen Nordharz und Rund um den Huy im Landkreis Harz in Sachsen-Anhalt tätig.
www.amtshof-eicklingen.de

Standardweg. In LEADER müssen sich Projekte bei der Lokalen Aktionsgruppe vorstellen, werden diskutiert und abgewogen. Das sind die sozialen Träger nicht gewohnt. Im Rahmen des Wettbewerbs für Projekte, die 2019 gefördert werden sollen, haben wir deshalb einen eigenen ESF-Aufruf gestartet und fordern die sozialen Träger gezielt auf, sich mit einem Projektsteckbrief bei uns zu melden.

Also eignet sich Armut eher nicht als LEADER-Thema? Doch. Die Frage ist, wie man etwas erreicht. In der Stadt Ballenstedt hat eine Gruppe von engagierten Frauen eine leerstehende Hofstelle gepachtet, um ein soziales kulturelles Projekt durchzuführen. Wir unterstützen sie mit einer ELER-Förderung dabei, die Gebäude herzurichten. Die Bauarbeiten übernehmen regionale Firmen, die damit zur Sicherung der regionalen Beschäftigung beitragen. Aber eigentlich dient die investive Maßnahme dazu, das zu ermöglichen, was hinterher dort geschehen soll: mit sozial benachteiligten Menschen zu arbeiten. Das wäre dann als ESF-Projekt förderfähig. LEADER wirkt also eher indirekt auf das Thema Armut. Und mit der Richtlinie LEADER und CLLD können wir zwei Kapitel einer Geschichte begleiten. Ich wünsche mir, dass das für die nächste Förderperiode nicht nur bleibt, sondern ausgebaut wird.

Wie kann LEADER noch sozialer werden?

Zum Beispiel mit einer Vereinfachung des Förder-systems: Statt des Erstattungsprinzips sollte das Kostenprinzip angewendet werden, damit Projekte nicht vorfinanziert werden müssen. Und mit mehr Vertrauen, Experimentierfreude und dem Grundsatz, dass ein Scheitern erlaubt ist: Wenn wir über Armut reden, reden wir meist auch über Menschen mit sozialen Schwierigkeiten. Wir unterstützen mit einem ESF-Projekt den Verein pasapa Mensch und Beruf e. V. Er betreut junge Menschen, die absolut keinen Plan haben, was sie mit sich und ihrer Zukunft anfangen sollen oder Schwierigkeiten, sich sozial zu integrieren. Er ist erfolgreich, auch wenn es mit einzelnen Teilnehmern immer wieder einmal Probleme gibt.

Vielen Dank für das Gespräch!
Das Interview führte Anja Rath.

„
LEADER
wirkt eher
indirekt.“

Herr Schmidt, einige LEADER-Regionen in Sachsen-Anhalt benennen Armut in ihrer lokalen Entwicklungsstrategie als Risikofaktor. Die Region Nordharz hat Armut in einer Ideenkonferenz zum Thema gemacht. Das ist etwas Besonderes.

Ja, denn dabei haben verschiedene Bildungswerke, wie das Sozialzentrum Bode, die Evangelische Stiftung Neinstedt, der Arbeiter-Samariter-Bund und das Bildungs- und Technologiezentrum in Thale, mitgewirkt. Das war neu und bereichernd. Der gedankliche Ansatz war: Wenn man Menschen in Beschäftigung hält, verringert man die Gefahr, dass sie in Armut abgleiten. Dass bei der letzten Landtagswahl viele Direktmandate an die AfD gefallen sind, hat sicherlich auch damit zu tun, dass viele Menschen für sich keine Perspektive mehr sehen. Wir wollen dem mit LEADER begegnen. Dazu müssen wir noch präsenter sein und das, was wir machen können, zeigen.

Mit sozialen Projekten?

Wir haben mit den Akteuren ein Handlungsfeld erarbeitet: Bildungsprozesse und Übergänge gestalten, Fachkräfte für und in kleinen und mittleren Unternehmen sichern. Über den Multifonds haben wir die Möglichkeit, einen Teilbereich aus dem großen Kanon des ESF in LEADER umzusetzen. Sachsen-Anhalt hat dafür eine LEADER-CLLD-Richtlinie ausgearbeitet. Projekte zu entwickeln, die dazu passen, war neu und spannend. Wir sind bisher vornehmlich bei arbeitsmarktorientierten Mikroprojekten aktiv.

Für das geplante, über ESF-Mittel finanzierte Leitprojekt für Kinder und Jugendliche mit hohen Armutsrisiken hat sich aber kein Träger gefunden.

Viele wählen für die ESF-Förderung den ihnen bekanntesten



- 1 Der EinLaden bietet Lebensmittel zu erschwinglichen Preisen.
- 2 Regelmäßig gemeinsam kochen: Das ist in Homberg für alle möglich.



Ein Treffpunkt für alle

Wieder am gesellschaftlichen Leben teilnehmen: Menschen mit geringem Einkommen hilft der „EinLaden am Obertor“ dabei. [VON MARGRET ARTZT]

Der EinLaden am Obertor ist gut besucht. Kein Wunder. Schließlich gibt es nicht nur Lebensmittel und Kleidung zu kleinen Preisen. Menschen mit geringem Einkommen können sich hier auch treffen, ohne viel Geld ausgeben zu müssen. Die Idee hatten Mitarbeitende des Diakonischen Werks (DWSEK) aus der Kreisstadt des Schwalm-Eder-Kreises in Nordhessen. Sie wollten den Menschen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Mit Erfolg. Und indem sie beteiligt werden und mitarbeiten, sollen sie auch den Anschluss an den Arbeitsmarkt wiederfinden.

Brot und Kultur

So öffnete der EinLaden 2011 mit drei Angeboten: der Tafel Homberg, dem Kleiderladen und dem Treff. Das Land Hessen förderte den Umbau der von privat angemieteten Räume. Bei der Tafel erhalten Menschen mit geringem Einkommen für einen Obolus von zwei Euro Lebensmittel, die Ehrenamtliche bei regionalen Supermärkten, Fleischereien und Bäckereien abgeholt haben. Im Kleiderladen gibt es gespendete Kleidung und im Treff können die Gäste einmal pro Woche günstig ein Mittagessen bekommen oder sich nachmittags bei Kaffee und Kuchen austauschen.

Mehrmals im Jahr organisieren die Mitarbeiter des EinLadens mit dem Stadtmarketing Homberg zudem kulturelle und kommunikative Angebote. Es gibt Lesungen, Ausstellungen, Filmabende, Podiumsdiskussionen oder Reparaturwerkstätten. Ganz wichtig dabei: Diese Angebote sind nicht nur für Menschen mit geringem Einkommen gedacht, sondern stehen allen offen.

Zurück ins Leben

Im Kleiderladen und in der Tafel arbeiten Langzeitarbeitslose, die das Jobcenter vermittelt. Einige lernen erst hier wichtige Fähigkeiten, die für den Arbeitsmarkt unerlässlich sind: Pünktlichkeit, Verlässlichkeit, das Einhalten von Regeln oder rechtzeitiges Krankmelden.

Häufig hilft die Arbeit im EinLaden auch dabei, durch den Kontakt zu den Ansprechpartnern im DWSEK eigene Probleme anzugehen.

Diese beraten zu gesundheitlichen Einschränkungen, Schulden, Sucht- oder Beziehungsproblemen. Sie verweisen an entsprechende Fachdienste und begleiten bei Bedarf auch dorthin. Und manchmal hilft der Laden auch in Liebesdingen: „Bei euch habe ich mein Glück gefunden; was Besseres hätte mir nicht passieren können“, sagt ein Mitarbeiter, der hier seine Partnerin gefunden hat.

Spenden, Förderung und Ehrenamt

Möglich sind die Angebote des EinLadens durch einen Mix aus Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen. Ein Sozialpädagoge des DWSEK, Jürgen Kurz, leitet den Laden. Finanziert wird diese Stelle mit Mitteln der Kirche sowie durch Zuweisungen des Jobcenters und des Schwalm-Eder-Kreises. Hinzu kommen weitere Hauptamtliche mit kleinen Stundenkontingenten für Verwaltung, Koordination, Abrechnung und Buchhaltung. Den Treff und die Tafel tragen hauptsächlich Freiwillige, darunter der ehrenamtliche Koordinator Peter Laukner. Für Kurz und Laukner ist die Suche nach neuen Mitstreitern manchmal schwierig. Ihrer Erfahrung nach können Menschen vielfach keine verbindlichen Aufgaben übernehmen, oder sie wollen sich aus persönlichen Gründen nicht festlegen. Für die Finanzierung ist das Diakonische Werk auf die Erlöse aus dem Kleiderladen oder dem Treff sowie auf kirchliche Mittel und Spenden angewiesen. Deshalb ist es eine ständige Aufgabe, den EinLaden noch bekannter zu machen. Nicht nur, um Kunden und Mitarbeiter zu gewinnen, sondern auch, um den Sinn der Arbeit den Kirchengemeinden und Spendern zu verdeutlichen.



KONTAKT:

Margret Artzt
Diakonisches Werk im Schwalm-Eder-Kreis
Telefon: 05681 9920-0
margret.artzt@ekkw.de
www.dwsek.de
www.einladen-am-obertor.de

Unternehmer und trotzdem arm

Landwirten sind Liquiditätsprobleme oft nicht fremd. Für viele wird es zunehmend schwieriger, von ihrer Arbeit zu leben oder ihre Versorgung im Alter zu sichern. Was tun?



Petra May ist Vorstandsmitglied der BAG Familie und Betrieb e. V. und arbeitete von 2011 bis 2017 als Familienberaterin im nördlichen Rheinland-Pfalz und im Saarland. Die BAG verbindet 21 landwirtschaftliche Familienberatungen und sieben Sorgentelefone bundesweit, die Landwirte zu Themen an der Schnittstelle Familie und Betrieb beraten.
www.landwirtschaftliche-familienberatung.de

Welche Bewältigungsstrategien empfehlen Sie den Landwirten?

Man muss sich den Betrieb ganz genau anschauen. Je nach Situation erarbeiten wir gemeinsam mit der Familie unterschiedliche Strategien. Diese können den Aufbau neuer Standbeine betreffen, die Rückführung von Schulden, die Überführung in den Nebenerwerb, eine außerlandwirtschaftliche Beschäftigung oder als letzte Möglichkeit die Betriebsaufgabe. Wir begleiten die Landwirte zur Bank, verhandeln mit Gläubigern, Gerichtsvollziehern und dem Jobcenter und vermitteln Informationen und Ansprechpartner. Unsere verlässliche Begleitung gibt den Landwirten neuen Mut. Das ist ganz wichtig!

Was steht einer erfolgreichen Bewältigung entgegen?

Landwirte und auch Sachbearbeiter in den Jobcentern wissen häufig nicht, dass Landwirte Anspruch auf Arbeitslosengeld II haben, ohne vorher Hof und Flächen zu veräußern. Viele scheuen sich, solche Hilfen zu beantragen, weil es ihrem Selbstbild als Unternehmer widerspricht. Fläche zu verkaufen, um liquide zu werden, ist mit Schuldgefühlen und Scham behaftet, einem Gefühl, versagt zu haben. Sie sind emotional sehr stark an ihren Boden gebunden. Und häufig holen sich die Betroffenen sehr spät Hilfe.

Muss die Politik mehr unternehmen, um landwirtschaftliche Betriebe in solchen Situationen zu unterstützen?

Die Politik muss speziell für Betriebe in Schwierigkeiten eine ausreichende Beratung fördern, und zwar eine, die begleitet und unterstützt, wie es die landwirtschaftlichen Familienberatungen tun. Informationen zu Beratungsmöglichkeiten müssen den angehenden Landwirten schon in den Berufsschulen vermittelt werden. Als wichtigster Punkt: Die Politik müsste Möglichkeiten finden, Untergrenzen für die Erzeugerpreise vorzugeben, ähnlich wie beim Mindestlohn. Es kann nicht sein, dass die Landwirte, die uns den Teller füllen, selbst am oder sogar unter dem Existenzminimum leben.

Vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Juliane Mante.



Die Politik müsste Untergrenzen für Erzeugerpreise vorgeben.“

Frau May, nimmt Armut auf landwirtschaftlichen Betrieben zu?

Ja. Es gibt eine zunehmende Tendenz, vor allem bei Landwirten in Rente. Der frühere Generationenvertrag greift seltener, da es weniger Hofnachfolger gibt, die den Senioren die Versorgung im Ruhestand auf dem Hof ermöglichen. Ich finde es schrecklich zu sehen, dass viele Menschen ihr Leben lang hart gearbeitet und in die Alterskasse eingezahlt haben und dann von 500 oder 600 Euro im Monat leben müssen – auch weil ihnen der Gang zum Sozialamt schwerfällt.

Immer mehr Betriebe haben aber auch Probleme, wirtschaftlich zu arbeiten. Woran liegt das?

Meiner Meinung nach spielen die niedrigen Erzeugerpreise eine große Rolle. Wenn der Landwirt nur 19 Cent pro Liter Milch erhält, ist das eindeutig zu wenig. Es sind mindestens 38 bis 40 Cent pro Liter nötig, um kostendeckend arbeiten zu können. Häufig sind es ältere Landwirte zwischen 50 und 60 Jahren, die resignieren. Auch, weil sie keinen Hofnachfolger haben. Nicht nur kleine Betriebe mit Viehhaltung oder mit nur einem Standbein zählen bei Preiseinbrüchen zu den Risikogruppen. Wenn der Betrieb einmal in der Abwärts-Spirale ist, ist es schwierig, ihn ohne Hilfe wieder rauszuholen. Von Armut betroffene Landwirte ziehen sich häufig zurück und haben wenig Kontakte. Die Arbeit wächst ihnen über den Kopf, Krankheiten sind die Folge. Rechnungen, Versicherungsbeiträge oder Darlehensraten können nicht gezahlt, notwendige Investitionen nicht getätigt werden.



Altersarmut: vor allem weiblich

Die Existenzsicherung ist für Frauen in ländlichen Regionen besonders schwer. Die Equal-Pay-Beraterinnen des Deutschen LandFrauenverbandes wollen dies ändern.

[VON CLARA BILLEN]

Ingrid Janßen aus Varel in Niedersachsen hat sich viel vorgenommen: „Ich will die Rollenvorstellungen im ländlichen Raum hinterfragen und verändern. Sie beeinflussen Berufswahl, Erwerbsbiografie und Altersabsicherung.“ Als eine von 21 Equal-Pay-Beraterinnen des Deutschen LandFrauenverbandes (dlv) hat sie eine klare Mission: Sie will, dass Frauen und Männer gerecht entlohnt werden. Gefördert vom Bundesfamilienministerium, wurden seit 2013 insgesamt 21 Frauen zu Botschafterinnen für Entgeltgleichheit ausgebildet. Sie können als Referentinnen gebucht werden, sprechen auf Veranstaltungen, gehen in Schulen und bieten Workshops an.

Rollenvorstellungen überwinden

Bedarf ist da. In Deutschland verdienen Frauen 21 Prozent weniger als Männer – mit dramatischen Folgen für das Alter: Frauen müssen mit bis zu 50 Prozent weniger Rente zurechtkommen. Im ländlichen Raum ist diese Situation verschärft: Es fehlt an beruflichen Perspektiven, Rollenvorstellungen sind erstaunlich beharrlich und Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist schwieriger zu realisieren. „Noch immer sind Frauen traditionell für die Sorgearbeit innerhalb und außerhalb der Familie zuständig. Ab dem ersten Kind sind meist sie es, die beruflich das Nachsehen haben“, sagt dlv-Präsidentin Brigitte Scherb.

Und tatsächlich: Frauen machen inzwischen bessere Abschlüsse als Männer, finden aber in den ländlichen Regionen weniger adäquate Stellen. Kommt das erste Kind, nehmen

Frauen die längeren Elternzeiten und arbeiten im Anschluss oft nur in Teilzeit. Der Zweite Gleichstellungsbericht der Bundesregierung hat gezeigt, dass Frauen täglich fast 90 Minuten mehr unbezahlte Sorgearbeit leisten als Männer. Zeit, die für die eigene Berufstätigkeit und Absicherung fehlt.

Viele Stellschrauben

„Junge Frauen im ländlichen Raum wollen heute beides: Kinder und Karriere. Dafür brauchen sie aber bessere und verlässliche Rahmenbedingungen“, sagt Beraterin Irmtraud Hövermann. Sie ist in Kirchzellern aktiv und erlebt in Gesprächen immer wieder, dass es ohne eine Kinderbetreuung in der Nähe mit dem Arbeiten schwer wird. Die Wege auf dem Land sind länger und der Bus kommt seltener als in der Stadt. Politische Lösungen braucht es auch an anderen Stellen. „Lohntransparenz muss endlich durchgesetzt werden. Aber auch eine Aufwertung der Fürsorgeberufe, die Stärkung der Pflege und Gleichstellung bei der Mütterrente stehen auf dem Aufgabenzettel der Bundesregierung“, sagt Brigitte Scherb.

Hohes Risiko: Frauen in der Landwirtschaft

Vor allem die Situation von Frauen, die als Familienangehörige auf landwirtschaftlichen Höfen mitarbeiten, kann schwierig bis prekär sein. Ihnen fehlt häufig die rechtliche und finanzielle Absicherung. Sofern sie im Vorfeld keine Vorkehrungen getroffen haben, stehen diese Frauen bei einer Scheidung oder dem Tod des Mannes vor existenziellen Problemen.

Aufklärung und Vorsorge sind deshalb umso wichtiger. „Ich bin immer wieder erstaunt, wie wenig Wissen zu dieser Thematik vorhanden ist, gerade auch darüber, welche Konsequenzen früh getroffene Entscheidungen in der Erwerbsbiografie für den weiteren Lebensweg haben“, sagt Beraterin Freya Mattheißen. Gemeinsam mit den anderen Equal-Pay-Beraterinnen will sie das ändern.

SERVICE:

Wenn Sie eine Equal-Pay-Beraterin für eine Veranstaltung buchen möchten oder Fragen haben, wenden Sie sich gerne an die Projektleiterin Clara Billen.



KONTAKT:

Clara Billen
Deutscher LandFrauenverband
Telefon: 030 2844929-23
billen@landfrauen.info
www.landfrauen.info

Win-win in Neunkirchen

Indem sie Reststoffe zu neuen Produkten verarbeiten, bilden sich arbeitsuchende und geflüchtete Menschen weiter – und schützen gleichzeitig die Umwelt.

[VON JACKELINE MARTÍNEZ GÓMEZ, TOBIAS GRUBEN, ANGELA WERDIN UND SABRINA STRECKER]



In den Werkstätten der gemeinnützigen Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft AQA herrscht emsiges Treiben. Hier sägen, streichen und verschrauben arbeitssuchende und geflüchtete Menschen Holz, verarbeiten Karton und Kunststoff oder vernähen Stoffe: Im Upcycling-Zentrum im saarländischen Neunkirchen machen sie seit 2016 Altes zu Neuem. Aus Reststoffen werden beispielsweise Sitzbänke, Hocker oder Taschen. Die Teilnehmer wiederum werden handwerklich fit und lernen, gewissenhaft im Team zu arbeiten. Das steigert ihre Chancen, wieder ins reguläre Arbeitsleben einzusteigen.

Selbstbewusst werden

„Viele der Personen, die vom Jobcenter zu uns geschickt werden, sind seit Jahren arbeitslos. Sie sind häufig frustriert und demotiviert und haben das Gefühl, auf dem Arbeitsmarkt nicht gebraucht zu werden“, sagt Anton Jacob. Er ist Geschäftsführer der AQA gGmbH, die ihre Werkstätten für das Projekt zur Verfügung stellt. „Dabei hat fast jeder erstaunliche Fähigkeiten.“ Umso motivierender sei die Arbeit im Projekt – insbesondere die Präsentation der Entwürfe in der Öffentlichkeit

und die positive Resonanz stärken Selbstbewusstsein und Arbeitsleistung. Alle drei bis sechs Monate schickt das Jobcenter neue Personen. Rund 15 Langzeitarbeitslose und Migranten arbeiten gleichzeitig im Projekt. Dabei werden sie von zwei Handwerksmeistern, einem Designstudenten und einer Diplom-Produktdesignerin angeleitet und begleitet. Die schnellen Wechsel machen die Zusammenarbeit manchmal schwierig. Erfolgreich ist sie trotzdem: Einige nutzen das Sprungbrett und finden eine Weiterbildung im handwerklichen Bereich oder einen festen Job.

Die Umwelt schonen

Doch beim Upcycling-Zentrum geht es nicht nur darum, die Menschen in der Region zu qualifizieren. Verantwortungsbewusst und umweltschonend mit Ressourcen umzugehen und auf regionaler Ebene eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft zu etablieren, sind weitere Ziele. Möglich macht das der Projektträger – das Institut für angewandtes Stoffstrommanagement (IfaS) der Hochschule Trier. Es analysierte die Stoffströme der Region, identifizierte verfügbare Reststoffe und kontaktierte über 60 Unternehmen:

Kaffeeröstereien, Weinimporteure und Brauereien, Hersteller von Kunststoff- und Gummiwaren sowie Schreibtischstühlen, außerdem Energieversorger, Logistiker und Automobilzulieferer. Von ihnen stammen die Reststoffe, die im Upcycling-Zentrum wieder zu Rohstoffen werden.

Damit daraus neue Produkte entstehen, kommt die Hochschule der bildenden Künste Saar ins Spiel. Studierende entwerfen in Workshops und Seminaren Designerstücke: Aus alten Holzpaletten und Kartonage kreieren sie Möbel, aus Korken, Textilien und Kunststoffen kleine Gebrauchsgegenstände und aus Textilien, Spanngurten und Kaffeesäcken werden Taschen oder Tabakbeutel. Die drei besten Prototypen finden ihren Weg in den Katalog des Upcycling-Zentrums. Inzwischen gibt es mehr als 80 Produkttypen und über 1 000 Einzelprodukte, die über einen Onlineshop und einen Laden in der saarländischen Kreisstadt verkauft werden. Dabei wissen die Käufer, dass sie nicht nur ein hochwertiges Produkt erhalten, sondern auch einen Beitrag zur Qualifikation und Integration von Langzeitarbeitslosen und Migranten sowie zur Ressourcenschonung leisten.



1 bis 3 In der Holzwerkstatt,
 4 in der Nähwerkstatt und
 5 in der Lounge des Upcycling-Zentrums



Denn das Projekt steigert nicht nur die regionale Wertschöpfung im saarländischen Landkreis, es spart auch Ressourcen und Energie. Das zeigt die wissenschaftliche Analyse einer im Upcycling-Zentrum Neunkirchen hergestellten Sitzbank aus alten Holzpaletten. Sie besteht aus knapp 21 Kilogramm Altholz und spart damit 1,3 Prozent Waldholz einer durchschnittlichen Fichte ein. Das Altholz nicht in einem Biomasseheizkraftwerk zu verwerten, spart zudem rund 600 Gramm Treibhausgase. Die Ressourceneffizienz liegt damit bei etwa 58 Prozent und ist doppelt so hoch wie bei einer Einfachnutzung von Holz. Bisher hat das Upcycling-Zentrum etwa 160 Kubikmeter Restholz verarbeitet. Das entspricht – bei ungefähr 75 Prozent zum Upcycling verwendbarem Altholz – einer Einsparung von rund 1,6 Tonnen CO₂-Äquivalent.

Das Projekt Upcycling-Zentrum Neunkirchen gehört zu den Startprojekten in der Modellregion Neunkirchen im Saarland. Es wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) im Fördervorhaben Land(auf)Schwung unterstützt. Seit Juni zählt das Upcycling-Zentrum Neunkirchen außerdem zu den ausgezeichneten Orten des

Wettbewerbs „Land der Ideen 2018“. Das dazugehörige Motto „Welten verbinden – Zusammenhalt stärken“ passt. Denn: Hand in Hand arbeiten hier verschiedene Fachrichtungen, soziale Schichten, Altersgruppen, Institutionen und Unternehmen auf Augenhöhe zusammen – und fördern gesellschaftliche Teilhabe und Umweltschutz gleichermaßen.

SERVICE:

Zum Weiterlesen: www.stoffstrom.org
[www.ble.de/DE/Projektfoerderung/
 Foerderungen-Auftraege/Kompetenz-
 zentrum-Laendliche-Entwicklung/
 LandAufSchwung.html](http://www.ble.de/DE/Projektfoerderung/Foerderungen-Auftraege/Kompetenz-zentrum-Laendliche-Entwicklung/LandAufSchwung.html)
[www.land-der-ideen.de/projekt/
 upcycling-zentrum-neunkirchen-3787](http://www.land-der-ideen.de/projekt/upcycling-zentrum-neunkirchen-3787)



KONTAKT:

Jackeline Martínez Gómez
 Upcycling-Zentrum Neunkirchen
 Telefon: 06782 17-1462
info@upcycling-saar.de
www.upcycling-saar.de

Keinen alleine lassen

Im Saarland schenken Paten mit Herz ihre Zeit – und helfen älteren Menschen, länger zu Hause zu leben. [VON SABRINA STRECKER]

Es ist Mittwoch. Schon morgens sind Emelda Meisberger und Christel Steffen ganz aufgeregt. Sie haben sich hübsch gemacht und warten darauf, dass es klingelt. Denn für sie ist heute eigentlich gar nicht Mittwoch. Für sie ist Sonntag – der schönste Tag der Woche. Und das liegt an Christine Rohr. Die 78-Jährige begleitet die beiden Seniorinnen seit über einem Jahr, verbringt mit ihnen den Tag. Sie ist eine von 30 Aktiven im Projekt „Paten mit Herz – Gemeinsam gegen einsam“ im Landkreis St. Wendel im Saarland.

Diese Paten unterstützen alleinlebende Senioren. Sie machen mit ihnen Ausflüge oder kümmern sich, wenn ältere Menschen gerade aus dem Krankenhaus kommen. Das Marienkrankenhaus St. Wendel steuert das Projekt. Dabei agiert es im Netzwerk aus Landkreis, Pflegestützpunkt, Hausärzten, kassenärztlicher Vereinigung, Ortsvorstehern und sozialen Einrichtungen. Außerdem begleitet eine Gesundheits- und Pflegewissenschaftlerin die Umsetzung.

Durch Kontakt gesund werden

Aus dem Vorgängerprojekt „Plus P“ entstanden, startete Paten mit Herz 2016. Plus P richtete sich an ältere alleinstehende Patienten, die aus dem Krankenhaus entlassen wurden. „Denn dieser Übergang ist oft geprägt von Sorgen und Ängsten vor der Zukunft. Vor allem, wenn die nahen Verwandten nicht greifbar sind und andere soziale Kontakte fehlen“, sagt Monika Krächan. Sie koordiniert Paten mit Herz im Marienkrankenhaus. „Man hat hier den Bedarf gespürt“, sagt sie. Waren ältere Menschen nach ihrem Krankenhausaufenthalt zu Hause auf sich allein gestellt, lagen sie nach kurzer Zeit wieder auf Station. Plus P zeigte schnell: Unterstützt man sie stattdessen, indem man ihnen soziale Kontakte ermöglicht, genesen sie schneller. Paten mit Herz nahm diesen Gedanken auf und öffnete sich auch für Senioren, die isoliert leben und nicht mehr mobil sind.

Zeit schenken

Das schätzen Meisberger und Steffen. Sie haben fast ihr ganzes Leben in St. Wendel verbracht. Kennengelernt haben sie sich aber erst, seit sie Tür an Tür im seniorenrechtlichen Wohnhaus in Oberthal leben. Richtig gut ist ihr Kontakt, seit Christine Rohr sie als Patin begleitet. Die Paten-Idee kam von Christel Steffen. Begeistert las die 82-Jährige davon in der Zeitung. „Ich bin allein. Mein Mann ist tot, ich habe keine Kinder und konnte wegen meiner Augen kein Auto mehr fahren“, erzählt sie. Also schlug sie ihrer Nachbarin vor, sich doch einfach zusammen um eine Patin zu bewerben. So trat Christine Rohr in ihr Leben. „Und das war Liebe auf den ersten Blick“, sagt Steffen.

Über ein Jahr ist das nun her. Jetzt treffen sich die drei Damen einmal in der Woche – und sind ziemlich zusammengewachsen. „Als ob wir Schwestern wären“, sagt Steffen. Je nach Wetter gehen sie Kaffee trinken, picknicken oder spazieren am nahegelegenen Bostalsee. Manchmal fahren sie auch zusammen auf den Friedhof oder in die Kapelle. Im Winter gehen sie Essen oder spielen „Mensch ärgere dich

nicht“. Mit Emelda Meisberger fährt Christine Rohr auch mal zum Arzt oder Einkaufen. Denn die Gegend um St. Wendel ist ländlich, in den vielen kleinen Orten gibt es schon lange keine Einkaufsmöglichkeiten oder Ärzte mehr.

Eine Aufgabe, viele Wege

Dieses Bild zeigt sich nicht nur in St. Wendel. Viele Regionen müssen sich dem demografischen Wandel stellen. Dafür haben sie ähnliche Projekte auf die Beine gestellt: Im Hochsauerlandkreis in Nordrhein-Westfalen unterstützt die Bürgerhilfe Olsberg ehrenamtlich Menschen ohne Pflegestufe beim Einkaufen oder Rasenmähen. Damit richtet sie sich auch an ältere Menschen, die sich finanziell keine andere Unterstützung leisten können.

Das Ostallgäuer Demenzkonzept wiederum möchte Demenzkranken ein Leben zu Hause ermöglichen und die Angehörigen entlasten. Projektpartner sind ambulante Dienste, Ehrenamtsinitiativen, kirchliche und politische Gemeinden, Ärzte, Kreiskliniken, die Stadt Kaufbeuren und natürlich Angehörige von Demenzkranken.

Bei der Generationengenossenschaft GenoEifel e. G. helfen Senioren anderen Senioren: Mit kleinen Reparaturen, beim Einkaufen oder bei der Gartenarbeit. Außerdem begleiten sie ältere Menschen zum Arzt, zur Kirche oder zum Friedhof. Aktuell zählt die Genossenschaft rund 200 Mitglieder, von denen je ein Drittel Helfer, Hilfsbedürftige und Förderer sind. Wer Hilfeleistungen benötigt, zahlt dafür neun Euro pro Stunde. Die Helfenden behalten sechs Euro, den Rest finanziert das Projekt. Die Mitgliedschaft kostet 40 Euro pro Jahr und Familie, sie ist die Grundvoraussetzung für Aktivitäten in der Genossenschaft.

Gutes tun

Paten mit Herz hingegen ist rein ehrenamtlich. Dennoch erhalten die Paten eine kleine monatliche Aufwandsentschädigung von 20 Euro und Kilometergeld. Neben Christine Rohr sind 29 andere ehrenamtliche Bürger im Projekt engagiert. Männer und Frauen im Rentenalter, die eine Aufgabe suchen und Gutes tun möchten. In einer 16-stündigen Schulung werden sie auf die Patenschaft vorbereitet. Projektkoordinatorin Monika Krächan prüft genau, wer zu wem passen könnte und stellt den Kontakt her. „Denn das ist ja ein ganz wichtiges Kriterium: dass die Chemie stimmt“, sagt sie. Haben sie sich gefunden, schenken die Paten den Senioren ihre Zeit. Dienstleistungen wie Haushaltshilfe oder Pflégetätigkeiten gehören nicht zu ihren Aufgaben. Versichert sind sie über das Marienkrankenhaus – ein Unterschied zur bekannten Nachbarschaftshilfe. Einmal im Monat gibt es zudem einen Patenstammtisch. Dort tauschen sie sich aus und helfen einander, sollten Probleme auftauchen.

Gefördert wird Paten mit Herz über dreieinhalb Jahre mit rund 200 000 Euro durch das Bundesprogramm „Land(Auf)Schwung“. Zwei Drittel der Kosten übernimmt damit das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Weitere 100 000 Euro steuert das Marienkrankenhaus St. Wendel bei. Die Förderung läuft bis



Ende 2019. Danach hofft das Krankenhaus darauf, dass das Saarland das Projekt übernimmt. Für die Senioren ist das Projekt kostenlos.

Christine Rohr ist schon seit 2006 als Patin tätig, und war somit auch bei dem Vorgängerprojekt dabei. Davor pflegte sie zwölf Jahre lang ihren Mann, hatte kaum Kontakt zu anderen Menschen. Als ihr Mann starb, sehnte sie sich nach einer neuen Aufgabe. „Durch Zufall habe ich einen Flyer in die Hand gekriegt und gedacht: Das ist es, was du machen willst. Und das habe ich keine Sekunde bereut“, sagt sie überzeugt. Sie lebt für ihr Patenam und staunt immer wieder über die Dankbarkeit, die sie für ein bisschen Zeit bekommt. Den herzlichen Umgang miteinander schätzt auch Projektkoordinatorin Monika Krächan ganz besonders: „Wir sind eine so gute Gemeinschaft. Und uns geht es nicht ums Abarbeiten irgendwelcher Sachen, sondern um Emotionen.“ Das zeigt auch die Verbindung von Christel Steffen und Emelda Meisberger zu ihrer Patin. Denn sie sind überzeugt: Mit Christine Rohr wurde ihnen ein Engel geschickt.

Bei der Generationengenossenschaft GenoEifel e. G. unterstützen sich die Menschen der Region gegenseitig – etwa bei der Hausarbeit.



KONTAKT:

Monika Krächan
Paten mit Herz
Marienkrankenhaus St. Wendel
Telefon: 06851 59-2004
monika.kraechan@marienhaus.de
www.mkh-wnd.de

„Sporcherle“ erster Tag:
Ein Mobil für Kinder und
Jugendliche

Mobil?!



Ohne Auto ist man auf dem Land nicht selten abgeschnitten. Aber wie kommen Menschen von A nach B, die sich kein eigenes leisten können? Benötigt werden günstige öffentliche Mobilitätsangebote. Die kommen der ganzen Region zugute. [VON ANJA RATH]

Für etwa 3 000 Euro ist ein gebrauchter Kleinwagen in leidlich gutem Zustand zu haben – ein Opel Corsa vielleicht? Für Steuer und Versicherung wären dann mindestens 50 Euro im Monat fällig; hoffentlich bleiben Reparaturen möglichst lange aus und die Benzinpreise niedrig. Solche Überlegungen stellt womöglich an, wer auf dem Land lebt, auf keine öffentliche Mobilitätsalternative zugreifen kann und über ein geringes Einkommen verfügt.

Armutsgefährder

Eine unzureichende individuelle Mobilität, so schrieb der Sozialforscher Georg Wiesinger bereits vor 15 Jahren in einem Artikel zu Ursachen und Wirkungszusammenhängen der ländlichen Armut, ist für die Armutsgefährdung im ländlichen Raum mitverantwortlich. Die österreichische Armutskonferenz – ein Netzwerk von über 40 sozialen Organisationen, Bildungs- und Forschungseinrichtungen – fordert, dass der Staat Österreich allen Bürgern eine Mobilität ohne Auto, in zumutbarer Zeit und zu angemessenen Preisen ermöglichen soll. Ein anspruchsvolles Ziel. Auf regionaler Ebene geht man im bayerischen Landkreis Fürth darüber hinaus: Seit 2016 fährt in Wilhermsdorf fünf Tage pro Woche von acht bis 17 Uhr das „Bürgermobil“ Menschen von der Haustür zum gewünschten Zielort innerhalb der Gemeinde. Das Angebot ist kostenlos. Den Kleinbus hat die Gemeinde mit Hilfe von LEADER beschafft, die Fahrer sind ehrenamtlich tätig, für den Unterhalt gibt es eine Spendenbox. Nach einem ähnlichen Prinzip funktioniert seit 2017 das „Anruf Bürger Shuttle“ (ABS) in Veitsbronn. Dort hat sich ein Verein gegründet, in dem ehrenamtlich engagierte Bürger die Organisation und den Fahrdienst übernehmen. Zielgruppen in Veitsbronn sind insbesondere ältere und in ihrer Mobilität eingeschränkte Menschen, in Wilhermsdorf zudem Jugendliche und Eltern mit Kindern. „Das kostenlose Angebot ist für jedermann“, sagt Alida Lieb, die Regionalmanagerin der LEADER-Region Landkreis Fürth. Sie freut sich, dass die Angebote gut angenommen werden. „Das ABS hat in den ersten fünf Monaten fast 2 000 Personen zu ihren Wunschielen

befördert.“ Dabei ist das Mobilitätsangebot mehr als eine Alternative zum eigenen Auto. „Es besteht für jeden die Möglichkeit, selbst aktiv zu werden und mitzuwirken“, so Lieb.

Jung und aktiv

An Aktivitäten teilnehmen zu können, ohne dass für die Fahrt dorthin große Kosten entstehen oder die Eltern fahren müssen – das ist insbesondere für Kinder und Jugendliche wichtig. Die LEADER-Region Landkreis Fürth unterstützt auch ein Mobil für Kinder und Jugendliche. Geboren wurde die Idee im Arbeitskreis Jugend des Marktes Cadolzburg. Eine Kooperation von kirchlichen und sozialen Trägern, Spenden und der LEADER-Zuschuss haben Anschaffung und Betrieb des Neunsitzers ermöglicht, der den Spitznamen „Sporcherle“ bekam. Er hat rund 26 000 Euro gekostet. Vereine, die in der Jugendarbeit tätig sind, können ihn für Fahrten gegen 30 Cent pro Kilometer ausleihen. Den Verleih organisiert derzeit Jugendpfleger Thomas Gassner. „Bei der Idee spielten auch einkommensschwache Jugendliche eine Rolle. Eine Gruppe kann den Bus als Shuttle nutzen, sofern eine juristische Person ihn ausleiht und fährt“, sagt er. Im Rahmen der Jugendhilfe nutzt Gassner diese Möglichkeit selbst und ermöglicht seinen jugendlichen Mitfahrern beispielsweise einen kostenlosen Transfer zum Kino.

SERVICE:

Mehr Infos zu den Projekten online
Bürgermobil Wilhermsdorf:
[www.markt-wilhermsdorf.de/
buergermobil/](http://www.markt-wilhermsdorf.de/buergermobil/)
„Bürger fahren Bürger“:
www.abs-veitsbronn.de
Jugendmobil „Sporcherle“:
[www.landkreis-fuerth.de/gewerbe-
im-landkreis/leader/projekte/
jugendmobil-cadolzburg.html](http://www.landkreis-fuerth.de/gewerbe-
im-landkreis/leader/projekte/
jugendmobil-cadolzburg.html)



„Das wird ankommen!“

Katja Geidel eröffnet einen Dorfladen in der sächsischen Provinz und betritt damit persönliches Neuland. Der Weg dorthin war nicht immer einfach.

[VON JULIANE MANTE]

Mölbis, rund 20 Kilometer südlich von Leipzig gelegen, erlangte einst traurige Berühmtheit: Wegen seiner Nähe zum Braunkohlenkombinat Espenhain wurde es während der Wende als „schmutzigstes Dorf Europas“ bezeichnet. Heute sieht man dem Dorf mit seinen rund 550 Einwohnern seine Vergangenheit nicht mehr an.

Unerwartet Unternehmerin

Dass es hier lebenswert bleibt, hat auch mit Katja Geidel zu tun. Die gelernte Groß- und Außenhandelskauffrau und Kommunikationswissenschaftlerin stammt eigentlich aus Leipzig. Ihre Tätigkeit in einem dortigen Onlineunternehmen gab sie 2013 jedoch wegen betrieblicher Unsicherheiten freiwillig auf. Es folgte eine Art Selbstfindungsphase: Sie lernte ihren heutigen Lebenspartner kennen, einen selbstständigen Kunsthandwerker, und wurde schwanger. Nachdem ihr gemeinsames Kind zur Welt gekommen war, zogen sie 2016 nach Mölbis, wo seine Eltern seit den 90er-Jahren leben. Nach der Elternzeit wollte Katja Geidel eigentlich einen Job in der Nähe finden. Zwei Selbstständige, so dachte sie damals, könnten die Familie wegen der hohen Krankenkassenbeiträge finanziell stark belasten.

Und doch kam es genau so. Der Weg zur „Speisekammer“ – ihrem Laden mit Biolebensmitteln und regionalen Produkten – tat sich allerdings eher zufällig auf. Als der einzige Lebensmittelladen im Ort schloss und die Mutter ihres Partners, die lange Zeit Biokisten vertrieben hatte, den Laden nicht

übernehmen wollte, beschloss das Paar: Wir machen es selber. Ohne Eigenkapital war das nicht ganz einfach. Das Jobcenter lehnte die Unterstützung für Existenzgründer – ein sogenanntes Einstiegsgehalt für sechs Monate und ein Existenzgründerzuschuss – ab. Das Einzugsgebiet für den Laden sei zu klein, hieß es. Den angefragten Banken war hingegen die Summe von 15 000 Euro zu gering für einen Kredit. Unerwartete Hilfe kam von einem befreundeten Paar, das Geidel die Summe lieh. Möglich war die Einrichtung des Ladens damit allerdings nur, weil das Paar vieles selbst baute oder gebraucht zu einem geringen Preis erstand.

Regional ist erste Wahl

Seit Mai 2017 bietet die „Speisekammer“ nun ein breites Sortiment an Biolebensmitteln und regionalen Produkten. Das Grundsortiment liefert der Biogroßhandel, der bereits regionale Produkte im Sortiment führt. Anbieter der restlichen Waren hat Katja Geidel aufwendig selbst recherchiert. Aus einem Umkreis von 50 Kilometern stammen nun Fleisch, Eier, Käse, Honig, Eis, Schokolade, Limonade, Fruchtsäfte und Bier – nicht alles bio, aber regional produziert. Insbesondere die Backwaren locken Kunden an, die dann das eine oder andere Produkt darüber hinaus für sich entdecken. Dennoch sagt Katja Geidel: „Wir haben es uns ein bisschen einfacher vorgestellt. Viele Menschen fahren zum nächstgelegenen Discounter, auch wenn es bei uns gute Produkte vor ihrer Haustür gibt.“ Schwierigkeiten bereiten ihr auch die Mindestabnahmemengen beim Großhandel.

Weil sich die Verkaufsmengen zudem schlecht vorhersagen lassen, verdirbt immer wieder ein Teil der Ware. Zu Beginn kochten Katja Geidel und ihr Partner jeden Samstag eine Suppe aus dem übriggebliebenen Gemüse. Die Suppe kam an, aber es fehlt ihnen an Zeit, sie dauerhaft anzubieten.

Noch bis August dieses Jahres zahlt das Jobcenter die Krankenkassenbeiträge sowie eine Unterstützung pro Monat in Höhe von 600 Euro. Auch wenn es manchmal schon finanziell eng wurde, ist Katja Geidel für die Zeit danach zuversichtlich, denn: „Es ist schrecklich, vom Jobcenter abhängig zu sein, man fühlt sich als Unternehmer nicht autark.“ In Kürze will sie eine Verkaufskraft auf Mini-Job-Basis anstellen und erwägt, einen Nachmittag pro Woche Kaffee und Kuchen anzubieten. „Das wird sicher ankommen“, ist Katja Geidel überzeugt, „denn hier gibt es ja sonst nichts mehr in der Umgebung.“



KONTAKT:

Katja Geidel
Die Speisekammer
Telefon: 01577 1358979
katja_geidel@web.de

„Manchmal muss man einfach machen“

Was mit kleinen Schritten beginnt, ist von Dauer – das ist die Maxime von Martin Lüdemann und seiner Frau Eike Berkholz. Gemeinsam haben sie die „Lütte Meierie“ in der Mecklenburgischen Seenplatte aufgebaut – eine kleine Landwirtschaft mit Direktvermarktung. [VON JULIANE MANTE]

„Man hätte es damals nicht für möglich gehalten, aber unsere Region prosperiert“, sagt Martin Lüdemann, studierter Agraringenieur aus Penzlin in der Mecklenburgischen Seenplatte. Das war 2009 noch nicht so, als er mit seiner Frau Eike Berkholz in das nahegelegene Kratzeburg zog. Seine Frau stammt aus einer alten Fischerfamilie, die nebenbei immer Landwirtschaft betrieb. Als 2008 ihr Onkel, ein Junggeselle, starb, entschied sich das Paar dafür, den alten Hof zu übernehmen. Damals war Arbeit in der Region noch schwer zu bekommen. Martin Lüdemann arbeitete auf einem eine Fahrtstunde entfernten Milchschafhof, wo er Menschen mit Behinderungen anleitete. Seine Frau ist Heilpädagogin, sie arbeitete zunächst weiterhin in Berlin, bis 2010 das erste ihrer drei Kinder zur Welt kam. Dies war auch der Zeitpunkt, an dem Lüdemann seine Stelle aufgab und den Sprung in die Selbstständigkeit als Milchviehhalter wagte.

Vom Haustürgeschäft zum Hofladen

„Für meine Selbstständigkeit gab es aber keinen rechten Plan, alles ist irgendwie aus Neigung entstanden“, sagt er zurückblickend. Seine ersten Kälber kaufte er bereits 2009, sie gaben dann 2011 ihre erste Milch. „Nun war die Frage: Die Milch ist da, was machen wir damit?“ Eine Vermarktung über den Großhandel lohnte sich in der Region nicht. So entstand aus dem anfänglichen Haustürgeschäft

für Einheimische die heutige „Lütte Meierie“, das ist plattdeutsch und heißt: kleine Molke- rei. Die Milchverarbeitung hat ihren Sitz in einer wiederaufgebauten Scheune gefunden. In einem Hofladen mit Café, der in eine alte Autogarage eingezogen ist, verkauft die Familie den aus ihrer Milch selbst hergestellten Käse. Die Grundlagen der Käseherstellung erlernte Lüdemann bereits bei seinem vorherigen Arbeitgeber, durch Ausprobieren verfeinerte er nach und nach sein Können. Der Hofladen bietet nun neben den eigenen Produkten ein Sortiment, das der Naturkostfachhandel liefert. Regionale Handwerkskunst und plattdeutsche Literatur runden das Sortiment ab. Im Hofcafé gibt es hausgemachten Kuchen und Kaffee sowie selbst hergestelltes Softeis aus der hofeigenen Milch.

Klein, aber vielfältig

Ganz bewusst ist der Betrieb klein, aber vielfältig aufgebaut. Über die Eckdaten schlug jeder Betriebsberater die Hände über dem Kopf zusammen: Sieben Milchkühe der vom Aussterben bedrohten Rasse Angler mit Nachzucht, einige Schweine zur Molkeverwertung, sieben Bienenvölker, eine Hühnerherde sowie rund 30 Gänse, etwa 100 Flugenten und 20 Hausenten. Fünfzehn Hektar Fläche mit durchschnittlich 20 Bodenpunkten, sprich, reiner Sandboden. Das Futter wird überwiegend zugekauft, da es der Boden nicht hergibt. Der Betrieb ist zwar nicht biozertifiziert,



aber Pestizide kommen bewusst nicht auf die Flächen.

Der Hof bietet mehr als Landwirtschaft. „Wenn man davon leben will, muss man schon ein bisschen Zirkus machen“, bringt es Martin Lüdemann auf den Punkt. Damit meint er: den Besuch für die Gäste zum Erlebnis machen, einen Mehrwert bieten. So kann man vom Café aus die Kälbchen auf der Wiese beobachten, die Schweine in ihrem Auslauf und die Enten beim Wiesenspaziergang.

Hofladen und Café sind von Mai bis Oktober jeweils von 14 bis 18 Uhr geöffnet. Dies hat einen praktischen Grund: Ab Oktober versiegt die Milch, denn über den Winter werden die Milchkühe trocken gestellt, damit sie sich erholen können, bevor im Frühjahr die nächsten Kälber kommen. Seit verganginem Jahr ist ab September eine Mostmaschine im Einsatz, deren 75 000 Euro Anschaffungskosten über LEADER gefördert wurden. Die letzte Mostsaison war vielversprechend. Und auch hier gilt: Die Kunden kommen, weil die Lütte Meierie mehr bietet, als nur Obst zu entsaften.

Einkommen für die ganze Familie

„Wir hätten nie gedacht, dass unsere Idee so gut ankommt“, sagt Martin Lüdemann. Während der Urlaubssaison füllen vor allem

die Touristen Laden und Café. Die Einheimischen kaufen überwiegend in der Vorweihnachtszeit das Fleisch und nutzen die Mosterei. Seit ihrer letzten Elternzeit mit dem dritten Kind ist nun auch Eike Berkholz vor einem Jahr voll in den Betrieb eingestiegen, somit erwirtschaftet die Meierie nun das Einkommen für die gesamte Familie. Da fähige Arbeitskräfte in der Region schwer zu finden sind, soll der Betrieb nicht weiterwachsen, denn die Arbeit muss durch zwei Leute zu schaffen sein. Die Kapazitäten der Familie sind ausgeschöpft. Außerdem ist Lüdemann wichtig, im Dorf zu bleiben, was schwierig wäre, wenn sich der Betrieb vergrößern würde. „Ein lebendiges Dorf braucht eine produzierende Landwirtschaft, damit nicht irgendwann nur noch im Dorf geschlafen wird und sich die Städter über die Hahnenschreie aufregen.“

Nicht entmutigen lassen

Ohne Eigenkapital war die Zeit der Gründung nicht einfach. Möglich war sie nur, weil die Gründer Hof und Flächen von der Familie übernehmen konnten, vieles in Eigenleistung erbrachten, Maschinen gebraucht erstanden und die Verwandtschaft finanziell und handwerklich mit anpackte. Da der Hof erst instand gesetzt werden musste, war die Anfangszeit sehr arbeitsintensiv und nur durch viel Selbstverzicht zu bewältigen, schildert Martin Lüdemann. Ein Existenz-

gründungszuschuss vom Jobcenter half, in der ersten Zeit über die Runden zu kommen. Förderung für den Ausbau der Käserei und des Ladens beantragte das Paar nicht – „Fördermittel für Baumaßnahmen zu beantragen, ist einfach zu aufwendig, dafür hätten wir gar keine Zeit gehabt“, kritisiert Lüdemann das für ihn zu bürokratische Fördersystem.

Rückblickend war der Weg der Gründung für Martin Lüdemann genau der richtige. Es sei wichtig, in kleinen Schritten zu planen und zu handeln, das bewahre vor allzu großen Fehlschlägen, denn er ist überzeugt: „Ein guter Ruf ist schnell verloren.“ Sie haben einfach Schritt für Schritt weitergemacht, wie es finanziell gerade ging, denn Banken hätten ihnen keinen Kredit gegeben. Hätte er damals auf die Meinung von Experten und Nachbarn gehört, wäre die Lütte Meierie nie entstanden, deshalb sein Appell: „Man muss manchmal einfach machen und darf sich nicht von der Masse leiten lassen.“



KONTAKT:

Martin Lüdemann und Eike Berkholz
Lütte Meierie
Telefon: 039822 20202
kontakt@luelle-meierie.de
www.luelle-meierie.de

Vier Ärzte unter einem Dach

Die Gemeinde Katzenelnbogen hat dem drohenden Hausärztemangel ein Schnippchen geschlagen – mit einem Medizinischen Versorgungszentrum, das von der Kommune getragen wird. [VON ANTJE ERLER UND DENNIS WILKE]

Im Nordwesten des Taunus, zwischen Rhein, Lahn und Aar, im Mittelbereich Diez, liegt die Stadt Katzenelnbogen. Mit etwa 2 200 Einwohnern ist sie die größte Ortsgemeinde der gleichnamigen Verbandsgemeinde, Verwaltungssitz und räumliches wie infrastrukturelles Zentrum. Prognosen des Statistischen Landesamtes zufolge wird die Bevölkerung hier bis 2035 um 9,3 Prozent zurückgehen. 21 Prozent der Einwohner sind heute 65 Jahre und älter, 2035 werden es voraussichtlich 34 Prozent sein. Und das ist nicht das einzige Problem: Hausarztmangel droht. Ein Großteil der Hausärzte in der Region ist über 55 Jahre alt. Zurzeit sind acht Hausarzt-sitze unbesetzt. Damit gehört Diez laut Kassennärztlicher Vereinigung Rheinland-Pfalz zu den Mittelbereichen mit dem höchsten Nachbesetzungsbedarf. Im Jahr 2014 gaben zwei der drei niedergelassenen Hausärzte in der Verbandsgemeinde bekannt, ihre Praxen beim Eintritt in das Rentenalter schließen zu müssen, da sie keine Nachfolger finden konnten. Dieser Entwicklung wollte Bürgermeister Harald Gemmer etwas entgegensetzen. Die Lösung: Das Medizinische Versorgungszentrum (MVZ) Einrich.

Viel Sachverstand für die Gründung

Unter seiner Federführung ließen sich die Verbandsgemeinde und die beiden Hausärzte vom Kreisgesundheitsamt und vom rheinland-pfälzischen Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie beraten; eine Rechtsanwaltskanzlei analysierte die Struktur der medizinischen Versorgung in der Region. Die Empfehlung: Eine Zusammenführung der beiden Praxen in ein MVZ. Denn um junge Ärzte zu gewinnen, sind flexible Arbeitszeitmodelle notwendig, die nur größere Praxiseinheiten anzubieten vermögen. Darin können beliebig viele Ärzte oder Psychotherapeuten in einem Angestelltenverhältnis praktizieren.

Also ging es in die Planung. Ein Gesundheitsökonom ermittelte den Wert der beiden Praxen, eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bestätigte die Zusammenführung als machbar. Was fehlte, war ein geeigneter Träger. Hier wurde die Kommune einmal mehr aktiv und übernahm die Trägerschaft selbst. Die Entscheidung dafür fiel Ende 2015 in Abstimmung mit den Ortsgemeinden. Dabei nutzte sie die Möglichkeiten des im Juli 2015 in



Kraft getretenen Versorgungsstärkungsgesetzes und des geänderten Sozialgesetzbuches. Demnach ist es Kommunen nun möglich, eigene MVZ zu gründen und zu betreiben. Zudem dürfen diese nun rein allgemeinmedizinisch aufgestellt sein.

Attraktive Arbeitsbedingungen

Die Strategie ging auf: Heute sind vier Fachärzte für Allgemeinmedizin im MVZ Einrich angestellt. Seinen Namen verdankt es der Landschaft, in der es liegt. Geöffnet hat das MVZ schon im April 2016. Im Oktober 2016 wurden beide Praxisstandorte räumlich zusammengeführt, wofür eine der beiden Praxen mehrstöckig ausgebaut wurde. Im Erdgeschoss befinden sich nun ein Behandlungsraum zur Erstversorgung, die Patientenaufnahme, ein Labor, das Büro der Praxismanagerin und ein großräumiger Wartebereich. Das zweite Obergeschoss beherbergt vier Behandlungsräume, einen Raum für Elektrokardiogramme (EKG) und Ultraschalluntersuchungen sowie den Empfangsbereich. Ein elektronisches EKG kann über Bluetooth auf allen drei Etagen genutzt werden, ohne das Gerät transportieren zu müssen. Mit dem Gerät können die Ärzte auch ein EKG vor Ort beim Patienten durchführen und die Daten an das MVZ übermitteln. Durch den reibungslosen Übergang der Einzelpraxen in das MVZ war es möglich, alle Patienten zu halten und sogar neue dazuzugewinnen.

Der ärztliche Leiter des MVZ hatte zuvor 17 Jahre in eigener Praxis auf dem Land praktiziert, bis er in das Gesundheitszentrum Einrich wechselte. Hier kann er sich auf das „Arzt sein“ konzentrieren, genießt geregelte Arbeitszeiten, freie Wochenenden und hat kein eigenes finanzielles Risiko. Die Ärzte werden von zwölf Mitarbeiterinnen unterstützt, zu denen auch eine Praxismanagerin zählt. Eine Medizinische Fachangestellte soll im Jahr 2019 zur Versorgungsassistentin in der Hausarztpraxis (VERAH) ausgebildet werden. Sie kann den Hausärzten dann unter anderem Hausbesuche abnehmen.

Vertrauen und Beteiligung sind wichtig

Ursprünglich war geplant, das MVZ als GmbH zu gründen. Dabei hätte die Kommune nach Vorgaben der Kassenärztlichen Vereinigung jedoch eine unbegrenzte Bürgschaft übernehmen müssen. Laut Kommunalaufsicht ist dies unzulässig. Deshalb entschied sich die Kommune schließlich für eine Anstalt öffentlichen Rechts (AöR). Die Kosten für Planung und notwendige Analysen hat die Verbandsgemeinde übernommen und als Gründungskosten in die AöR eingeführt. Sie sollen sich innerhalb von fünf Jahren amortisieren. Als Angestellte des MVZ erhalten die Ärzte ein Festgehalt und können zudem an Gewinnen beteiligt werden. Die Abrechnung erfolgt wie bei anderen Arztpraxen auch quartalsweise mit der Kassenärztlichen Vereinigung. Ein Verwaltungsrat, der sich aus 14 Mitgliedern zusammensetzt, ist für den Beschluss des Wirtschaftsplans zuständig. Mit dessen Umsetzung beauftragt er den Vorstand, der aus einem Gesundheitsökonom, dem leitenden Arzt sowie einem Mitglied der kommunalen Gremien besteht.

Wie lässt sich ein Modell wie das Gesundheitszentrum Einrich in andere Regionen übertragen? Für Initiator Harald Gemmer ist das Vertrauen unter allen Beteiligten Grundvoraussetzung. „Darüber hinaus ist es wichtig, die niedergelassenen Ärzte vor Ort unbedingt in den Planungsprozess und das Projekt selbst einzubinden“, ist er überzeugt. Die gute Kooperation zwischen den beiden ausscheidenden Ärzten und der Gemeinde habe zum Erfolg des MVZ Einrich beigetragen. Ebenso der klare zeitliche Handlungsplan, über dessen Entwicklung laufend berichtet wurde, sowie die gute professionelle Unterstützung. Gemmer betont zudem: „Die kommunalen Gremien müssen wirklich bereit sein, das Modell nach der Planung tatsächlich umzusetzen. Wenn ein derartiges Konzept zu früh kommuniziert wird, dann jedoch ein Rückzieher gemacht wird, wäre ein großer Teil des Vertrauens der Öffentlichkeit zerstört.“ ■



KONTAKT:

Dr. Antje Erler

Institut für Allgemeinmedizin

Johann Wolfgang Goethe-Universität

Telefon: 069 6301-84483

erler@allgemeinmedizin.uni-frankfurt.de

www.innovative-gesundheitsmodelle.de

Drei ELLI-Fahrzeuge gibt es mittlerweile im Elde-Quellgebiet.

ELLI macht mobil

In den entlegenen Dörfern des mecklenburgischen Elde-Quellgebiets sind die Bürger auch ohne Auto wieder mobil. Der Flächenbus ELLI verbindet sie mit dem öffentlichen Nahverkehr. [VON UDO ONNEN-WEBER, CLEMENS WEISS UND MARC STEINBACH]

„Ich finde das toll, dass hier jetzt was fährt“, freut sich eine Rentnerin aus dem kleinen Dorf Evchensruh morgens beim Einsteigen. Sie will für verschiedene Erledigungen in die Kleinstadt Röbel an der Müritz. Zwar verkehrt zwischen den Zentren Röbel und Wittstock eine Linie der Mecklenburg-Vorpommerschen Verkehrsgesellschaft (MVVG), aber von ihrem Häuschen in Evchensruh bis zur nächstgelegenen Haltestelle sind es noch acht Kilometer. Da die alte Dame selbst nicht mehr fahren mag und sie nicht immer mitgenommen werden kann, ist ELLI, der Flächenbus des Bürgerbusvereins Elde-Quellgebiet, für sie genau das Richtige. Strahlend nimmt sie neben dem ehrenamtlichen Fahrer aus dem Nachbardorf Platz und fährt mit ihm und drei weiteren Fahrgästen zur nächsten Haltestelle, wo sie in den Bus nach Röbel umsteigen.

Ohne Auto auf dem Land?

Für Landgemeinden wird die Mobilität ihrer Einwohner und Besucher immer mehr zur Existenzfrage. Es ist ein Teufelskreis: Wo immer weniger Menschen leben, werden die Wege zueinander immer weiter. Der öffentliche Nahverkehr (ÖPNV) rechnet sich bei rückläufigen Bevölkerungszahlen nicht mehr und wird abgebaut. Wer kann, zieht fort. Übrig bleiben wenige, vor allem ältere Menschen.

Doch gerade für sie wird öffentlicher Verkehr zunehmend wichtiger.

Für dieses Problem gibt es unterschiedliche Lösungen. Die ÖPNV-Betreiber setzen vielerorts auf ein Rufbusangebot. Solange aber teure Fahrer mit nur wenigen Fahrgästen über die Dörfer fahren, wird dies auf Dauer nicht finanzierbar sein. Daneben werden ehrenamtliche Bürgerbusse auf dem Land immer beliebter. Sie sind allerdings umso kurzlebiger, je schwächer die Strukturen in der Region ausgebildet sind. Und auf singulären Strecken verkehrende Bürgerbusse lösen kein Flächenproblem.

Vom Bürgerbus zum Flächenbus-Netzwerk

ELLI geht einen anderen Weg: Er verzahnt das Bürgerbussystem mit traditionellen ÖPNV-Strukturen. In der Region Elde-Quellgebiet bietet die MVVG einen Linienverkehr mit geringer Taktung auf den Hauptstrecken von Zentrum zu Zentrum – abseits davon existiert nur noch der Schülerverkehr. Hier kommt ELLI ins Spiel und fährt die Fahrgäste aus den Dörfern zu den Haltestellen des Linienverkehrs. Von dort kommen sie mit dem regulären ÖPNV-Angebot weiter. Dabei funktioniert der Personenverkehr innerhalb

der Fläche auf Anfrage: Zu jedem Fahrzeug gibt es eine Telefonnummer, die die Bürger anrufen können. Da die Fahrer in der Regel in der Nachbarschaft wohnen, ist der Flächenbus in wenigen Minuten abfahrtsbereit. ELLI bedient auch den Verkehr zwischen den Dörfern, sodass die Bewohner ihre Verwandten und Bekannten in den Nachbardörfern besuchen können. Mittlerweile gibt es drei ELLI-Fahrzeuge in der Region, die aus unterschiedlichen Bereichen an die Hauptstrecke Röbel/Wittstock oder zwischen den Dörfern fahren – ein Flächenbus-Netzwerk ist entstanden. Zwar müssen die Fahrgäste hier und da umsteigen, in Zukunft wird aber eine Routing-Plattform sicherstellen, dass die Anschlüsse passen (www.hubchain.de). Diese Software-Plattform wird derzeit von einem Konsortium um die Stadtwerke Osnabrück und dem Unternehmen HACON GmbH zusammen mit dem Kompetenzzentrum ländliche Mobilität (KOMOB) entwickelt.

Getragen wird ELLI von einem Bürgerbusverein, der sich Anfang 2018 gegründet hat. In ihm sind Bürgermeister und Bürger sowie der Landkreis und die MVVG vertreten. Der Verein arbeitet nicht gewinnorientiert, weil die Fahrten nur so ohne die Auflagen des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG)



möglich sind. KOMOB koordinierte und begleitete den Prozess mit Fördermitteln des Bundesforschungsministeriums und des Landwirtschaftsministeriums Mecklenburg-Vorpommern und bestreitet auch die anfängliche Finanzierungsphase. Es organisiert monatliche Arbeitstreffen und informiert die Öffentlichkeit.

Der Bürgerbusverein arbeitet derzeit mit gebrauchten PKW und Kleinbussen sowie einem Elektrovan, die er mithilfe der Fördermittel kaufte. Die Fahrer werden entweder über die Ehrenamtszuschale belohnt oder im Minijob angestellt. Eine örtliche Mobilitätsarbeitsgruppe entwickelt das Fahrtenangebot kontinuierlich weiter.

Bedarf nicht nur bei Senioren

Mittags verlassen wieder vier Fahrgäste die Buslinie aus Röbel. Da freut sich auch der Busfahrer der Mecklenburg-Vorpommerschen Verkehrsgesellschaft. Ohne die vier wäre das vielleicht wieder eine Leerfahrt geworden. Es sind dieselben Fahrgäste, die schon am Morgen ELLI nutzten. Sie haben ihre Gänge in der Stadt bequem erledigen können und werden nun von Bus und ELLI zurück in ihre kleinen Dörfer gebracht.

Derzeit besteht die Herausforderung darin, die Anzahl der Fahrgäste der örtlichen Verkehrsgesellschaft zu steigern. Nur dann kann sie die Taktung erhöhen und ein attraktives Nahverkehrsangebot ermöglichen. Aktuell fahren rund 50 Personen mit ELLI zu den

Bussen der MVVG. Im Verlauf des Projektes hat sich gezeigt, dass viele Menschen in den abgehängten Regionen gar nicht wissen, dass und wo die Busse des ÖPNV fahren. Dies wollen die Mitarbeiter des KOMOB und die Bürgermeister durch Öffentlichkeitsarbeit ändern. Zugleich wurde deutlich, dass nicht nur die ursprüngliche Zielgruppe der Senioren den Bürgerbus braucht. Auch Mütter, die ihre Kinder nachmittags in die größeren Orte zur Musikschule oder zu Turnvereinen fahren, sind an dem neuen Angebot interessiert.

Das Ziel: Integration in den ÖPNV

Wenn die MVVG erfolgreich fahren kann, soll die letzte Phase eingeleitet werden: die vollständige Integration der ehrenamtlich gefahrenen Flächenbusse in den ÖPNV. Mit der MVVG und dem Landkreis Mecklenburgische Seenplatte ist abgesprochen, dass eine „Flächengenehmigung“ erwirkt wird. Flächengenehmigung bedeutet, dass das zuständige Verkehrsamt eine ÖPNV-Genehmigung ohne Bindung an feste Strecken und definierte Haltestellen vergibt. Dies ist im derzeitigen PBefG zwar nicht vorgesehen, viele Landesämter verfahren aber schon so. In der Novelle, die momentan vorbereitet wird, soll die Flächengenehmigung Einzug halten. Die MVVG vergibt somit den Betrieb des Nahverkehrs in der Fläche an den Bürgerbusverein. Dafür erstattet sie dem Verein die für ihn durch den Betrieb entstehenden Kosten – mehr nicht, damit der Verein nicht gewinnorientiert

arbeitet und seine Dienste außerhalb des PBefG anbietet – aber dennoch ÖPNV ist.

Etwa ein Dutzend Gemeinden betreiben derzeit ELLI-Busse im Amt Röbel. Das hat Interesse geweckt: Weitere Gemeinden im Landkreis wünschen sich einen Flächenbus. Dieser wird in allen Regionen anders aussehen – denn jede von ihnen hat eine unterschiedliche Ausgangslage. Aber gemein ist allen das Grundprinzip: Nahverkehr in der Fläche muss sich mit bestehenden ÖPNV-Angeboten vernetzen, von der Dorfgemeinschaft konzipiert und aus dem Dorf heraus betrieben und verantwortet werden. Wenn dieser Paradigmenwechsel vollzogen ist, heißt es vielleicht bald nicht mehr: Das Rufbusangebot ist die Rettung des ÖPNV im ländlichen Raum, sondern der dörfliche Flächenbus. ■



KONTAKT:

Prof. Udo Onnen-Weber
Kompetenzzentrum ländliche Mobilität
Telefon: 0171 4865011
onnen@komob.de
www.komob.de



1 Bei der Abschlussveranstaltung des Programms „Hoch vom Sofa!“ präsentierten die Jugendlichen ihre Projekte. Die Teilnehmer aus Oelsnitz renovierten die Küche ihres Jugendhauses selbst – zum Fest haben sie die Küchentür mitgebracht und geschliffen.

2 Beim Projekt „Hoch vom Sofa!“ lernen Kinder und Jugendliche spielerisch den Umgang mit verschiedenen Materialien und Werkzeugen.

Starkes Land?!

In Sachsen bringen ganz junge Menschen ihre Ideen in die Dorfentwicklung ein: Drei Programme ermöglichen Kinder- und Jugendbeteiligung und möchten damit die Demokratie stärken.

[VON LILLY GÜNTNER UND SABRINA STRECKER]

„Ich hätte nicht gedacht, dass die Kinder und Jugendlichen hier im Ort so tolle Ideen haben und unsere Heimat damit noch schöner machen können“, sagt Bürgermeisterin Sylvia Hölzel aus Oppach in der Oberlausitz. Denn im Landkreis Görlitz waren ein paar besondere Spurensucher unterwegs: 80 Dorfdetektive – Grundschüler aus der ersten bis zur vierten Klasse – erforschten, wie sauber die Gemeinde ist und was auf dem Schulweg fehlt. Das Ergebnis: ungenügend. Viel Müll am Straßenrand, Hundekot auf dem Spielplatz und Graffitis an den Hauswänden. An der Bushaltestelle fehlt ein Regenschutz, und der Teich an der Grundschule könnte schöner sein. Damit gingen sie zum Gemeinderat und zur Bürgermeisterin – Verbesserungsvorschläge gleich mit im Gepäck. Ihre Ideen: eine Müllsammelaktion und neue Mülleimer, für die sie bei der örtlichen Sparkasse um eine Spende bitten wollen.

Die Dorfdetektive zeigen, dass Kinder eine Vorstellung davon haben, wie ihre Heimat aussehen soll. Dass die Grundschüler aktiv werden konnten, ermöglichte das Programm „Demokratie in Kinderhand“. Es ist neben „Hoch vom Sofa!“ und „Jugend bewegt Kommune“ eines von drei Programmen unter dem Dach „Stark im Land – Lebensräume gemeinsam gestalten“, initiiert von der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) und gefördert durch das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz. Damit unterstützt die DKJS sächsische Kommunen dabei, kinder- und jugendfreundlicher zu werden.

Von klein auf mitbestimmen

Wenn sich Kinder und Jugendliche mit ihrem Heimatort auseinandersetzen dürfen, haben sie das Gefühl, dass Erwachsene sie Anteil haben lassen und ernst nehmen. So lernen junge Menschen früh, demokratisch zu handeln und demokratische Strukturen zu stärken. Die ländlichen Räume in Sachsen könnten in Zukunft womöglich davon profitieren.

Bis 2030 wird die Bevölkerung hier um neun bis 13 Prozent zurückgehen; das Durchschnittsalter wird auf 50 bis 51 Jahre steigen. Die Gruppe der Kinder und Jugendlichen hingegen schrumpft. Kommunale Akteure und Politiker nehmen sie bislang kaum als Experten und Gestalter des Gemeinwesens wahr. Dazu kommen schwindende Freizeitangebote, lange Schulwege und wenige Gleichaltrige in den Dörfern. Damit sie Mitglieder einer demokratischen Gesellschaft werden und ihre Lebenswelt aktiv beeinflussen können, brauchen sie Unterstützung. Hier setzt die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung mit ihrem Programm an und verschafft auch den Kommunen Vorteile: Können sich Kinder früh einbringen, belebt das die Gemeinschaft. Außerdem akzeptieren Menschen politische Entscheidungen und demokratische Prozesse eher, wenn sie mitentscheiden dürfen.

Von Jugendlichen für Jugendliche

Kommunen können Kinder mit entsprechenden Angeboten zum Mitmachen ermuntern. Jugendliche hingegen haben auch von sich aus viele Einfälle, um mehr Leben in ländliche Regionen zu bringen. Das Programm „Hoch vom Sofa!“ unterstützt sie dabei. So wie in

Eppendorf im Landkreis Mittelsachsen. Dort haben elf Jugendliche im Sommer 2017 ein Elektrofestival im örtlichen Jugendclub auf die Beine gestellt. Damit haben sie genau den richtigen Nerv getroffen – über 300 junge Menschen haben mit ihnen gefeiert.

Das Motto von „Hoch vom Sofa!“, von Jugendlichen für Jugendliche. Egal ob Konzert, Skatepark oder Proberäume – wer eine Idee hat, kann sich bewerben. Eine Jury aus Jugendlichen entscheidet, welche Projektideen gefördert werden und bis zu 1 500 Euro erhalten. Das Team von „Hoch vom Sofa!“ besucht die Projekte vor Ort und ist Ansprechpartner bei Fragen und Problemen. So können die Jugendlichen ihren Heimatort nach ihren eigenen Wünschen gestalten, denn sie wissen selbst am besten, was ihnen fehlt.

Beteiligung und Identifikation

Damit Projekte wie das Elektrofestival Realität werden können, fördert das Programm „Jugend bewegt Kommune“ Arbeitsgruppen vor Ort. Bürgermeister, Gemeinderäte, und Kommunalverwaltung, Vertreter aus Kita, Schule, Jugendhilfe oder Vereinen sowie Gewerbetreibende kommen dazu regelmäßig zusammen. Sie diskutieren die Ideen und Vorhaben der jungen Menschen und setzen sie anschließend mit den Kindern und Jugendlichen in die Tat um. Wer mitmachen möchte, kann sich über die Website der Gemeinde, das Amtsblatt und Plakate oder über die Kitas, Schulen und Vereine informieren.

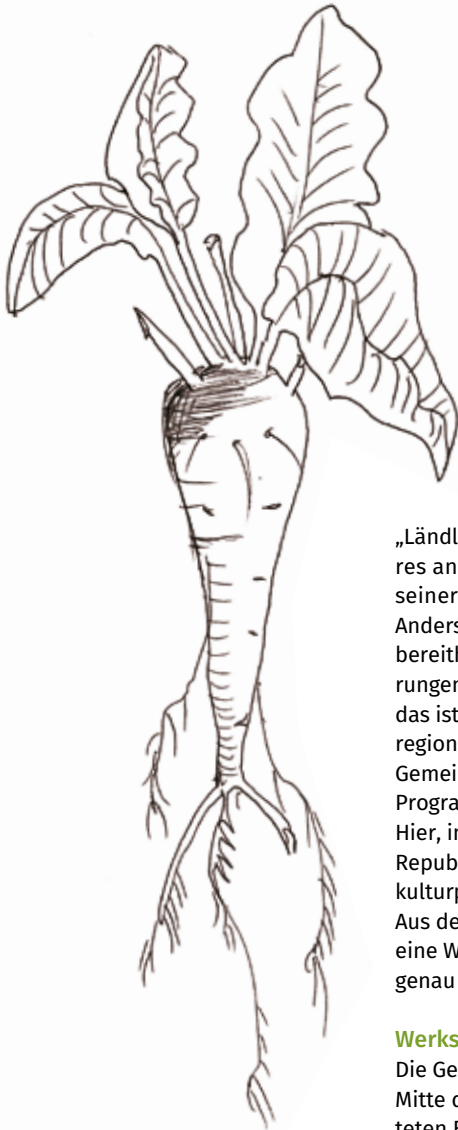
Die Erfahrung zeigt, dass die gemeinsame Arbeit alle Generationen in einem Dorf näher zueinander bringt. Und wer wie in Eppendorf im Gemeinwesen aktiv war, hat auch im Erwachsenenalter einen engen Bezug zur Heimat. Es können Freundschaften und tragfähige Netzwerke entstehen, für die einige nach Ausbildung, Studium und ersten Berufserfahrungen wieder in ihre Heimat zurückkehren.

Damit Kinder- und Jugendbeteiligung in ländlichen Kommunen gelingt, müssen Kommunalverwaltung und Gemeinderat sie auch wollen und gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen an den nötigen Strukturen arbeiten. Außerdem braucht es Ansprechpartner, die Beteiligungsvorhaben konzipieren, umsetzen und die jungen Menschen ermuntern, teilzuhaben und selbst aktiv zu werden. Denn das ist die wichtigste Grundlage für Demokratiebildung: Sie muss im Alltag erlebbar sein und in der Lebenswelt junger Menschen stattfinden. ■



KONTAKT:

Peggy Eckert, Edda Laux und Anikó Popella
Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) Sachsen
Telefon: 0351 32015650
sachsen@dkjs.de
www.starkimland.de
www.dkjs.de



Verwandlung eines Museums

Wie sich Kultureinrichtungen auf dem Land verändern können, zeigt das Oderbruch Museum Altranft in Brandenburg.

[VON SAMO DARIAN UND KRISTIN BÄSSLER]

„Ländliche Kultur lässt sich nicht mehr ohne Weiteres an der Kirche im Dorf oder am Schmied in seiner Schmiede erkennen“, sagt Dr. Kenneth Anders. „Sofern das Landleben eigene Erfahrungen bereithält, ist es Aufgabe der Kultur, diesen Erfahrungen Ausdruck und Gestalt zu verleihen – und das ist eine Werkstattarbeit, die in einer vitalen regionalen Selbstbeschreibung wurzeln muss.“ Gemeinsam mit Lars Fischer leitet Anders das Programmbüro im Oderbruch Museum Altranft. Hier, im Osten Brandenburgs, an der Grenze zur Republik Polen, haben beide einen erfolgreichen kulturpolitischen Veränderungsprozess initiiert. Aus dem früheren Freilichtmuseum machten sie eine Werkstatt für ländliche Kultur. Doch was genau bedeutet das?

Werkstatt für ländliche Kultur

Die Geschichte des heutigen Museums begann Mitte der 1970er Jahre. Nicht zuletzt, weil die erwarteten Besucherzahlen nicht erreicht wurden, stand seit der Jahrtausendwende wiederholt die Schließung der Einrichtung im Raum. Im Jahr 2015 stießen der Landkreis Märkisch-Oderland, das Land Brandenburg und das Programm „TRAFO – Modelle für Kultur im Wandel“, das von der Kulturstiftung des Bundes initiiert wurde, schließlich die Neukonzeption an.

Die frühere Sammlung des Oderbruch Museums Altranft bestand vornehmlich aus gutsherrschaftlichem Interieur sowie bäuerlichen Alltagsgegenständen: Spaten, Rübenstecher, Dampfkochtöpfe, Schränke, Radios. Heute hingegen geht es in Altranft darum, den Diskurs mit den Menschen der Region zu suchen. Das überschreitet die klassischen Aufgaben eines Museums. Neben Gegenständen sammelt es nun Geschichten, es werden Theaterstücke inszeniert, Ausstellungen kuratiert, politische Salons organisiert und regionale Jahresthemen

behandelt: vom Handwerk, über das Wasser bis zur Landwirtschaft. Wichtige Stichwortgeber sind dabei die Bewohner des Oderbruchs. In den Jahresausstellungen und in der jährlich erscheinenden Publikation berichten sie von ihren Erinnerungen und Kenntnissen über den Oderbruch und kommen so mit ihren regionalen Erfahrungen zu Wort. Darüber hinaus vernetzt sich das Museum mit den Heimatstuben und Dorfmuseen, kulturellen Initiativen und den Gemeinden der Region. Zusammen bewerben sie sich für das Europäische Kulturerbesiegel und entwickeln dafür ein gemeinsames Verständnis des kulturellen Erbes des Oderbruchs sowie Instrumente, um dieses Erbe zu vermitteln.

Seit 2016 fördert Trafo die Transformation des Oderbruch Museums; über die Projektlaufzeit von fünf Jahren erhält es insgesamt bis zu 1,795 Millionen Euro. Der Landkreis Märkisch-Oderland und die Stadt Bad Freienwalde kofinanzieren das Vorhaben. „Kultureinrichtungen spielen eine wichtige Rolle, wenn es um den Zusammenhalt in der Gesellschaft geht. Das ist in Großstädten so und auf dem Land nicht anders. Das geht aber nicht ohne starke Partner aus der Politik und ohne kooperationswillige Kulturträger“, sagt Hortensia Völckers, die Künstlerische Direktorin der Kulturstiftung des Bundes.

Mehr als Bewahren

Dem Oderbruch Museum Altranft ist die Zusammenarbeit mit den umliegenden Schulen ein Anliegen. Es lädt Schüler und Lehrer ein, zu Themen der Region zu forschen. Die entstehenden Materialien werden so aufbereitet, dass andere Schulen sie nutzen können. Kenneth Anders, Lars Fischer und ihr Team haben dafür ein Netzwerk für landschaftliche Bildung ins Leben gerufen, das im Museum einen festen Ort hat. Derzeit besteht es aus acht Schulen und einem Kindergarten. Diese gestalten



1



2

ihre Bildungsarbeit stärker mit Bezug zum Oderbruch: Die Schüler arbeiten mit den Sammlungsgegenständen, mit Grafiken, Texten und Tönen. So schreiben sie ihre ganz eigenen Erzählungen über die Landschaft und bringen sich ins Oderbruch Museum ein.

Das Museum zeigt: Kultureinrichtungen können mehr sein als Bewahrer des kulturellen Erbes. Sie sind wichtige Orte eines gelebten Zusammenhaltes, bieten Raum für die Auseinandersetzung über das Zusammenleben und die Perspektiven einer Region. Gleichzeitig eröffnen sie die Möglichkeit, die eigene Region zu gestalten und Themen wie die Identität einer Region zu verhandeln.

Neue Aufgaben für ländliche Kultureinrichtungen

Das Programm TRAFO fördert Projekte, die darauf abzielen, Angebote und Strukturen öffentlicher Kultureinrichtungen auf dem Land zu transformieren. Dafür baut es regionale Allianzen zwischen Kulturinstitutionen, Politik und Verwaltung auf. Die Kulturträger erarbeiten neue Modelle, die zeigen, welche Aufgaben sie in ländlichen Regionen zukünftig übernehmen können. In der ersten Förderphase 2016 bis 2020 beteiligen sich Kultureinrichtungen aus Südniedersachsen, der Saarpfalz, der Schwäbischen Alb – und eben dem Oderbruch. Ab 2018 unterstützt Trafo in einer zweiten Förderphase weitere 18 Regionen dabei, ein Transformationsprojekt zu entwickeln. Im Sommer 2019 wählt eine Fachjury die fünf besten Konzepte für die Umsetzungsphase bis 2023 aus.

Damit Kultureinrichtungen ihre Aufgaben im gesellschaftlichen Wandel bewältigen können, müssen sie sich öffnen und mit den Akteuren ihrer Region zusammenarbeiten. Dort, wo es nur wenige Kultureinrichtungen gibt, ist es umso wichtiger, gemeinsame Strategien für das Kulturangebot der Region zu erarbeiten.

In den Trafo-Regionen lassen sich erste Strategien ablesen, wie sich Kultureinrichtungen auf dem Land verändern können: Wie im Oderbruch entwickeln

sich auch andere Museen, Theater und Bibliotheken weiter zu neuen Zentren der Kultur und Begegnung und bündeln die kulturellen Aktivitäten der Region in ihren Häusern. Kulturträger kleiner und mittlerer Städte werden mobil und gehen mit ihrer Arbeit über die Stadtgrenzen hinaus, um mit Partnern in den umliegenden Regionen Projekte und Angebote zu entwickeln. Wieder andere Kultureinrichtungen schließen sich mit thematisch passenden Einrichtungen zusammen: Im Verbund wollen sie die Qualität ihrer Angebote verbessern und gemeinsam Inhalte und Angeboten entwickeln. Und schließlich arbeiten einige Regionen daran, verlässliche Strukturen und Ansprechpartner für die Zivilgesellschaft zu etablieren, die regionale Kulturakteure beraten, unterstützen und vernetzen. ■

1 Aus der Museums-
werkstatt: Gestaltungs-
ideen zum
Museum Altranft

2 Die Museumswerk-
statt ist ein Raum,
um mit Kindern
und Jugendlichen
im Schulnetzwerk
zusammenzu-
arbeiten.

SERVICE:

Ideenkongress

Wie solche Strategien für die Transformation kultureller Einrichtungen funktionieren können, diskutiert Trafo bei einem bundesweiten Ideenkongress zur Kultur, Alltag und Politik auf dem Land vom 19. bis 21. September 2018 in Halle an der Saale.

Das Oderbruchmuseum im Internet
www.museum-altranft.de



KONTAKT:

Kristin Bäßler
TRAFO – Modelle für Kultur im Wandel
Projekteure bakv gUG
Telefon 030 609886052
kristin.baessler@trafo-programm.de
www.trafo-programm.de

Vergabe ist auch Ländersache

In einer Artikelserie erläutert Jurist Frank Wolter, was Fördermittelempfänger beachten müssen, wenn sie Aufträge vergeben. Nach Grundsätzlichem und bundesweit einheitlichen Verfahrensschritten nimmt er nun typische Vorgaben aus den Bundesländern in den Blick.

[VON FRANK WOLTER]

Die in den vorangegangenen Artikeln betrachteten Vergabe- und Vertragsordnungen für Leistungen (VOL), Bauleistungen (VOB) und die Unterschwellenvergabeordnung UVgO gelten bundesweit. Jedes Bundesland hat aber insbesondere im Unterschwellenbereich eigene rechtliche Regelungen (siehe dazu auch LandInForm 4/2017). Überwiegend handelt es sich dabei um Tariftreue- und Vergabegesetze, die zum Teil durch Verwaltungsvorschriften ergänzt werden; Bayern arbeitet im Unterschwellenbereich beispielsweise ausschließlich mit Verwaltungsvorschriften. Der Einfachheit halber bezeichnen wir die Summe der Normen im weiteren Verlauf als „Landesvergaberecht“. Einige Bundesländer haben es im Rahmen der Einführung der UVgO seit Februar 2017 bereits novelliert, andere werden dies in den kommenden Monaten tun. Mit welchen Gesetzen sich ein Empfänger von Fördermitteln jeweils auseinandersetzen muss, verrät ihm sein Zuwendungsbescheid.

Gilt das überhaupt für mich?

Antwort auf die Frage, ob die Vorschriften der Landesvergabegesetze dann auch tatsächlich angewendet werden müssen, geben deren Paragraphen zum Anwendungsbereich. Sie sind am Anfang der jeweiligen Gesetze zu finden und unterscheiden zwei Bereiche.

Der sachliche Anwendungsbereich legt fest, unter welchen Bedingun-

gen die zusätzlichen Regelungen zu beachten sind, beispielsweise:

- // wenn ein festgelegter Auftragswert überschritten wird, zum Beispiel 10 000 Euro in Niedersachsen [§ 2 Abs. 1 NTVergG], in Rheinland-Pfalz sind es 20 000 Euro [§ 2 LTTG]);
- // dass im Unterschwellenbereich ab dem festgelegten Auftragswert für alle öffentlichen Liefer-, Dienstleistungs- und Bauaufträge die teilweise strengeren Vorgaben des Landesvergaberechts gelten und beispielsweise Lose gebildet werden müssen;
- // dass bestimmte Paragraphen auch im Bereich von Oberschwellen-Beschaffungen zu beachten sind.

Der persönliche Anwendungsbereich regelt, für welchen Personenkreis das Landesvergaberecht gilt. Typischerweise sind dies die öffentlichen Auftraggeber. Wie in LandInForm 4/2017 dargelegt, steckt dabei der Teufel im Detail: Je nachdem, wie ein Bundesland den Begriff „öffentlicher Auftraggeber“ definiert, kann auch eine Privatperson als solcher gelten und damit zur Anwendung des Landesvergaberechts verpflichtet sein.

Aber es gibt auch eine Vereinfachung: Das Landesvergaberecht muss nur dann angewendet werden, wenn beide Voraussetzungen, also sowohl die des sachlichen als auch die des persönlichen Anwendungsbereichs, gegeben sind. Will bei-

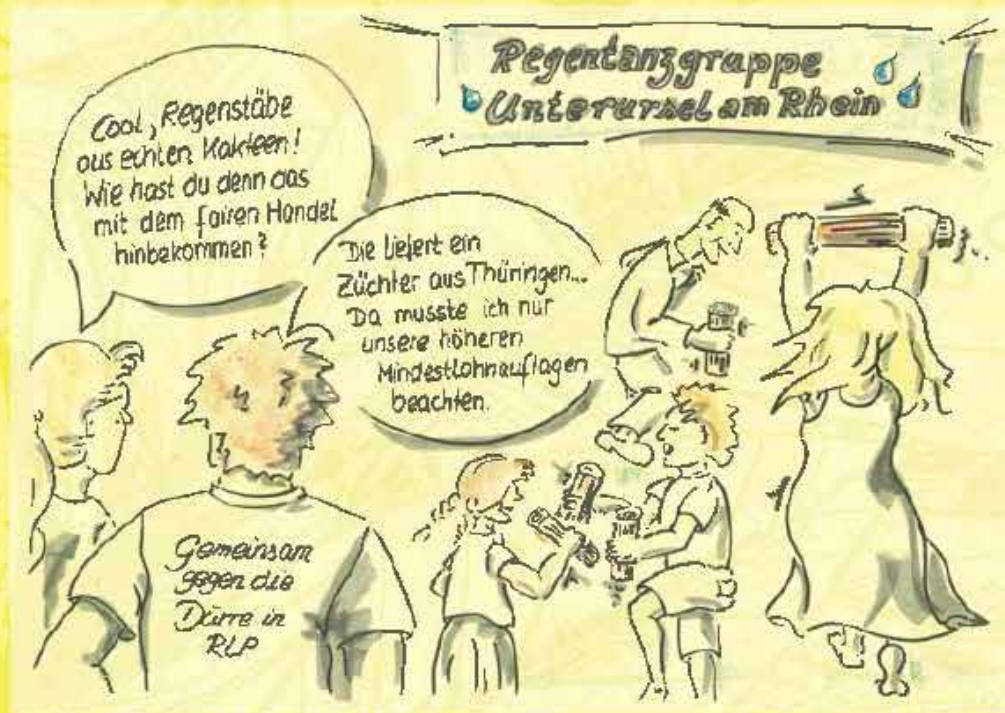
spielsweise eine Kommune in Niedersachsen einen Auftrag unter 10 000 Euro vergeben, dann erfüllt sie lediglich die Bedingungen im persönlichen Anwendungsbereich; den Mindest-Auftragswert des NT-VergG überschreitet sie nicht, damit muss sie es für den Beschaffungsvorgang nicht beachten.

Mindestentgelt und Tariftreue

Ein wesentliches Merkmal des Landesvergaberechts ist, dass alle Bundesländer sogenannte Mindestentgelt- oder Tariftreue-Regelungen festlegen, die hauptsächlich für die Beschaffung von Bau- und Dienstleistungen gelten. Warum das so ist, erklärt ein Rückblick auf die Entstehungsgeschichte. Denn diese Regelungen sind konzipiert und verabschiedet worden, als es auf der Ebene des Bundes noch kein Mindestlohngesetz gab, über die Sinnhaftigkeit einer solchen Regelung aber bereits diskutiert wurde. Die Idee in den Bundesländern war damals, dass die öffentliche Hand im Rahmen ihrer Beschaffungsvorgänge nur geschäftliche Verbindungen mit Unternehmen eingehen wollte, die ihren Mitarbeitern ein in Mustertarifverträgen geregeltes Mindestentgelt zahlten. Deshalb mussten sich die bietenden Unternehmen mit ihrer Angebotsabgabe dazu verpflichten, im Rahmen des öffentlichen Auftrages allen hierfür eingesetzten Beschäftigten den jeweiligen Mindestlohn gemäß des Mustertarifvertrags zu zahlen – und zwar auch dann, wenn das

Unternehmen ansonsten keiner Tarifbindung unterlag.

Nach Einführung des Bundesmindestlohngesetzes (MiLoG) 2014 sind diese länderspezifischen Regelungen zwischenzeitlich zwar grundsätzlich überholt, das Procedere ist aber trotzdem dasselbe geblieben: Unterliegt ein Beschaffungsvorgang dem Landesvergaberecht, so muss der öffentliche Auftraggeber – also gegebenenfalls auch ein Empfänger von öffentlichen Fördergeldern (s.o.) – im Rahmen der Angebotsabgabe von allen bietenden Unternehmen Erklärungen zur Zahlung von gesetzlich festgelegtem Mindestlohn einholen. Die Länder stellen hierfür Musterformulare zur Verfügung. Legt ein Bieter eine derartige Erklärung bei der Angebotsabgabe nicht vor oder reicht sie nach obligatorischer Nachforderung nicht nach, so muss er ausgeschlossen werden.



Dabei gibt es folgende Besonderheiten:

- „ Legt ein Landesvergabegesetz einen höheren Mindestlohn als das MiLoG fest, beispielsweise § 3 des LTTG Rheinland-Pfalz, so gilt für die Bieter die Mindestlohnvorgabe des Landesvergaberechts.
- „ Beteiligt sich ein ausländisches Unternehmen an einer Ausschreibung, so ist die Mindestlohnregelung des Landesvergaberechts für dieses Unternehmen nur dann verpflichtend, wenn es die Leistung auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland erbringt. Programmiert beispielsweise ein ausländischer Dienstleister eine Website komplett im Ausland, so darf er nach Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs nicht ausgeschlossen werden, wenn er sich nicht zur Mindestlohnzahlung nach deutschem Recht verpflichtet.

Norm für internationales Fairplay

Im Rahmen von öffentlichen Aufträgen auch international faire Arbeitsbedingungen sicherzustellen, ist das Prinzip der ILO-Kernarbeitsnorm-Erklärungen: Sollen in einer Ausschreibung bestimmte Waren oder Warengruppen wie Textilien, Natursteine oder Agrarprodukte, die aus Afrika, Asien oder Lateinamerika stammen, beschafft werden, so müssen die bietenden Unternehmen nachweisen, dass die Produkte

unter Beachtung von Mindestanforderungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) gewonnen oder hergestellt worden sind. Hierdurch soll beispielsweise vermieden werden, dass bundesdeutsche öffentliche Auftraggeber Waren beschaffen, die unter Missachtung von Verbotsvorschriften zur Kinderarbeit hergestellt wurden.

Die jeweiligen Waren oder Warengruppen unterscheiden sich von Bundesland zu Bundesland. Ebenso differiert die Art und Weise, wie die Nachweise zur Beachtung der ILO Kernarbeitsnormen erbracht werden müssen. So ist etwa in Sachsen-Anhalt lediglich eine schriftliche Erklärung abzugeben, in Niedersachsen müssen Bieter hingegen ein international anerkanntes Fair-Trade-Zertifikat vorlegen.

Was die Länder sonst noch regeln

Daneben weisen die Landesvergabegesetze typischerweise Regelungen zu den folgenden Bereichen auf:

- „ Es werden Lose gebildet, um kleine und mittelständische Unternehmen zu fördern; die Vorgaben sind zum Teil schärfer als in den Vergabe- und Vertragsordnungen.
- „ Sie ermöglichen die Nutzung von ergänzenden Zuschlagskriterien, etwa zur umweltverträglichen Beschaffung oder zur Berücksichtigung von Sozialkriterien, die in

dieser Form nicht in den Vergabe- und Vertragsordnungen geregelt sind.

- „ Die Vorschriften zu Mindestlohn und/oder der ILO-Kernarbeitsnorm werden auf etwaige Subunternehmer der bietenden Unternehmen ausgedehnt.
- „ Sie definieren die Art und Weise, wie öffentliche Auftraggeber die Einhaltung der Mindestlohnzahlungspflicht und/oder die Beachtung der ILO-Kernarbeitsnorm durch die Bieter kontrollieren müssen.
- „ Sie legen verpflichtende Vertragsklauseln fest, die die Auftraggeber verwenden müssen. ■

VORSCHAU:

Im nächsten und letzten Beitrag der Artikelserie wird Frank Wolter am Beispiel eines Projekts zur ländlichen Entwicklung ein typisches Vergabeverfahren durchlaufen.



KONTAKT:

Frank Wolter
TEAM3 Telkamp, Wolter & Telkamp
Unternehmensberater-Partnerschaft
Telefon: 0551 5078974
wolter@team3-unternehmensberatung.de

Eine perfekte Symbiose

Auf dem Hofgut Martinsberg leben Legehennen im Freiland unter Pappeln und Weiden. Sein optimales System hat der Betrieb gemeinsam mit der Hochschule für Forstwirtschaft in Rottenburg entwickelt. [VON GÖRAN SPANGENBERG, JOACHIM SCHNEIDER UND SEBASTIAN HEIN]

Aus der Vogelperspektive betrachtet, ist das Grünland des Hofguts Martinsberg bei Rottenburg voller kleiner weißer Tupfen. Überall im saftigen Gras scharren, picken und tummeln sich die Hennen des Bioland-Betriebes. Junge Pappeln und Weiden spenden Schatten und schützen sie vor dem Habicht. Das war nicht immer so. Zwar betreibt das Familienunternehmen seit 1972 ökologischen Landbau. Von Stall- auf Freilandhaltung stellte Betriebsleiter Joachim Schneider aber erst mit der 1999 geänderten EG-Öko-Verordnung um, nach der ihnen eine Übergangsfrist bis 2014 zugestanden wurde. Demnach müssen Ökobetriebe jeder Legehenne einen Freilandauslauf von mindestens vier Quadratmetern zur Verfügung stellen. Schneider wollte diese Chance nutzen: Zusätzlich zur optimalen artgerechten Haltung kam es ihm darauf an, stallnahe Bereiche nicht übermäßig zu nutzen und zu schädigen. Ein Problem, das bei der herkömmlichen Freilandhaltung häufig vorkommt. Seine Hühner sollten den gesamten Auslauf nutzen. Die Vorteile: Der Boden kann sich erholen und der Stickstoff aus dem Hühnerkot wird besser auf der Fläche verteilt.

Gesamte Fläche sinnvoll nutzen

Zwei sich ergänzende Bestandteile hatte Schneider dafür im Sinn. Einer sind die mobilen Hühnerställe: In einem rotierenden System wechseln diese mehrfach im Jahr ihren Standort, Boden und Vegetation können sich regelmäßig regenerieren. Die patentierten Ställe haben Schneider und seine Mitarbeiter selbst entwickelt und gefertigt. Dafür erhielten sie 2013 den Tierschutzpreis Baden-Württembergs. In den Ställen verbringen die Tiere die Nacht, legen Eier und werden zusätzlich zum Grünauslauf gefüttert. Die Ställe sind innen ausgestattet mit einer mehretägigen Voliere, Scharräumen und Legenestern, Eiersammelbändern und Kotbändern. Da die Ställe sich in drei Teile zerlegen lassen, sind sie auch über öffentliche Straßen fahrbar und leicht zu reinigen.

Die zweite Idee war, den Hühnern einen Anreiz dafür zu bieten, auch die weiter vom Stall entfernten Bereiche zu nutzen. Pflanzen sollten den vorsichtigen Tieren die wichtige Deckung bieten. Zunächst testete der Betrieb Mais und Sonnenblumen. Ein Misserfolg, da nicht nur eine jährliche Einsaat nötig war, sondern die Tiere zudem die Pflanzen zerstörten. „Wenn keine einjährigen Pflanzen, dann können vielleicht Gehölzstreifen einfach und dauerhaft für den Schutz der Hühner auf der Fläche sorgen“, dachte sich Schneider. Deshalb ging er 2008 auf die Hochschule für Forstwirtschaft Rottenburg zu. Diese verfügt über Kenntnisse in der Waldbewirtschaftung, über Erfahrungen mit Kurzumtriebsplantagen und mit dem Anbau schnellwachsender Baumarten für die Erzeugung von Energieholz auf landwirtschaftlichen Flächen. Ihre Idee: Pappeln und Weiden,

statt Mais und Sonnenblumen. Beide Baumarten wachsen bereits in den ersten Jahren schnell und können mit vergleichsweise preisgünstigen Steckhölzern gepflanzt werden. Außerdem sind sie in Deutschland für Kurzumtriebsplantagen zugelassen, sodass die Anbaufläche ihren Status als landwirtschaftliche Fläche nicht verliert und später problemlos wieder als Ackerland genutzt werden kann.

Gut geplant ist halb gewonnen

Anfang 2009 erarbeitete die Hochschule Rottenburg ein Energieholzkonzzept für das Hofgut, bereits im Frühjahr 2009 wurden die ersten Bäume gepflanzt. Dazu teilten die Mitarbeitenden die rund sieben Hektar große Fläche gleichmäßig in 18 circa 0,4 Hektar große Parzellen auf. An den Längsseiten jeder Parzelle und an einzelnen Querseiten legten sie Baumstreifen an. Dazwischen planten sie ausreichend Platz für die mobilen Hühnerställe ein. Jeder der sechs mobilen Hühnerställe ist für 1 000 bis 1 230 Tiere konzipiert und kann ohne großen Aufwand zwischen drei benachbarten Parzellen verschoben werden.

Die Bäume werden alle vier bis sechs Jahre beschnitten und treiben anschließend erneut aus. Mit einer einmaligen Pflanzung kann das System über 20 bis 30 Jahre genutzt werden, ohne dass die Gehölze zu groß werden. Dadurch bieten die Bäume auch keinen Ansitz für Greifvögel. Ein wichtiger Aspekt: Insbesondere der Habicht kommt auf dem nahe am Wald gelegenen Hofgut Martinsberg häufig vor.

Gehölze erfüllen mehrere Funktionen

Mit den Gehölzstreifen gelang es bereits nach zwei Vegetationsperioden, eine naturnahe Umgebung und ausreichend Deckungsschutz zu schaffen. Und tatsächlich: Die Hühner nutzen die gesamte Auslauffläche, flüchten vor großen Greifvögeln unter die Bäume und halten sich gerne in deren Schatten auf. Minimale Schäden verursachten die Hennen bisher nur an recht kleinen Bäumen. Ein weiterer Vorteil: Die Gehölze nehmen Stickstoff aus dem Hühnerkot auf und sollen einen möglichst großen Teil der von den Tieren ausgeschiedenen Nährstoffe binden. Erste Untersuchungen an geernteten Weiden sind vielversprechend. Bei Weiden ist bekannt, dass sie auf Stickstoffdüngung mit einer deutlichen Zuwachssteigerung reagieren können. Und vielleicht auch nicht ganz unwichtig: Die Gehölze passen ansprechend in das Landschaftsbild des Gebietes, das nach der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie geschützt ist.

Schwierigkeiten gemeistert

Auch wenn die Bäume den Hennen inzwischen einen guten Lebensraum bieten, gab es anfangs Hindernisse. Mit dem hohen Tonanteil und dem stellenweise flach anstehenden Grundgestein waren die



Bodenverhältnisse schwierig. Insbesondere im Anlagejahr erhöhte die Trockenheit zudem das Ausfallrisiko. Außerdem war der auf herkömmlichen Energieholzplantagen bei der Pflanzung übliche Herbizid-Einsatz nicht möglich. Die Lösung für beide Probleme: Mulchfolie. Sie unterdrückt die hindernde Begleitflora im Nahbereich der Steckhölzer und hält den Boden durch den Verdunstungsschutz feucht und krümelig. Sie wieder zu entfernen war allerdings sehr aufwändig. In den letzten Jahren gab es bei der Weide insbesondere auf dem stark tonigen Bereich der Fläche trockenheitsbedingt Ausfälle. Daraufhin baute der Betrieb verstärkt Pappeln an.

Heute überwiegen die Vorteile: Seit zwei Jahren erntet das Hofgut Martinsberg die Bäume. Immer nur in Teilbereichen, damit genügend Deckung bleibt. Noch sind die Erntemengen gering und die Marktsituation für Hackschnitzel ist derzeit schwierig. Das Holz wurde teilweise als Energieholz verkauft und teilweise als Einstreu in unmittelbarer Umgebung der Mobilställe verwendet. Die durch die Anlage und Bewirtschaftung der Bäume entstehenden Mehrkosten sind für Betriebsleiter Joachim Schneider aber zweitrangig. Ihm sind vor allem die vielfältigen Vorteile der naturnahen Freilandhaltung wichtig, für die die Gehölzstreifen unverzichtbar sind.

Insgesamt ist Schneider mit seinem System der Legehennenhaltung sehr zufrieden. Zwar sind die Kosten der auf diese Art produzierten Eier höher als bei einem Feststall nach Bio-Richtlinien. Wirtschaftlich ist es aber trotzdem, da diese Mehrkosten über den

Verkauf in den regionalen Bioläden wieder reinkommen. Die Kunden, die hier einkaufen, wissen, wo die Eier herkommen und sind bereit, entsprechend mehr zu bezahlen. Auch über die Kooperation mit der Hochschule für Forstwirtschaft Rottenburg freut sich Schneider: „Die Zusammenarbeit war und ist sehr gut und hat die Umsetzung der Gehölzstreifen bei diesem Projekt eigentlich erst richtig ermöglicht.“ ■



KONTAKT:

Göran Spangenberg und Prof. Dr. Sebastian Hein
Hochschule für Forstwirtschaft Rottenburg
Schadenweilerhof
Telefon: 07472 951-240
spangenberg@hs-rottenburg.de
www.hs-rottenburg.de

Joachim Schneider
Hofgut Martinsberg
Telefon: 07472 441098
info@hofgut-martinsberg.de
www.hofgut-martinsberg.de

Biodiversität, die zum Betrieb passt

Die Gesellschaft wünscht sich mehr biologische Vielfalt in der Kulturlandschaft. Erbringen müssen dieses „Mehr“ insbesondere die Landwirte. Biodiversitätsberatung kann einen entscheidenden Beitrag leisten.

[VON ISABELL RASCHKE]

Viele Lebensräume für Tiere und Pflanzen hat die Landwirtschaft geschaffen, beispielsweise blütenreiche Mähwiesen oder extensiv genutzte Äcker für Kulturfolger wie Feldvögel und Ackerwildkräuter. Durch die zunehmend intensive Nutzung von ertragreichen Standorten einerseits und die Aufgabe von ertragsarmen andererseits, ist die Artenvielfalt inzwischen jedoch deutlich gesunken. Diesen Verlust wollte Deutschland 2007 mit der Nationalen Strategie zur Biologischen Vielfalt stoppen und den Abwärtstrend bis 2020 umkehren. Nach zehn Jahren liegt jetzt ein Rechenschaftsbericht vor. Er dokumentiert allerdings einen anhaltenden Abwärtstrend; in der Agrarlandschaft wurden nur 59 Prozent der anvisierten Ziele erreicht.

Eine Erhebung des Deutschen Verbands für Landschaftspflege (DVL) zeigt, dass 2015 über 40 000 landwirtschaftliche Betriebe freiwillig Maßnahmen als Vertragsnaturschutz umsetzen: Sie vereinbaren mit den Behörden, Flächen über einen festgelegten Zeitraum im Sinne des Naturschutzes zu bewirtschaften und erhalten dafür eine Kompensation. Das sind rund 13 Prozent aller Betriebe. Für viele intensiver wirtschaftenden Betriebe scheinen biodiversitätsfördernde Maßnahmen aus arbeits- oder betriebswirtschaftlichen Gründen keine Option zu sein. Eine Biodiversitätsberatung kann aufklären, Betriebe sensibilisieren, bei der Umsetzung unterstützen und damit auch den Naturschutz auf landwirtschaftlichen Flächen qualitativ und quantitativ steigern.

Der flächendeckende Aufbau eines solchen Beratungsangebots könnte dazu beitragen, die politisch gesetzten – inzwischen auf das Jahr 2030 verschobenen – Ziele umzusetzen. Im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) analysiert der DVL von 2015 bis 2018 Methoden für die einzelbetriebliche Biodiversi-

tätsberatung und leitet Qualitätsstandards ab.

In vier Modellregionen wurden Betriebe von regionalen Landschaftspflegeverbänden beraten und bei der Umsetzung der Maßnahmen unterstützt.

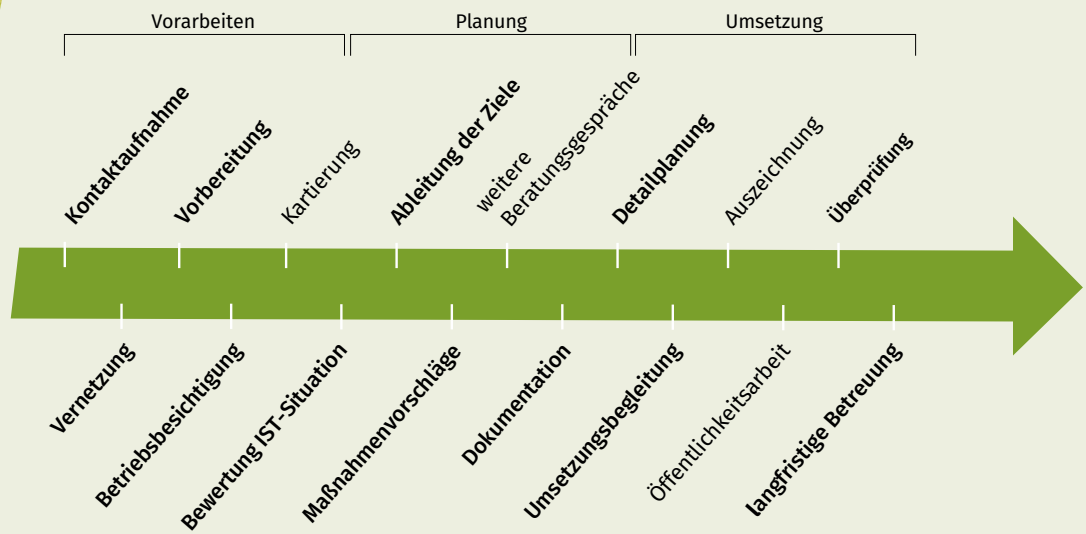
Vielfältige Ausgestaltung

Die Biodiversitätsberatung stellt den Betrieb in den Mittelpunkt und setzt am Naturschutzinteresse der Landwirte an. Denn: Sie setzen die Maßnahmen freiwillig um. Gleichzeitig müssen die gemeinsam erarbeiteten Vorschläge naturschutzfachlich sinnvoll und effektiv sein. Einfach umzusetzende Maßnahmen wie Lerchenfenster haben oft bei denjenigen Betrieben eine höhere Akzeptanz, die noch wenig Erfahrungen mit Naturschutz haben. Oft steigt im Zuge der Beratung das Interesse, mehr für Insekten, Ackerwildkräuter und artenreiche Wiesen zu tun. Dann setzen Landwirte auch komplexere Maßnahmen wie die extensive Bewirtschaftung von Grünland um. Neben der naturschutzorientierten Wirtschaftsweise geht es Beratern und Betriebsleitern darum, Fördermöglichkeiten optimal auszunutzen. Indem die Beratung die Qualität der Maßnahmenumsetzung verbessert, verringert sie auch den Kontroll- und damit den Verwaltungsaufwand. Darüber hinaus trägt sie als Vermittlerin zwischen Naturschutz und Landwirtschaft ohne hoheitliche Aufgaben dazu bei, dass die Akzeptanz von Maßnahmen steigt.

Bundesweit gibt es viele verschiedene Beratungsmodelle. Beispielsweise werden beim „Fokus Naturtag“ einen Tag lang Maßnahmen und Umsetzungsmöglichkeiten für mehr Naturschutz auf einem landwirtschaftlichen Betrieb diskutiert und mit standardisierten Materialien dokumentiert. Ein anderer Ansatz sind Demonstrationsbetriebe: Sie werden über mehrere Jahre von Beratern begleitet. Gemeinsam entwickeln sie biodiversitätsfördernde Maßnahmen und kommunizieren diese öffentlichkeitswirksam. Daneben gibt

Idealtypischer Ablauf der Biodiversitätsberatung Beratungsschritte zusammengestellt aus bestehenden Beratungsmodellen.

Besonders empfohlene Beratungsschritte sind fett hervorgehoben.
Nicht hervorgehobene Schritte werden bei Bedarf umgesetzt.



Landwirt und Berater überlegen gemeinsam, welche Maßnahmen für den Betrieb sinnvoll sind.

Quelle: DVL, eigene Darstellung

es Beratungsangebote von Landschaftspflegeverbänden und anderen regionalen Organisationen. Neben der betrieblichen Beratung begleiten sie die Umsetzung der Maßnahmen und stehen den Betrieben als Ansprechpartner für alle Belange des Naturschutzes zu Verfügung. In der Förderperiode 2014 bis 2020 bieten acht Bundesländer eine Förderung der Biodiversitätsberatung über den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) an. Daneben existieren zahlreiche Modellprojekte.

Wie kann Beratung konkret aussehen?

Doch welche Kriterien müssen all diese Beratungsmodelle erfüllen? Grundsätzlich orientieren sich die konkreten Beratungsinhalte an den Gegebenheiten auf dem Betrieb und in der Region. Umfassen muss die Beratung:

- // alternative Bewirtschaftungsmethoden und ihre Auswirkungen auf die Biodiversität. Betriebsabläufe und wirtschaftliche Konsequenzen sollten dabei berücksichtigt werden,
- // Förderrecht und Fördermöglichkeiten,
- // Naturschutzrecht (Natura 2000, Schutzgebietstypen).

Um diese Anforderungen zu erfüllen, müssen Berater sich auskennen: Sowohl mit Naturschutz und Landwirtschaft als auch mit den Besonderheiten ihrer Region und der vor Ort gängigen Praxis. Genauso wichtig sind soziale und kommunikative Kompetenz. Wie die einzelne Beratung abläuft, hängt von der Persönlichkeit der Beratungskraft sowie den Erwartungen und der Persönlichkeit der Landwirte ab. Voraussetzung für eine erfolgreiche Beratung ist eine langfristige Tätigkeit vor Ort und an der Schnittstelle Naturschutz – Landwirtschaft. Bei Rückfragen sollte die Beratungskraft greifbar sein. Durch diese Zuverlässigkeit kann sie Vertrauen aufbauen und die Umsetzung der Beratungsinhalte dauerhaft begleiten. Kontakte zu anderen Fachberatern,

Naturschutzorganisationen, Behörden und der Landwirtschaft sind ebenso hilfreich wie der Zugriff auf Daten zur Fachplanung Naturschutz oder zu den Eigentumsverhältnissen von Flächen. Nutzen die Berater standardisierte Unterlagen und halten sich an ein Beratungsschema, können sie in kurzer Zeit ein gutes Beratungsergebnis erzielen. (siehe dazu auch Grafik oben).

Unterstützung, die sich lohnt

Biodiversitätsberatung kann Landwirten passende Maßnahmen und Fördermöglichkeiten für mehr Biodiversität aufzeigen. Sie hilft dabei, Sanktionsrisiken zu reduzieren und unterstützt die Betriebe bei der Antragstellung. Damit die Biodiversitätsziele 2030 erreicht werden können, müssen Landwirte auch angemessen für erbrachte Gemeinwohlleistungen entlohnt und bürokratische Hürden abgeschafft werden. Ende 2018 wird der DVL einen Leitfaden für die Biodiversitätsberatung veröffentlichen, der die Anforderungen an die Beratung zusammenfasst und sich an Beratungspraxis, Aus- und Fortbildung und Auftraggeber richtet. ■

SERVICE:

Zum Weiterlesen:

Jedelhauser, M.; Meyerhoff, E.; Heiringhoff Campos, V.; Grosskopf, R.; Schertler, K., 2017: Fokus-Naturtag – einzelbetriebliche Naturschutzberatung für landwirtschaftliche Betriebe. Entwicklung, Umsetzung und Evaluierung eines neuen Beratungskonzepts. In: Naturschutz und Landschaftsplanung, 49. Jg., H. 1, S.11-18.

Oppermann, R.; Sutcliffe, L.; Wiersbinski, N. (Hrsg.) (2018): Beratung für Natur und Landwirtschaft.

Endbericht zum F+E-Vorhaben „Naturschutzberatung in der neuen Förderperiode der GAP“ BfN-Skripten 479



KONTAKT:

Isabell Raschke
Deutscher Verband für
Landschaftspflege (DVL) e. V.
Telefon: 0981 180099-18
raschke@lpv.de
www.landschaftspflegeverband.de

Gleichwertiges Land

Die Bundesregierung hat Mitte Juli die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ eingesetzt. Für Bayern erarbeitete eine Enquete-Kommission bereits Handlungsempfehlungen zum Thema: **Wer soll ein regionales Auseinanderdriften verhindern?**



Berthold RÜth, CSU-Abgeordneter, war Vorsitzender der bayerischen Enquete-Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“. www.bayern.landtag.de/parlament/gremien/enquete-kommissionen/



Der Staat gibt den Input, die Region muss ihren Beitrag dazu leisten.“

Herr RÜth, die Empfehlungen der bayerischen Enquete-Kommission basieren auf dem Konzept der räumlichen Gerechtigkeit. Was beinhaltet dieses Konzept?

Es besteht aus vier Dimensionen. Mit Chancengerechtigkeit ist beispielsweise die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gemeint, dass also überall Kinderkrippen und Ganztagsangebote vorhanden sind und gleich gute Möglichkeiten, wenn ein Elternteil gepflegt werden muss. Bei der Verfahrensgerechtigkeit geht es um Teilhabemöglichkeiten und bei der Generationengerechtigkeit um einen fairen Ausgleich zwischen den Generationen. Im Rahmen der Verteilungsgerechtigkeit soll eine angemessene Grundversorgung gesichert werden, beispielsweise bei der Digitalisierung und Mobilität.

Wessen Aufgabe ist es, diese Gerechtigkeiten herzustellen?

Bayern ist sehr vielfältig und lässt sich nicht allein von München aus steuern. Wir wollen, dass in den

Regionen darüber entschieden werden kann, was konkret gemacht wird. Das heißt, der Staat setzt den Rahmen und gibt das nötige Geld. So haben wir die Gesundheitsregion+ ins Leben gerufen, dabei geht es um die Themen Pflege, ärztliche Versorgung, Krankenhaus und Apotheken. Die Region muss Konzepte und Wege finden, dafür Lösungen abzubilden. Der Staat muss die Kommunen dazu befähigen, das zu tun, was vor Ort notwendig ist.

Also hat der Freistaat die Aufgabe, einen Förderrahmen für Gleichwertigkeit zu setzen?

Es gibt eine klare Trennung: Die innere Sicherheit und der Bildungsauftrag beispielsweise bleiben staatliche Aufgaben. Aber man versucht, Aufgaben an die Regionen abzugeben. Die Kommunen hatten in Bayern schon immer eine sehr starke Stellung und das soll auch beibehalten werden. Im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs erhielten sie in den vergangenen zwei Jahren im Schnitt 9,5 Milliarden Euro. Dabei bekommt eine Kommune, die selbst hohe Gewerbeeinnahmen hat, weniger als eine einkommensschwache Gemeinde. Dann gibt es noch Förderprogramme, beispielsweise für den Bau und die energetische Sanierung von Schulen, für die Sanierung von Altbauten und für die ländliche Entwicklung. Das ist Hilfe zur Selbsthilfe: Der Staat gibt den Input, die Region muss ihren Beitrag dazu leisten.

Welche Rolle spielen die Bürger?

Was Bayern auszeichnet und worauf wir stolz sein können, ist, dass sich viele Menschen freiwillig engagieren. Im ganzen Land bringen sich 60 bis 70 Prozent der Menschen ehrenamtlich ein, beispielsweise in kulturellen und kirchlichen Vereinigungen sowie Sportvereinen. Der bayerische Landessportverband hat rund 4,5 Millionen Mitglieder. Wenn etwas im sozialen Bereich getan wird, wie bei der Nachbarschaftshilfe, Caritas oder den Johannitern, sind viele Ehrenamtliche dabei. Dadurch entlasten sie den Staat.

Beim Thema Gleichwertigkeit stehen auch strukturelle Veränderungen an. Wie binden Sie die Bürger dabei ein?

In Bayern gibt es die Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und starke Prozesse in der ländlichen Entwicklung, wie Bürgerdialoge. In meiner Heimatgemeinde hat sich eine Arbeitsgemeinschaft gebildet, weil wir einen neuen Dorfplatz bauen werden. Da werden Mitsprache und Bürgerwille großgeschrieben. Die Dorfgemeinschaft sagt, wie sie etwa haben möchte und wir im Gemeinderat versuchen, die Vorschläge möglichst eins zu eins zu übernehmen. Sofern es finanzierbar ist, denn die Gemeinde muss ja auch Geld dazugeben.

Vielen Dank für das Gespräch!
Das Interview führte Anja Rath.

Eine Stimme für die deutschen Mittelgebirge

Die Mittelgebirge schützen und weiterentwickeln: Darauf haben sich zahlreiche Teilnehmer auf einer Konferenz des Deutschen Verbandes für Landschaftspflege (DVL) geeinigt. Nun kommt es auf die Umsetzung an. [VON SIMON KEELAN]

Ob Eifel, Harz oder Bayerischer Wald – die 44 deutschen Mittelgebirge sind so vielfältig wie ihre Namen. Was sie eint, ist ihr hoher Natur- und Erholungswert, der durch jahrhundertelange land- und forstwirtschaftliche Nutzung entstanden ist. Doch ihre Hanglagen, kargen Böden oder ihr Klima erschweren die Landwirtschaft. Zudem haben die oft dünn besiedelten Räume mit strukturellen Problemen zu kämpfen: mit Abwanderung, fehlender Infrastruktur und schwacher Wirtschaftsleistung. Der Handlungsdruck wächst. Bleibt die Frage: Wie lassen sich diese prägenden Kulturlandschaften erhalten?

Leitbild als Konsens

Diese Frage wollten rund 60 Experten aus Landwirtschaft, Naturschutz und Tourismus – darunter etwa ein Drittel praktizierende Landwirte – beantworten. Wenn so viele Akteure zur Zukunft der Mittelgebirge diskutieren, sind unterschiedliche Interessenslagen und ausgiebige Diskussionen vorprogrammiert. So war es auch auf der im Juni 2018 vom DVL organisierten Mittelgebirgskonferenz im Thüringer Wald. In einer Sache aber waren sich alle Teilnehmer einig: Es muss etwas passieren. Deshalb entwickelten sie ein Leitbild, das getragen wird vom Verband Deutscher Naturparke, vom Verband Deutscher Mittelgebirge, vom Deutschen Grünlandverband, vom Deutschen Bauernverband, vom DVL und von weiteren Verbänden und Institutionen. Ausgehend von der aktuellen Problemstellung beschreibt das Leitbild einen Zielzustand für die 44 Mittelgebirge in Deutschland. Dieser soll bis 2030 erreicht sein und betrifft etwa die Sicherung der Lebensqualität, die Rahmenbedingungen der Land- und Forstwirtschaft, den kooperativen

Naturschutz und den nachhaltigen Tourismus als Wirtschaftsfaktor. Die Herausforderung: Auch wenn das Leitbild für alle stehen soll, muss die regionale Identität der einzelnen Mittelgebirge erhalten bleiben.

Wie umsetzen?

Damit das Gelingen kann, entwickelten die Teilnehmer erste Handlungsempfehlungen. In kleinen Arbeitsgruppen sondierten sie, wie man das Leitbild in die Tat umsetzen kann, etwa im Tourismus, in der Regionalvermarktung, der Diversifizierung der Landwirtschaft oder bei den Perspektiven des Grünlands.

Darum geht es auch in der Mittelgebirgsstrategie, die der DVL aktuell auf Basis des Leitbilds erarbeitet. Sie soll Ende 2018 vorliegen. Alle relevanten Akteure in Verwaltungen, regionalen Organisationen, Verbänden, in landwirtschaftlichen Betrieben oder im Tourismus können diese Strategie nutzen und vor Ort umsetzen.

Eine solche Umsetzungsstrategie zu entwickeln und an die Politik zu kommunizieren, ist ambitioniert, aber beispielgebend. Denn häufig bleiben Planungen in Deutschland und der EU bei politischen Zielsetzungen stehen; die Umsetzung hingegen erweist sich als schwierig oder unrealistisch. Dass ein so breites Bündnis am Leitbild gearbeitet hat, verdeutlicht nicht nur den Handlungsbedarf in den Mittelgebirgen. Es ist auch zielführend für die Regionalentwicklung. Denn nur zusammen ist man eben nicht allein. ■

SERVICE:

Das Leitbild steht online unter:
www.lpv.de/themen/agrar-und-regionalpolitik/laendliche-entwicklung/mittelgebirgskonferenz.html



KONTAKT:

Simon Keelan
 DVS
 Telefon: 0228 6845-3091
simon.keelan@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de



Weniger Aufwand, mehr Ergebnisse?

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) in Europa soll ab 2021 vereinfacht werden. Eine ergebnisorientierte Förderung ist eines der Kernelemente der Legislativvorschläge der Europäischen Kommission. Wie sind diese zu bewerten? [VON BARBARA FÄHRMANN UND REGINA GRAJEWSKI]

Die Direktzahlungen an die Landwirtschaft und die Förderung der ländlichen Entwicklung – die erste und die zweite Säule der GAP – rücken zukünftig näher zusammen: Jeder Mitgliedstaat soll sie in einem GAP-Strategieplan zusammen programmieren. Nach dem aktuellen Verordnungsentwurf muss der Strategieplan der EU-Kommission bis spätestens 1. Januar 2020 vorliegen, damit die Förderung im Jahr 2021 „nahtlos“ anschließen kann. Im Hinblick auf die Inhalte handelt es sich aus dem Blickwinkel des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) um eine leicht modifizierte Version der jetzigen Entwicklungsprogramme. Eine wesentlich größere Herausforderung dürfte die Organisation und Steuerung des Prozesses sein, da in Deutschland die Bundesländer für die zweite Säule zuständig sind: Sie werden kritisch verfolgen, ob sich durch die Zentralisierung der Arbeitsprozesse föderale Kompetenzen verschieben. Bereits die auf Bundesebene zu erstellende Stärken-Schwächen-Analyse – der formale Ausgangspunkt des Programmierungsprozesses – wird so allgemein bleiben müssen, dass die unterschiedlichen Länderinteressen nicht eingeschränkt werden.

Bei den Direktzahlungen der ersten Säule der GAP muss die Strategieentwicklung mit dem erforderlichen Gesetzgebungsprozess verzahnt werden. Da auf diese Zahlungen ein Rechtsanspruch besteht, erfolgen sie auf der Grundlage nationaler Gesetze. Für diese ist federführend der Bund zuständig. Für diese Gesetze sind im Vorfeld viele Definitionen nötig, die bislang durch die EU vorgenommen wurden. So legt nicht mehr die EU im Detail fest, wer ein aktiver Landwirt ist oder wie Grünland auszusehen hat, sondern der Bund muss in Absprache mit den Ländern

den „wahren“ Landwirt und den Grünlandbegriff definieren.

Vieles planerisch einfacher für die ländliche Entwicklung

Wenn es Bund und Ländern gelingt, diese Prozesse konstruktiv zu steuern, wird die Planung der ländlichen Entwicklung einfacher. Statt 13 umfangreiche ländliche Entwicklungsprogramme zu erstellen, reicht ein einziger GAP-Strategieplan. Gleiches gilt für die Umsetzungsphase: nur noch ein Begleitausschuss, eine Finanztafel und weniger Änderungsverfahren. Die stärkere Arbeitsverlagerung hin zum Bundeslandwirtschaftsministerium erfordert dort entsprechende Personal- und IT-Ressourcen oder den Aufbau einer länderübergreifenden Struktur.

Für die Direktzahlungen entsteht durch die Einbindung in den strategischen Überbau ein zusätzlicher Aufwand. Inwieweit es hierdurch auch zu einer inhaltlichen Neuausrichtung kommt, hängt in starkem Maße von der politischen Weichenstellung auf Bundes- und Länderebene und der neuen EU-Kommission im Jahr 2020 ab.

Mehr nationale Verantwortung für einfachere Umsetzungsregeln

Mit den Vorschlägen beschränkt sich die EU darauf, nur die allgemeinen Rahmenbedingungen für die Umsetzung der GAP zu setzen (EU-Minimumanforderungen) und überlässt den Mitgliedstaaten die konkrete Ausgestaltung der Verwaltungs- und Kontrollsysteme. Die EU verzichtet damit auf die Kontrolle beim Zuwendungsempfänger. Sie beurteilt nur noch die Funktionsweise der Systeme (Metakontrolle). Im Gegenzug verpflichten sich die Mitgliedstaaten, ein effektives Risikomanagement und Risikopräventionen sicherzustellen. Das Umset-

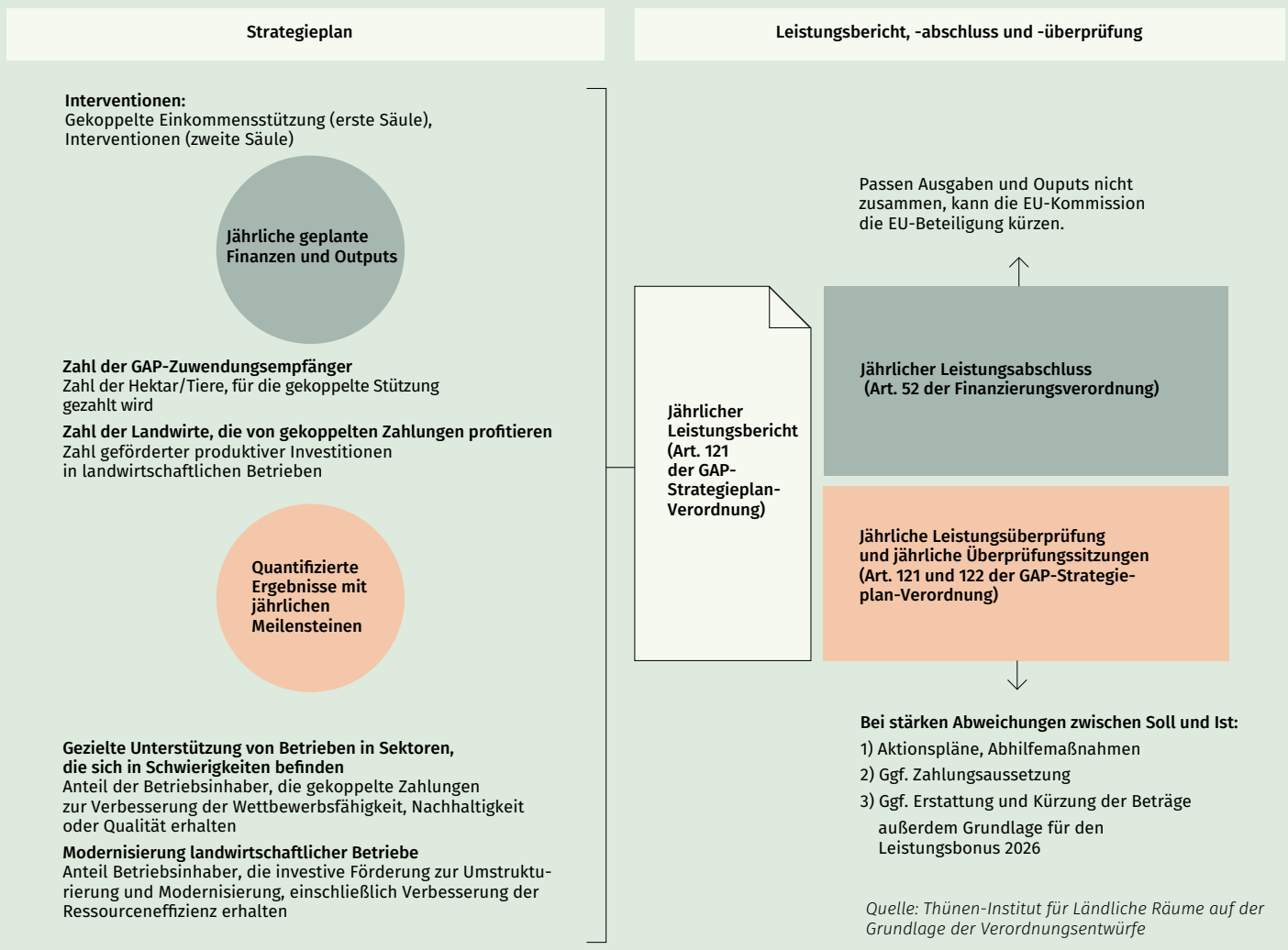
zungs- und Kontrollsystem ist nicht mehr Teil der Programmgenehmigung und nicht mehr Gegenstand der Kontrolle beim Rechnungsabschluss. Anstelle des Nachweises der rechtmäßigen Zahlungen dient in Zukunft die Dokumentation der Ergebnisse (performance) als Grundlage für die Mitfinanzierung der EU.

Der eröffnete Gestaltungsspielraum sollte genutzt werden, um zu einem angemessenen Regelungsrahmen für die Zahlungen und Förderungen zu finden. Ob das gelingt, hängt in großem Maß von den handelnden Akteuren in Bund und Ländern ab. Sie sind seit Jahrzehnten von einem kleinteilig aufgesetzten und sanktionsbewehrten System geprägt. Über alle Ebenen ist die über Dekaden gewachsene Misstrauensprägung durch einen Kulturwandel abzubauen.

Ergebnisorientierung: kein neues Konzept

Dass derzeit die „neue“ Ergebnisorientierung herausgestellt wird, suggeriert, dass in der Vergangenheit ohne Blick auf Ergebnisse gefördert worden wäre. Sicher gibt es Maßnahmen der zweiten Säule, bei denen der Mittelabfluss im Vordergrund stand. Viele Fördermaßnahmen wurden aber kontinuierlich weiterentwickelt und zielgerichtet ausgestaltet, etwa in Richtung einer stärkeren Berücksichtigung der Bereitstellung öffentlicher Güter, auch unabhängig von den EU-Vorgaben. Ambitioniert ging – abhängig vom Gestaltungswillen von Bund und Ländern – schon immer. Der Begriff „ergebnisorientierte Förderung“ weckt aber falsche Erwartungen. Der Terminus wurde in Deutschland im Zusammenhang mit Agrarumwelt- und Tierwohlmaßnahmen geprägt: Honorierung von Ergebnissen, statt von Handlungsweisen. Um solch eine „Neu“-Ausrichtung der Förderung geht es der EU-Kommission aber nicht. Im Kern wird das bereits bestehende

Monitoring-System post 2020 am Beispiel des Ziels „Verbesserung der Marktausrichtung und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit“



Monitoring-System in den ländlichen Entwicklungsprogrammen fortgeschrieben, mit Zielen, Indikatoren und einer regelmäßigen Berichterstattung zu Finanzen und Outputs wie Hektar, Vorhaben, Begünstigte. Auch die „neuen“ Ergebnisindikatoren sind überwiegend Output-Indikatoren.

Ein Beispiel ist das Monitoring des Ziels „Verbesserung der Marktausrichtung und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit“ (siehe Grafik). Im GAP-Strategieplan müssen zunächst alle Interventionen, also alle Maßnahmen zur Preis- und Mengenregulierung, beschrieben und die jährlich geplanten Finanzen und Outputs angegeben werden. Die Interventionen können mehreren und unterschiedlichen Zielbereichen der GAP zugeordnet sein. Zu den Zielen gehören die Ergebnisindikatoren (im gewählten Beispiel zwei). Diese sind ebenfalls mit jährlichen Zielen zu unterlegen. Im jährlichen Monitoring werden anschließend die erreichten „Leistungen“ gemessen. Das Monitoring misst also im Wesentlichen, welche Outputs erreicht wurden. Der verwendete Begriff der

ergebnisorientierten Förderung gibt somit mehr vor, als er halten kann. Zudem setzt dieses System die gleichen (Fehl-)Anreize wie in der jetzigen Förderperiode: Ziele nicht zu ambitioniert setzen und auf Maßnahmen verzichten, die sich ex-ante in ihrer Inanspruchnahme schlecht kalkulieren lassen, auch wenn sie sehr wirksam sein könnten. Das System könnte sich somit als Hemmschuh für ambitioniert gestaltete Programme entpuppen.

Output-Fokus eher riskant

Die „ergebnisorientierte Förderung“ ist aber die Grundvoraussetzung für den oben skizzierten Systemwechsel der Rechenschaftslegung. Mit diesem gehen erhöhte Anforderungen an die Qualität der zu liefernden Daten einher, da die Output-Indikatoren in Verbindung mit den Finanzinformationen die Grundlage für die Mitfinanzierung der EU bilden. Das Monitoring wird somit ein Baustein der „(Finanz-)Buchhaltung“ der Förderung: Die Bescheinigenden Stellen müssen künftig die Datenqualität der aus den Monitoring-Systemen generierten

Angaben prüfen. Die bisherigen Systeme waren in ihrer Genauigkeit ausreichend, um abzubilden, ob Förderziele umgesetzt und erreicht wurden. Sollten sie zukünftig ähnliche Genauigkeitsanforderungen erfüllen müssen wie das jetzige Finanzbuchhaltungssystem, zöge dies große Investitionen in die Weiterentwicklung der IT-Systeme und Schulung der datenliefernden Stellen nach sich. Das ist dann vertretbar, wenn man sich damit tatsächlich einen Rückzug der EU aus der kleinteiligen Regelungsdichte und -tiefe und einen größeren nationalen Gestaltungsspielraum für praktikable und attraktive Regelungen erkauft. ■



KONTAKT:

Regina Grajewski
Barbara Fähmann
Thünen-Institut für Ländliche Räume
regina.grajewski@thuenen.de
barbara.faehmann@thuenen.de
www.eler-evaluierung.de

Eine Chance für die deutschen Fischer

Der Europäische Fischereifonds will die regionale Fischerei zukunftsfähig machen. Viele Projekte aus Deutschland zeigen, wie es geht. [VON DIRK SCHUBERT UND PEDRO BROSEI]



Frischen Fisch, direkt vom Kutter auf den Teller – das geht in der AktivRegion Ostseeküste ganz einfach. Das Projekt „Fisch vom Kutter“ reagiert auf die wachsende Nachfrage nach Frischfisch aus regionalem Fang mit moderner Technologie: Auf der Website www.fischvomkutter.de informieren die Fischer, wo und wann sie nach Einlaufen des Bootes welche Fischarten verkaufen. Ihre Fangdaten und die geschätzte Landungszeit übermitteln sie von See aus per SMS. Oft nur wenige Stunden vorher aus der Ostsee gezogen, erhalten Kunden den Fisch dann genau dort, wo er das erste Mal an Land geht: im Fischerhafen, in der Marina, manchmal sogar am Strand. Das Projekt hat verschiedene Preise und Auszeichnungen erhalten und wird inzwischen europaweit nachgeahmt.

Damit begegnen die Fischer aus der AktivRegion Ostseeküste einem großen Problem. Denn für die deutschen Fischer ist es immer schwieriger, von ihrer Arbeit leben zu können: Fangquoten und andere Restriktionen durch die EU, hohe Spritpreise für die Kutter, Konkurrenz durch große Fischfangflotten im Nordatlantik und günstige Aquakulturprodukte aus Südostasien machen ihnen zu schaffen.

Europäischer Fischereifonds hilft

Deshalb unterstützt sie der Europäische Meeres- und Fischereifonds (EMFF). Mit einem Gesamtvolumen von 6,4 Milliarden Euro fördert er nachhaltige Fischerei, unterstützt Küstengemeinden dabei, neue Wirtschaftstätigkeiten zu erschließen und finanziert Projekte, die neue Arbeitsplätze schaffen. Das deutsche Programm verfügt für den Zeitraum 2014 bis 2020 über knapp 220 Millionen Euro; 24,6 Millionen davon stehen für regionale Ansätze zur Verfügung.

Land der 1 000 Teiche

Mit diesen Mitteln ist es der Lokalen Aktionsgruppe für Fischerei (FLAG) im bayerischen Tirschenreuth gelungen, die Teichwirtschaft wieder im Mittelpunkt der regionalen Identität und des Tourismus zu verankern. Die Region hat eine lange Tradition mit kleinen Aquakulturteichen in Familienbesitz. Ihr Stellenwert war gering, bis die FLAG die kulturelle Bedeutung wiederherstellte – gemeinsam mit lokalen Fischzüchtern, Restaurantbesitzern, Schulen, Unternehmen und anderen Akteuren aus der Region. So laden die Fisch- und Wildwochen im Land der tausend Teiche jeden im Herbst ein, kulturelle, kulinarische und traditionelle Veranstaltungen rund um das Teichgebiet zu besuchen sowie Land und Leute kennenzulernen. Die Gaststätten bieten in Themenspeisekarten regionale Küche mit Fisch, Wild und weiteren Zutaten aus dem Teichgebiet an. Neben der ökonomischen Bedeutung sichern die Teichwirte so auch die einzigartigen Ökosysteme.

Wie in Bayern und Schleswig-Holstein wollen alle FLAGs die Fischerei in ihren Gebieten unterstützen, diversifizieren und das kulturelle wie historische Erbe der Fischerei hochhalten. In Teichwirtschaftsgebieten kümmern sie sich insbesondere um die bessere Vermarktung der Teichfische und die touristischen Potenziale der Teichwirtschaft. Einige FLAGs beschäftigen sich auch mit Umwelt- und Naturschutzaspekten.

Die Budgets variieren

Wie die anderen europäischen Struktur- und Investitionsfonds unterstützt der EMFF den Bottom-up-Ansatz der Lokalen Aktionsgruppen. Sie können sich so aus unterschiedlichen Töpfen fördern lassen. Dieser



Kutterfischer und Teichwirte in regionalen Teams: In FLAGs entwickeln sie neue Ideen, um wettbewerbsfähig zu bleiben.



fondsübergreifende Ansatz wird CLLD genannt – Community Led Local Development. Er entspricht dem LEADER-Ansatz des Europäischen Landwirtschaftsfonds für ländliche Entwicklung.

Den CLLD-Ansatz setzen die Bundesländer Niedersachsen, Bremen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern sowie Bayern und Sachsen um. Insgesamt wurden in Deutschland 29 Lokale Aktionsgruppen für Fischerei ausgewählt. Sie können lokale Entwicklungsstrategien über den EMFF umsetzen. Während jeder dieser Lokalen Aktionsgruppen in Europa im Schnitt 1,9 Millionen Euro zur Verfügung stehen, sind es in Deutschland rund 800 000 Euro. Die Budgets reichen für die aktuelle Förderperiode von 280 000 bis zu drei Millionen Euro. Die einzelnen Strategien werden von den Bundesländern kofinanziert. Jedes Bundesland hat seine Gebietskulissen dabei anders gestaltet: In Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen entsprechen sie den LEADER-LAGs, bei den FLAGs in Bayern und Sachsen handelt es sich hauptsächlich um Teichwirtschaftsgebiete. In Niedersachsen gibt es nur eine einzige FLAG, die alle Fischereigemeinden an der Nordseeküste abdeckt.

Vernetzung als Schlüssel

Damit die deutsche Fischerei zukunftsfähig wird, ist es für die FLAGs wichtig, sich zu vernetzen und auszutauschen. Dabei ist es häufig gar nicht so einfach, die Vertreter der Fischerei in die Aktivitäten einer FLAG einzubinden. Auf der europäischen Ebene vernetzt FARNET (Fisheries Areas Network) die Akteure über transnationale Seminare, Publikationen, Arbeit zu verschiedenen Themenbereichen und eine Website. In Deutschland

übernahm diese Aufgabe zuletzt die FLAG Bremerhaven. In der aktuellen Förderperiode konnte eine solche Vernetzung nicht realisiert werden. Als kleine Lösungspläne die zuständigen Verwaltungsbehörden bundesländerübergreifende jährliche Treffen. Ein erstes Treffen fand im September 2017 statt – zwischen den bayerischen und sächsischen Binnengewässer-FLAGs mit dem Schwerpunkt Teichwirtschaft. Für den Herbst 2018 ist ein Treffen der norddeutschen Küsten-FLAGs geplant, bevor ein Treffen aller FLAGs stattfinden wird. Ob sich diese Form der Vernetzung bewährt, bleibt abzuwarten.



KONTAKT:

Dirk Schubert
FARNET Geographischer Experte Deutschland
Telefon: 0228 5388438
dirk.schubert@nova-institut.de

Pedro Brosei
Thematic & Territorial Coordinator
FARNET Support Unit
Telefon +32 2 613 26 59
pedro@farnet.eu
www.farnet.eu

LESERBRIEF

Zu: Wie Insekten schützen? LandInForm 2.18, Seite 49

Über Schuldzuweisungen und Abwehrreaktionen sollten wir längst hinweg sein, wenn schon vor über 40 Jahren Gespräche von Prof. Schumacher mit Landwirten gesucht wurden. Diese Zeiten sind vorbei – das zeugt von der Erbärmlichkeit des Nichtstuns unserer Gesellschaft und Politik. In einem Beitrag vor diesem Artikel wird Dr. von Kröcher (Landwirtschaftskammer) interviewt. Der Lobbyismus im landwirtschaftlichen Bereich tritt hier ganz offensichtlich zu Tage und zeigt ganz typisch, woran unser politisches System krankt (siehe Dieselskandal). Die Verbandsvertreter nehmen nicht die Interessen der Landwirte und der Natur wahr, sondern die der Industrie. Der lange propagierte Spruch „Wachse oder Weiche“ ist nicht nur dumm, sondern menschenverachtend. Er hat uns dahin gebracht, wo wir uns heute befinden. Mit dem Insektensterben ist es wie mit dem Klima, wir haben keine Zeit mehr und alle Menschen, so auch die Verbands- und Kammervertreter sitzen mit uns im selben Boot. Zum Glück ist für sie aussteigen nicht mehr möglich, um sich davonzustehlen. Sie bekommen die Folgen ihres Handelns ebenfalls zu spüren.

Wenn nicht sofort gehandelt wird, dann müssen die deutschen Obstbauern wie die Chinesen ihre Blüten selbst bestäuben. Das Artensterben ist irreversibel, auch mit Technik ist dann nichts mehr zu machen. Wenn man NUR die Gelder, die für die Digitalisierung benutzt werden, nehmen würde, um in der Landwirtschaft grundsätzliche Veränderung vorzunehmen, wäre es ein Anfang. Bits und Bytes kann man nicht essen, aber ohne bestäubende Insekten würden mehr als 70 Prozent unserer Lebensmittel fehlen. Ganz zu schweigen davon, dass Insekten in artenreichen Wiesen einen Lebensraum haben, an dem sich jeder Mensch erfreut. Wir bringen unseren Kindern mit Enthusiasmus das Wunder der Natur bei, zeigen ihnen die Schönheit von Schmetterlingen und viele Künstler offenbaren ihnen die Ästhetik der Natur. Warum tun wir zurzeit alles, um den Insekten und schließlich auch uns die Lebensgrundlagen zu entziehen?

>> Albert Doninger, Trebel, Landkreis Lüchow-Dannenberg, Niedersachsen



Stimmen Sie dem zu?

Oder sehen Sie es anders?

An dieser Stelle veröffentlichen wir Ihre Leserbriefe zur Position und zu den Inhalten unseres Magazins. Schicken Sie uns Ihre Meinung per E-Mail an landinform@ble.de, per Fax oder auch gerne per Post. Ihre LandInForm-Redaktion



Zum Fokusthema der nächsten Ausgabe:

DIE POSITION

Die Energiewende ist nur mit den Bürgern gut für die Region!

Dominique Saad arbeitet beim Bündnis Bürgerenergie e. V.

”

Die Bürger vor Ort sollten die Entscheidungsträger beim Umbau für eine nachhaltige Zukunft sein.“

Den Ruf als internationales Energiewendeland Nr. 1 hat Deutschland seinen Bürgern zu verdanken: Die Energiewende der vergangenen drei Jahrzehnte ist wesentlich von den Menschen vor Ort, insbesondere im ländlichen Raum, gestaltet worden. An unzähligen Standorten in Deutschland haben sie sich alleine oder im Verbund die Energiewende auf die Fahnen geschrieben. Der bisherige Prozess müsste daher richtigerweise „Bürgerenergieende“ genannt werden. Sie bringt finanzielle Teilhabe, demokratische Mitentscheidung, Einbeziehung aller Entscheidungsträger vor Ort, regionale Wertschöpfung, Transparenz, Identifikation der Menschen vor Ort und vieles mehr mit sich. Dabei ist sie nicht nur ein echter demokratischer Prozess, sondern die wohl umfangreichste gesellschaftliche Veränderung unserer Zeit, der Umbau unserer Wirtschaft und Gesellschaft auf eine ökologisch und sozial nachhaltige Weise.

Die politischen Rahmenbedingungen stellen neben der Motivation der Menschen eine wesentliche Grundlage für diese Veränderungen dar. Da mutet es grotesk an, dass die politischen Entscheidungsträger das Erfolgskonzept der Bürgerenergieende beschnitten haben. Mit einer reinen Orientierung am Preis pro erzeugter Kilowattstunde – egal wie lastnah oder -fern diese erzeugt wird – hat die Bundesregierung die Rahmenbedingungen im Erneuerbaren-Energie-Gesetz in den Jahren 2014 und 2017 auf ein Ausschreibungssystem für Wind, Biomasse sowie Photovoltaik ab 750 Kilowatt umgestellt. Damit werden alle Akteure dem gleichen Risiko ausgesetzt, auf den Projektvorlaufkosten sitzen

zu bleiben. Dies hat zu einer großen Verunsicherung aller Akteure – nicht nur bei der Bürgerenergie – geführt, was an der dramatisch eingebrochenen Zahl der Genehmigungen für Windkraftanlagen abzulesen ist. Dabei bieten echte Bürgerenergiegesellschaften im Vergleich zu Konzernen und großen Projektierern, die das Risiko von Ausschreibungen eingehen können, wesentliche Vorteile für ihre Region und die Bürger vor Ort. Der Gesetzgeber hat zwar Sonderregeln für Bürgerenergiegesellschaften geschaffen. Doch diese gehen an der Realität vorbei und konnten echte Bürgerenergie-Akteure nicht zur Teilnahme bewegen. Statt den Ausbau der erneuerbaren Energien weiter anzukurbeln, wird er mit Ausschreibungen eng begrenzt. Das Ergebnis ist, dass die Energiewende ins Stocken gerät und die nationalen und internationalen CO₂-Minderungsziele verfehlt werden.

Zudem wird ein weiterer Prozess ausgebremst: Hin zu einem dezentralen Energieversorgungssystem, bei dem Erzeugung und Verbrauch lokal zusammenfallen. Die längst überfälligen Änderungen am Energiemarkt-Design nimmt die Politik nicht vor. Damit wird eine riesige Chance verspielt, denn solch ein Modell bietet Beteiligung der Bürgerschaft, bringt den Menschen vor Ort und den Kommunen regionale Entwicklung, Wertschöpfung, Beschäftigung und sicheren Zugang zu Energie. Das schafft Identifikation und Akzeptanz, wo möglicherweise Skepsis herrscht. Denn die Bürger vor Ort kennen den Bedarf und sollten daher auch die Entscheidungsträger beim Umbau für eine nachhaltige Zukunft sein.

angelesen



Andersartigkeit überzeugt

Landwirtschaftliche Betriebe müssen sich heute in einem gesättigten, staatlich weniger gelenkten und sich ständig wandelnden Markt behaupten. Um wettbewerbsfähig zu bleiben, müssen sie ständig flexibel und bereit für Veränderung sein.

Das neue Magazin der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen „andersARTig – MÄRKTE. MACHER. MOTIVE.“ stellt Betriebe vor, die sich der andersartigen Produktion verschrieben haben, bei der sie häufig Marktnischen besetzen, etwa durch die Vermarktung alter Sorten und Rassen. Erklärtes Ziel der Publikation ist, Betriebsleiter zu motivieren, sich mit strategischen Fragestellungen und den eigenen betrieblichen Möglichkeiten auseinanderzusetzen: Gibt es einen unkonventionellen Weg für mich, eine Marktnische für ein andersartiges Produkt?

Als Hilfe wird das F-A-S-T-Modell für die Analyse und die strategische Planung vorgestellt, das beim Betriebsinhaber und dessen Vorstellungen ansetzt. Denn speziell in landwirtschaftlichen Familienbetrieben kann eine strategische Betriebsplanung nicht ohne Lebensplanung durchgeführt werden.

Außerdem werden vier mögliche Strategien zur Wertsteigerung der Produktion aufgezeigt. Dabei werden aktuelle politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen skizziert und Schlüsselfragen zum Wandlungsbedarf und -potenzial gestellt, die jeder Betriebsleiter direkt auf sein Unternehmen und Vorhaben anwenden kann.

An den vorgestellten Betriebsporträts können die Leser die einzelbetrieblichen Entwicklungen nachvollziehen und die eigene Betriebsführung und tägliche Routine reflektieren, um daraus Rückschlüsse für das eigene Handeln zu ziehen. Auch wenn sich die Publikation explizit an Landwirte wendet, ist sie aufgrund ihres Methodenteils auch für Berater lesenswert. [ber]

Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): andersARTig. Viele Sorten – Neue Pfade, 2018. 48 Seiten. Kostenloser Download unter: www.landservice.de/agronet/images/andersARTig_Maerkte_Macher_Motive.pdf



Hecken und Raine in der Agrarlandschaft

Das Praxishandbuch zu Hecken und Rainen in der Agrarlandschaft macht deutlich, wie unverzichtbar diese Biotope nicht nur für die biologische Vielfalt, sondern auch für den Erosionsschutz, das Landschaftsbild und den Biotopverbund sind. Es wurde vom Bundesinformationszentrum Landwirtschaft für eine breite Zielgruppe aus Landwirtschaft, Naturschutz und Beratung konzipiert.

Das Handbuch beleuchtet die Gründe für den Rückgang dieser wichtigen Lebensräume in der Landschaft – wie zum Beispiel frühere Flurbereinigungen – und widerlegt Vorurteile, die Landwirte häufig haben, beispielsweise, dass die benachbarten Flächen zu stark verunkrauten. Neben speziell an diese Lebensräume angepasste Arten beschreibt die Broschüre notwendige Pflegemaßnahmen sowie wichtige Schritte bei der Neuanlage.

Die Autoren um Professor Stefan Kühne vom Julius Kühn-Institut sprechen sich für ein gemeinsames Handeln bei der Anlage und Pflege dieser in der intensiven Agrarlandschaft wichtigen Rückzugsräume für die Tier- und Pflanzenwelt aus. Was in der Broschüre fehlt, sind innovative Ideen zur Nutzung der anfallenden Biomasse. Die Lektüre des Heftes legt nahe, sich auch mit dieser Frage intensiver zu beschäftigen. Damit könnte Landwirten ein wirtschaftlicher Aspekt aufgezeigt werden, diese kulturhistorischen Strukturen zu erhalten und neu anzulegen.

Die umfassenden Fördermöglichkeiten in Deutschland – mit vielen landesspezifischen Sonderregelungen, Anforderungen und Fördertöpfen – werden in dem Heft, das auf die Vermittlung grundlegender Informationen abzielt, nur angerissen. Hier bleibt es eine Hausaufgabe für die Leser, sich über die konkreten Fördermöglichkeiten im Einzelfall zu informieren. Insgesamt hat das Heft das Potenzial, sich zu einem praxistauglichen Nachschlagewerk zu entwickeln, bereits das Literaturverzeichnis macht Appetit auf mehr. [sik]

Bundesinformationszentrum Landwirtschaft (BZL): Hecken und Raine in der Agrarlandschaft – Bedeutung – Neuanlage – Pflege, 2018, 99 Seiten. ISBN 978-3-8308-1337-8 Bestellung oder kostenloser Download unter: www.ble-medienservice.de

angekündigt

Das Land lebt doch! Mit Projekten anmelden

Was hat das Land zu bieten? Wer ist aktiv, welche neuen Ideen gibt es? Das zu beleuchten, hat sich die „Konferenz der Akteure“ am 29. November 2018 in Berlin vorgenommen. Die Veranstalter suchen noch bis zum 5. Oktober Projekte, die sich auf der Veranstaltung präsentieren möchten, und die zeigen, dass das Land lebt. Die begleitende Fotoaktion sucht im Vorfeld Bilder vom Land: Einfach mit dem Hashtag #landlebtdoch auf Twitter, Instagram oder Facebook posten. Sie sind dann bei der Veranstaltung der Robert Bosch Stiftung, des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement und der DVS zu sehen. [stk]

[www.netzwerk-laendlicher-raum.de/
marktplatz](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/marktplatz)

Wie wollen wir morgen leben?

Wie sieht der ländliche Raum der Zukunft aus? Wie kann aktive Bürgerbeteiligung dazu beitragen, dass an alle gedacht wird? Diese Fragen stellt die Veranstaltung „Wohnst du noch oder wie willst du morgen leben? Wohnen und Leben im ländlichen Raum“ der Evangelischen Akademie Hofgeismar. Soziale Vielfalt, Belebung der Ortskerne, zukunftsfähige Verkehrskonzepte, Teilhabe älterer Menschen und Bevölkerungsrückgang – das sind politisch brisante Themen, über die die Veranstaltungsteilnehmer vom 26. bis zum 28. Oktober 2018 diskutieren. [abb]

www.akademie-hofgeismar.de > Programm

Auszeichnung für engagierte Bürgerstiftungen

Der Förderpreis Aktive Bürgerschaft 2019 belohnt engagierte Menschen und rückt ihre Projekte in den Fokus der Öffentlichkeit. In der Kategorie „Bürgerstiftungen“ werden Projekte gesucht, die die Entwicklung der Bürgerstiftung selbst befördern, die andere Bürgerstiftungen zum Nachahmen animieren oder die der Region einen Nutzen bringen. Der Förderpreis Aktive Bürgerschaft 2019 ist mit insgesamt 40 000 Euro dotiert. Die Bewerbungsfrist endet am 30. Oktober 2018. [abb]

www.aktive-buergerschaft.de > Bürgergesellschaft > Förderpreis aktive Bürgerschaft

LandInForm

Ab sofort möchte ich **kostenlos** LandInForm – Magazin für ländliche Räume abonnieren. Bitte schicken Sie mir von jeder aktuellen Ausgabe ___ Exemplare.

Ich möchte über Veranstaltungen der DVS informiert werden (Bitte E-Mail-Adresse angeben).

Einverständniserklärung (Bitte ankreuzen!)

Ich bin damit einverstanden, dass die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung meine unten angegebenen personenbezogenen Daten für das kostenlose Abonnement der Zeitschrift LandInForm erfasst, speichert und von den externen Dienstleistern, die ich auf www.land-inform.de einsehen kann, eingeben, für den Versand bearbeiten und aktualisieren lässt. Ich kann mein Einverständnis jederzeit widerrufen und das Abonnement per E-Mail kündigen.

Name _____

Institution _____

Ggf. LAG-Name (LEADER) _____

Postanschrift _____

Telefon _____ E-Mail _____

Funktion des Abonnenten _____ Arbeitsfeld der Institution _____

Unterschrift _____

Unseren Newsletter landaktuell können Sie über www.landaktuell.de bestellen.

bitte
freimachen

Sie können LandInForm auch im Internet unter www.land-inform.de bestellen.

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Deichmanns Aue 29
53179 Bonn

Im Fokus unserer nächsten Ausgabe:
Die Energiewende – gut für die Region?



Termine

16. und 17. Oktober	LEADER und Naturschutz ✳ Workshop in Bad Herrenalb	www.netzwerk-laendlicher-raum.de/leader-naturschutz DVS, Verband Deutscher Naturparke, Deutscher Verband für Landschaftspflege
5. und 6. November	Bundesweites LEADER-Treffen ✳ Workshop in Arnstadt Infos auf Seite 5	www.netzwerk-laendlicher-raum.de/leadertreffen DVS
15. und 16. November	Klimaforum zur Landwirtschaft ✳ Veranstaltung in Berlin Infos auf Seite 6	www.netzwerk-laendlicher-raum.de/klimaforum DVS, Deutscher Bauernverband
19. und 20. November	Grünland erhalten und nutzen ✳ Tagung in Saarbrücken Infos auf Seite 6	www.netzwerk-laendlicher-raum.de/gruenland DVS, Deutscher Verband für Landschaftspflege, Saarländisches Umweltministerium
29. November	Das Land lebt doch! ✳ Konferenz der Akteure in Berlin Infos auf Seite 55	www.netzwerk-laendlicher-raum.de/marktplatz DVS, Robert Bosch Stiftung mit dem VI. Forum Neulandgewinner, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

Weitere Termine finden Sie im DVS-Termin kalender auf: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/termine

Unser Fokuscartoon

von Mele

